

Beiträge zur historischen Sozialkunde

1/2000



Die Weltwirtschaftskrise 1929–1939

VGS

Verein für Geschichte und Sozialkunde
30. Jg./Nr. 1 Jänner–März 2000

Die „Beiträge“ zum Buch – das Buch zu den „Beiträgen“

VON DER WELTWIRTSCHAFTSKRISE ZUR GLOBALISIERUNGSKRISE (1929–1999). Wohin treibt die Peripherie?
Peter Feldbauer, Gerd Hardach, Gerhard Melinz (Hg.) – HSK 15, 1999

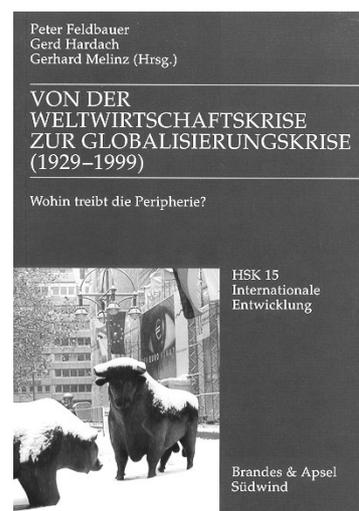
Inhalt

Peter FELDBAUER – Gerd HARDACH: Einleitung: Von der Weltwirtschaftskrise zur Globalisierungskrise: Wohin treibt die Peripherie?; Gerhard MELINZ: Einleitung: Weltwirtschaftskrise und Globalisierungskrise“ als interpretative Herausforderung; Gerd HARDACH: Von Marienthal nach Kenosha: Krisen im Zentrum der Weltwirtschaft; Wolfram MANZENREITER: Japan in der Krise: Plus Ha change?; Dietmar ROTHERMUND: Indien und der Weltmarkt, 1929–1999; Rüdiger KORFF: Krisen der Weltwirtschaft und der Staaten. Überlegungen zur Situation in Südostasien; Gerhard MELINZ: Krise als Übergang: Die Erfahrungen der Türkei; Sefik Alp BAHADIR – Eckart WERTZ: Von der Kolonisierung zur Globalisierung: Das Scheitern des nationalen Entwicklungsstaates in Ägypten; Christian SUTER: Weltwirtschafts- und Globalisierungskrise in Lateinamerika: Ursachen, Folgen, Überwindungsstrategien; Andreas NOVY – Ana C. FERNANDES: Krise als Normalzustand? – Kleine und große politische Veränderungen in Brasilien; Peter FELDBAUER – Christof PARNREITER: Mexiko: Krisen und Entwicklungschancen. Sind die große Depression und die Globalisierungskrise vergleichbar?; Helmut BLEY: Afrika in den weltwirtschaftlichen Krisenperioden des 20. Jahrhunderts; Albert WIRZ: Der gestrauchelte Leviathan. Zentralafrika zwischen Weltwirtschaftskrise und Globalisierungskrise; Harold JAMES: Im Teufelskreis der Depression. Die aktuelle Krise hat Parallelen zur Weltwirtschaftskrise vor dem Zweiten Weltkrieg

S 250,-

BESTELLUNGEN:

VGS-Verein für Geschichte und Sozialkunde c/o Institut für Wirtschafts- und Sozialgeschichte,
Universität Wien, A-1010 Wien, Dr. Karl Lueger-Ring 1
Tel: +43/1/4277/41305, Fax: +43/1/4277/9413, e-mail: vgs.wirtschaftsgeschichte@univie.ac.at



Titelbild: Arbeitslosenunterstützungsstelle in Steyr 1932. In: Lothar Rübelt, Österreich zwischen den Kriegen. Zeitdokumente eines Photopioniers der zwanziger und dreißiger Jahre. Wien-München-Zürich 1979, S. 153. Mit freundlicher Genehmigung der Austrian Archives/Lothar Rübelt, Wien.

Die wissenschaftliche Redaktion der „Beiträge zur historischen Sozialkunde“ wird auch im Jahr 2000 durch eine Förderung der Magistratsabteilung 18, Gruppe Wissenschaft, unterstützt

STADTPLANUNG WIEN

Inhaltsverzeichnis

- Peter Eigner*
2 Einleitung
- Alice Teichova*
4 Die Weltwirtschaftskrise (1929–1933) und die Nachfolgestaaten der Habsburgermonarchie
Einleitung – Charakter und Dauer der Weltwirtschaftskrise – Ursachen und Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise in Mittel- und Südosteuropa – Krise des Bankensystems – Zusammenbruch des Welthandels – Ablauf und Intensität der Krise - Wirtschaftspolitik – Schlussbemerkung
- Gerd Hardach*
8 Die Große Depression in den USA 1929–1939
Weltwirtschaftskrise und Große Depression – Prosperität – Die Krise – Der New Deal – Eine zögernde Erholung – Die Folgen der Großen Depression
- Dieter Stiefel*
17 Wirtschaftspolitik und Arbeitsmarkt im Österreich der Zwischenkriegszeit
- Verena Pawlowsky*
24 Arbeitslosenpolitik im Österreich der dreißiger Jahre
Rahmenbedingungen – Arbeitslose und Arbeitslosenversicherung – Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen – „Angriffe auf die Löhne“ und „moderne Robot“ - Der Freiwillige Arbeitsdienst (FAD) – „Innenkolonisation“ - Die Nebenerwerbs- und Arbeitslosensiedlung – „Als Kündigungstag gilt der Tag der Eheschließung“ - Die Doppelverdienerverordnung – Zusammenfassung
- Fachdidaktik**
- 33 *Beatrix Mandl/Hanna-Maria Suschnig*
Die Weltwirtschaftskrise 1929 und ihre Folgen
- 39 *Klaus Edel*
Die Weltwirtschaftskrise. Vorschläge für den Unterricht
- 43 *Klaus Edel*
Das Unterrichtspaket Geld und Währung der OeNB
- 44 *Irene Ecker/Christine Ehmoser*
Englisch als Arbeitssprache in Geschichte in BHS
Einsatzmöglichkeiten – Probleme – Positiva – Publikationen
- 44 *Eduard Fuchs*
Hyperlinks zum Bereich „Weltwirtschaftskrise – Globalisierungskrise“

Internet (www.univie.ac.at/wirtschaftsgeschichte/vgs)

Diskussionsbeitrag – *Eveline Obitsch/Klaus Edel* Englisch im Geschichtsunterricht

Englisch im Geschichtsunterricht boomt – Positiva – Gegenargumente – Unterrichtsmodelle – Der Geschichtsunterricht in bilingualen Schulen – SchülerInnenreaktionen – Unterrichtsmaterialien – Begleitende Maßnahmen – Statistik

Einleitung

Peter Eigner

Krisenhafte Erscheinungen wie zuletzt in den neunziger Jahren in Südostasien – oft unter dem Schlagwort Globalisierungskrise zusammengefasst – haben zu einer neuerlichen intensiven Beschäftigung mit der Thematik der Weltwirtschaftskrise der dreißiger Jahre geführt. Stagnierende oder gar wachsende Arbeitslosenzahlen trotz Wirtschaftswachstums in den Industrieländern tragen ebenfalls zur traurigen Aktualität des Themas bei. Arbeitslosigkeit wird nicht nur in Österreich, das im europäischen Vergleich noch relativ gut wegkommt, als größte gegenwärtige Bedrohung empfunden.

Die Weltwirtschaftskrise der dreißiger Jahre ist als bislang größte und umfassendste Wirtschaftskrise in die Geschichte eingegangen. Sie veranschaulichte drastisch, dass sich der Kapitalismus zu einem interdependenten Weltsystem entwickelt hatte. Trotz unterschiedlichen Ausmaßes war die Weltwirtschaftskrise in jedem Land spürbar. In den Industrieländern stieg die Arbeitslosigkeit auf über 25 Prozent der Erwerbstätigen an, das Bruttosozialprodukt der 16 führenden Industrieländer fiel zwischen 1929 und 1932 um 17 Prozent, die Industrieproduktion um 30 Prozent, der Welthandel ging wertmäßig um zwei Drittel zurück.

Im Mittelpunkt dieses Heftes stehen nicht die Ursachen der Weltwirtschaftskrise – sie sind bis heute umstritten –, sondern die unmittelbaren Folgen, die langfristigen Konsequenzen der Wirtschaftskrise und vor allem auch die Strategien zu ihrer Überwindung. Die Beispiele USA und Österreich stehen dabei für unterschiedliche wirtschafts- und sozialpolitische Reaktionen auf die Krise. Besonders drastische Auswirkungen hatte die Weltwirtschaftskrise in den USA (Hardach verortet das Epizentrum der Krise in den USA), wo sie aufgrund ihrer langen Dauer (bis 1939) als „Große Depression“ bezeichnet wird. Gerd Hardachs Artikel konzentriert sich demzufolge auf jene wirtschafts- und sozialpolitischen Maßnahmen und Strategien unter Präsident

Roosevelt, die als *New Deal* bekannt geworden sind und sich als Ausdruck zunehmenden staatlichen Interventionismus interpretieren lassen. Das Übergreifen der Krise auf Europa wurde durch den Zusammenbruch der größten Bank Österreichs, der Creditanstalt, im Jahr 1931 verstärkt. Die Bankenkrise weitete sich nach Deutschland, Skandinavien, Großbritannien bis in die USA aus. In Mittel- und Südosteuropa nahm die Krise den Charakter einer Finanz- und Währungskrise an (Artikel Alice Teichova). Die Beiträge von Dieter Stiefel und Verena Pawlowsky widmen sich den Verhältnissen in Österreich. Stiefels Artikel sprengt den zeitlichen Rahmen ein wenig, wenn er sich auf den Zusammenhang von Wirtschaftspolitik und Arbeitsmarkt im Österreich der Zwischenkriegszeit konzentriert. Er zeigt deutlich, dass die Weltwirtschaftskrise in Österreich durch strukturelle Defizite als Folge der Desintegration der Habsburgermonarchie und hausgemachte Probleme verstärkt wurde. Wenn er das Vorgehen Österreichs gegen die Arbeitslosigkeit als nicht planvoll bezeichnet, trifft sich dies mit Pawlowskys Einschätzung der Arbeitslosenpolitik im Österreich der dreißiger Jahre, wobei sich die Autorin auf drei konkrete Projekte bzw. Maßnahmen, den Freiwilligen Arbeitsdienst, die Arbeitslosensiedlung und die Doppelverdienerverordnung, konzentriert. Vor dem Hintergrund der seit den zwanziger Jahren aufrechterhaltenen Prämisse der Ordnung im Staatshaushalt und eines ausgeglichenen Budgets wurden die Bereiche der Investitions- und Arbeitsbeschaffungspolitik stark vernachlässigt.

In der Fachdidaktikbeilage, die in Hinkunft an die Beiträge anschließen wird, berichten Beatrix Mandl und Hanna-Maria Suschnig über ein fächerübergreifendes Unterrichtsprojekt zur Weltwirtschaftskrise von 1929 und ihren Folgen.

Einstieg vom Lehrplan aus:

Geschichte und Sozialkunde

7. Klasse

3. Erster Weltkrieg und Zwischenkriegszeit

Lerninhalte:

– Die Weltwirtschaftskrise und ihre Auswirkungen

4. Österreich 1918 bis 1938

Lerninhalte:

– **Wirtschaftsprobleme**

Wahlpflichtfach Geschichte und Sozialkunde, Politische Bildung und Rechtskunde

Sachbereich: Wirtschaftsgeschichte

– **Wirtschaftliche Expansion und Wirtschaftskrisen im 19. und 20. Jahrhundert**

Geschichte und Politische Bildung (HTL)

V. Jahrgang

– **Wirtschaft und Kultur (Inflation, Wirtschaftskrise, Wirtschaftslenkung ...)**

AutorInnen

Peter EIGNER, Dr., Univ. Ass. am Institut für Wirtschafts- und Sozialgeschichte an der Universität Wien
Gerd HARDACH, Dr., Univ. Prof. für Wirtschafts- und Sozialgeschichte an der Universität Marburg, Gastprofessuren u. a. an der Universität Tokyo
Verena PAWLOWSKY, Dr., Historikerin, arbeitet derzeit als Mitarbeiterin der Österreichischen Historikerkommission am Projekt „Der Stillhaltekommissar für Vereine, Organisationen und Verbände“ über den Vermögensentzug an Vereinen nach 1938
Dieter STIEFEL, DDr., Univ. Prof. am Institut für Wirtschafts- und Sozialgeschichte der Universität Wien
Alice TEICHOVA, Dr. phil., Emeritus Professor of Economic History der University of East Anglia, Honorary Fellow des Girton College, Cambridge, mehrere Ehrendoktorate (Uppsala, Wien)

Fachdidaktik-AutorInnen

Irene ECKER, Mag. phil., Lehrerin an AHS, Lektor an der Universität Wien
Klaus EDEL, Dr. phil., Lehrer an AHS, Lektor an der Universität Wien
Christine EHMOSE, Mag. phil., Lehrerin an BHS
Eduard FUCHS, Dr. phil., Lektor an der Universität Wien, Mitarbeiter des Vereins für Geschichte und Sozialkunde
Beatrix MANDL, Mag. phil., Lehrerin an AHS, Lektorin an der Universität Wien
Eveline OBITSCH, Mag. phil., Lehrerin an AHS, Lektorin an der Universität Wien
Hanna-Maria SUSCHNIG, Mag. phil., Lehrerin an AHS, Lektorin an der Universität Wien

Redaktion „Beiträge“: Peter Eigner, Andrea Schnöller

Redaktion „Fachdidaktik“: Klaus Edel

Satz/Layout/Coverdesign: Marianne Ooppel

Offenlegung lt. Pressegesetz: Der Verein, dessen Tätigkeit nicht auf Gewinn gerichtet ist, bezweckt die Förderung der Forschung, Lehre und Fortbildung in allen Bereichen der Geschichte und Sozialkunde.
Für den Inhalt verantwortlich: Obmann Univ. Prof. Dr. Ernst Bruckmüller

AU ISSN 0045-1681

Beiträge zur Fachdidaktik. Inhaber, Herausgeber, Redaktion: Verein für Geschichte und Sozialkunde, Dr. Karl Lueger Ring 1, 1010 Wien.

Ständige MitarbeiterInnen: Vera Cerha, Sonja Dillinger-Deutsch, Christa Donnermair, Irene Ecker, Klaus Edel, Eduard Fuchs, Wendelin Hujber, John Morrissey, Brigitte Schmidt-Ghafouri, Eva Steiner-Béres

AU ISSN 004-1618

Beiträge zur historischen Sozialkunde – Zeitschrift für Lehrerfortbildung. Inhaber, Herausgeber, Redaktion: Verein für Geschichte und Sozialkunde (VGS), c/o Institut für Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Dr. Karl Lueger Ring 1, 1010 Wien.

Hergestellt mit freundlicher Unterstützung der Bank Austria

Ständige MitarbeiterInnen Wien: Birgit Bolognese-Leuchtenmüller, Ernst Bruckmüller, Markus Cerman, Franz Eder, Alois Ecker, Hubert Ch. Ehalt, Peter Eigner, Eduard Fuchs, Herbert Knittler, Andrea Komlosy, Michael Mitterauer, Alois Mosser, Walter Sauer, Andrea Schnöller, Hannes Stekl

Ständiger Mitarbeiter Graz: Eduard Staudinger; Ständige Mitarbeiter Linz: Michael John, Roman Sandgruber;

Ständige MitarbeiterInnen Salzburg: Josef Ehmer, Sabine Fuchs, Peter Gutschner, Sylvia Hahn, Albert Lichtblau, Norbert Ortmayr; Ständiger Mitarbeiter Luxemburg: Jean-Paul Lehnrs

Preise Jahresabonnement: ATS 260.– (Studenten ATS 210.–), Ausland DM 44.–, inkl. Versandkosten. Einzelheft ATS 70.– (Ausland DM 10.–) zuzügl. Porto.

Bankverbindungen: Bank-Austria Kto. Nr. 601 718 703, Bankleitzahl 20151 Wien;

Deutschland: Hypo Bank München, Bankleitzahl 70020001; Kto. 6060714949

Herausgeber (Bestelladresse): Verein für Geschichte und Sozialkunde, c/o Institut für Wirtschafts- und Sozialgeschichte der Universität Wien, Dr. Karl Lueger Ring 1, A-1010 Wien

Tel.: +43-1-4277/41305 (41301) Fax: +43-1-4277/9413

E-mail: vgs.wirtschaftsgeschichte@univie.ac.at, homepage: <http://www.univie.ac.at/wirtschaftsgeschichte/vgs>

Die Weltwirtschaftskrise (1929–1933) und die Nachfolgestaaten der Habsburger Monarchie

Einleitung

In der Euphorie des andauernden Höhenflugs der Weltwirtschaft nach dem Zweiten Weltkrieg schien eine Wiederholung einer verheerenden Weltwirtschaftskrise wie die der dreißiger Jahre unwahrscheinlich und die Frage wurde gestellt, ob die Lehre von Konjunkturzyklen ein veraltetes Konzept geworden sei, obwohl ein zyklischer Ablauf der kapitalistischen Wirtschaftsentwicklung in historischer Perspektive nicht bestritten wurde. Vor dem Hintergrund eines verbreiteten Nachkriegsoptimismus, der unter Ökonomen bis zum Ölschock und dessen Folgen in den siebziger Jahren vorherrschte, wurden Wirtschaftskrisen zu Wachstumskrisen umdefiniert. Jedoch folgten auf die weltweiten Ölkrisen die Schuldenkrise von 1981–1982 und später die Krisen der aufstrebenden asiatischen ‚Tigerstaaten‘, die Erinnerungen an den Zusammenbruch der Weltwirtschaft 1929–1933 heraufbeschworen. Die Möglichkeit, dass sich eine katastrophale Weltwirtschaftskrise wiederholen könnte, schien nicht mehr ausgeschlossen. Dadurch wurden Diskussionen über die Weltwirtschaftskrise der dreißiger Jahre entfacht und Forschungen erneut intensiviert.

Charakter und Dauer der Weltwirtschaftskrise

Unumstritten bleibt, dass die Weltwirtschaftskrise der dreißiger Jahre einer der wichtigsten Einschnitte

in der Geschichte des zwanzigsten Jahrhunderts darstellt. Sie hat zum Zusammenbruch des internationalen Währungssystems, zu länderübergreifenden Bankenpaniken und Bankrotten, Massenarbeitslosigkeit und zu gewaltsamen politischen Umwälzungen geführt, die u. a. die Weimarer Republik und die Ansätze zur Demokratie in Mitteleuropa zerstörten. Diese Krise unterschied sich von allen vorhergegangenen Wirtschaftskrisen der kapitalistischen Marktwirtschaft durch zwei Hauptmerkmale: erstens, war sie die tiefste und zeitlich längste Krise der Weltwirtschaft des neunzehnten und zwanzigsten Jahrhunderts und zweitens, war sie in jeder Hinsicht eine weltweite Krise.

Kein Konsens besteht sowohl über den Beginn der Weltwirtschaftskrise wie auch darüber, wo sie ihren Anfang nahm. Wirtschaftswissenschaftliche Analysen zeigen, dass die Krise in den USA bereits vor 1930 durch einen bisher unerklärlichen Zusammenbruch der Verbrauchernachfrage, der fallende Agrar- und Rohstoffpreise nach sich zog, begonnen hatte. Den am besten bekannten, allgemein angenommenen dramatischen Startschuss des „Schwarzen Freitags“ an der New Yorker Börse im Oktober 1929 hatte es nicht gegeben, weil es zu den größten panikartigen Zusammenbrüchen der Börsenkurse am Donnerstag, den 24. und Dienstag, den 29. Oktober kam. Der spektakuläre Börsenkrach folgte auf eine unaufhaltsame Spekulation, während deren Dauer US-Auslandskredite, die zum Großteil

kurzfristig angelegt waren, zurückgerufen wurden, um Einkäufe an der heimischen Börse finanzieren zu können. In der Folge verschlimmerte sich die seit 1918 bestehende weltweite Kapitalknappheit. Gleichzeitig hatte die US-Zentralbank, die Federal Reserve Bank, eine restriktive Geldpolitik betrieben, die zur Schrumpfung des Wirtschaftslebens beigetragen hatte. Durch die Größe und Stärke der US-Wirtschaft wirkte sich dies schnell mittels abnehmender Kapital- und Handelsströme auf die Weltwirtschaft aus.

Auch wird der Krisenbeginn in den USA hinterfragt, denn aus vergleichenden Studien geht hervor, dass z. B. Deutschland bereits seit 1928 unter Krisenbedingungen litt. Wenn also die Krise an der Wende der zwanziger und dreißiger Jahre nicht nur allein von den USA ausgegangen war, liegt auf der Hand, dass in anderen Regionen und Ländern unabhängig von den USA eigenständige Krisenherde bestanden, die zum Vorschein kamen, als die zum Großteil kurzfristig gewährten US-Investitionen abflossen. Die weltweite Verbreitung der Krise ist durch ein komplexes Zusammenspiel der internationalen, regionalen und nationalen Wirtschaft zu erklären.

Ursachen und Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise in Mittel- und Südosteuropa

Der Fall der hier besprochenen Nachfolgestaaten (vgl. Tabelle 1) ist exemplarisch für das wechselseitige Zusammenspiel der Krisenbedingungen in der internationalen Wirtschaft und der einzelnen Volkswirtschaften, vor allem in den kritischen Sphären des Kapitals, der Finanz, des Handels und nicht zuletzt in der Wirtschaftspolitik.

Herrschte schon in der Vorkriegszeit Kapitalmangel, wuchs nach 1918 die Kapitalnot und daher erhöhte sich die Abhängigkeit von Auslandsanleihen und -kapitalanlagen in den neuentstandenen Kleinstaaten dramatisch. In ih-

Tabelle 1: Fläche und Bevölkerung 1914 und in der Zwischenkriegszeit

Land	Fläche in km ²		Bevölkerung in 1000	
	1914	nach 1920	1914	Zwischen- kriegs- periode (Jahr der Volks- zählung)
Österreichisch- ungarische Monarchie	676 443		51 390	
Österreich		83 987		6 760 (1934)
Bulgarien	111 800	103 146	4 753	5 479 (1926)
CSR		140 493		14 730 (1930)
Ungarn		92 940		8 688 (1930)
Polen		388 000		32 107 (1931)
Rumänien	137 902	295 049	7 516	18 057 (1930)
Jugoslawien	87 300 ^a	247 542	4 548 ^a	13 934 (1931)
insgesamt		1,267 170		92 995

Bevölkerung Europas, ausgenommen die UdSSR 400 100 (um 1930)

^a Serbien

Quelle: W. E. Moore, *Economic Demography of Eastern and Southern Europe*. Genf 1945, 19; offizielle Statistiken (Jahrbücher) der genannten Staaten.

ren Bestrebungen, Kapital von den großen Siegerstaaten – USA, Großbritannien und Frankreich – zu beschaffen, förderten die Regierungen der Nachfolgestaaten die Internationalisierung ihrer Banken, ihrer Industrie und ihres Handels, sodass das ganze Wirtschaftsgebiet Mittel- und Südosteuropas in der Zwischenkriegszeit enger in die Weltwirtschaft eingegliedert wurde.

Das fundamentale Problem blieb die Kapitalknappheit und in ihrer Wirtschaftspolitik mussten sie dem ständigen Kapitalmangel Rechnung tragen. Daher unterlagen sie im Wesentlichen externen Sachzwängen.

In der Tat warben Regierungen, Politiker, Bankiers und Industrielle der Nachfolgestaaten um Auslandsanleihen und -beteiligungen und konkurrierten untereinander um die Kapitaleinfuhr aus den Ententestaaten. Auslandsanleihen wurden unter drückenden Bedingungen gewährt, aber nur in bescheidenem Ausmaß zu produktiven Investitionen verwendet. Ihr Haupteinsatz war auf eine verhältnismäßig kurze Periode der Kreditexpansion begrenzt, die unmittelbar nach den ersten Völkerbündelanleihen zur Stabilisierung der Währungen begann und mit dem Einbruch der Weltwirtschaftskrise

zu Ende ging. Zwischen 1929 und 1933 versiegte die Kapitaleinfuhr, aber der Schuldenberg, der sich aus Vor- und Nachkriegsschulden zusammensetzte (vgl. Tabelle 2) wuchs ebenso wie die Last der Zinsen.

Krise des Bankensystems

Der kürzeste und wirkungsvollste Weg zur Beteiligung am Wirtschaftsleben Mittel- und Südosteuropas führte über die Wiener Großbanken, die in den Ländern mit relativer wirtschaftlicher Rückständigkeit die Funktion des Kapitalmarktes übernommen und zum Großteil die Kreditfinanzierung der Industrie bestritten hatten. Diese Finanzierung wurde nach 1918 zunehmend dadurch geprägt, dass die Banken kurzfristige Geldanleihen vorwiegend in den Ententeländern aufnahmen, dieses Kapital aber dann langfristig an ihre Industriekunden verliehen – allerdings um den Preis, den österreichischen Finanzsektor immer tiefer in Fremdverschuldung zu stürzen. Lediglich an der kurzfristigen Auslandsverschuldung der Wiener Banken gemessen, erhöhte sich die Verschuldung zwischen 1924 und 1930 fast um das Dreifache.

Wie auch in anderen Volkswirtschaften begann durch dauernde Krisenerscheinungen eine Welle von Fusionierungen der Wiener Banken, die vergebens auf eine Wiederbelebung der Wirtschaft spekuliert hatten. Der Höhepunkt der Fusionierungen wurde 1929 erreicht, als die größte Bank der mittel- und südosteuropäischen Region, die Österreichische Creditanstalt für Handel und Gewerbe (Creditanstalt) die kränkelnde Allgemeine Österreichische Boden-Credit-Anstalt mit ihrem Konzern zahlreicher Industrie- und Handelsgesellschaften übernahm. Doch Bankenzusammenschlüsse konnten die sich verbreitenden Krisenbedingungen nicht lindern, da die Creditanstalt selbst im Mai 1931 spektakulär zusammenbrach. Dies sandte Schockwellen aus und

Tabelle 2: Schuldendienst und Außenhandel 1931
(in Millionen Schweizer Franken)

Land	Summe des Schuldendienstes 1931	Ausfuhr in % des gesamten Schuldendienstes	Handelsbilanz
Österreich	214	22	- 622
Bulgarien	35	16	+ 47
CSR	105	5	+ 213
Ungarn	248	48	+ 16
Rumänien	203	28	+ 192
Jugoslawien	124	29	- 15

Quelle: Bericht der Stresa-Konferenz, zitiert nach Gy. Ránki, *Economy and Foreign Policy. The Struggle of the Great Powers for Hegemony in the Danube Valley 1919–1939*. New York 1983, 121.

verschlimmerte die internationale Bankenkrise. Obwohl das totale Ende der Creditanstalt durch eine Sanierungsaktion der österreichischen Bundesregierung verhindert wurde, zogen dessen Folgen nicht nur die gesamte österreichische Wirtschaft aber auch die der Nachfolgestaaten tiefer in die Krise.

Ohne finanzielle Nothilfe (*lender of the last resort*) waren die seit den 1880er Jahren entstandenen Kommerzbanken nicht in der Lage, mit der Krise der dreißiger Jahre fertig zu werden. Im gesamten mittel- und südosteuropäischen Raum sahen sich Regierungen gezwungen einzuschreiten und Rettungsaktionen zu unternehmen. Die Verluste der Großbanken wurden überall entweder vollkommen oder durch Aktienanteile vom Staat übernommen. Damit wurde durch die Krise der Konzentrationsprozess im Banken- und Industriesektor unterstützt.

Zusammenbruch des Welthandels

Die großen Gläubigerstaaten begannen ihre kurzfristigen Kredite aus europäischen Schuldnerländern abzuziehen und neue Kredite zu unterbinden. Gleichzeitig wuchsen Zollmauern, beginnend im Mai 1930 mit den Hawley-Smoot Tariffs in den USA und mit den protektionistischen Maßnahmen der Ottawa Konferenz 1932, die das British Empire praktisch vom Welthandel abschirmten. Frankreich folgte mit der Erweiterung des Präferenzsystems in seinen Kolonien. Durch die Handelspolitik ihrer Hauptgläubiger war somit den kleinen mittel- und südosteuropäischen Staaten der Zutritt zu den größten Absatzmärkten verwehrt.

In Mittel- und Südosteuropa begann die massive Abrufung von Auslandskrediten nach dem Zusammenbruch der Creditanstalt im Mai 1931. Die Folgen der Kreditrestriktionspolitik waren für die Kleinstaaten äußerst schwierig. Da neue Auslandsanleihen weiterhin nicht aufgetrieben werden konnten,

war es den Nachfolgestaaten nicht mehr möglich, ihre Zahlungsbilanz durch zusätzliche Kredite und durch Konvertierung alter in neue Schulden ausgeglichen zu halten. Wo zwischen 1925 und 1929 ein gewisser marginaler Überschuss oder wenigstens ein Ausgleich in der Zahlungsbilanz erzielt worden war, überschritten in den folgenden Jahren Zinsen und Dividendenzahlungen ans Ausland die Einkünfte aus dem Waren- und Kapitalverkehr. Von 1932 an floss Kapital aus allen mittel- und südosteuropäischen Ländern ab. Keine Volkswirtschaft dieser Region, außer der ČSR, war fähig, ihre Ausgaben an Zinsen, Amortisation und Dividenden aus Exportüberschüssen zu decken. Daher wurde die Erzielung einer aktiven Handelsbilanz durch Exportförderung und strikte Importeinschränkung zur Überlebensstrategie.

Da die Handelspolitik in den Nachfolgestaaten die Krise zur selben Zeit bekämpfen sollte, als der Weltmarkt schrumpfte, blieb sie erfolglos. Auch scheiterten alle Versuche einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit in der Donauregion letzten Endes an der Konkurrenz der Großmächte und an dem Tauziehen um eine führende Rolle unter den Nachfolgestaaten selbst. Davon wurde der Warenaustausch zwischen den Nachfolgestaaten betroffen, der im Jahre 1929 noch 35 Prozent des gesamten Handelsvolumens betragen hatte und im Jahre 1935 auf 23 Prozent gesunken war.

Während der Weltwirtschaftskrise wurden multilaterale Handelsbeziehungen in Europa weitgehend durch bilaterale Abkommen ersetzt. In dieser Periode wurde der bilaterale, devisenlose Handel mit den mittel- und südosteuropäischen Ländern zum Instrument deutscher Handels- und Außenpolitik und in der nationalsozialistischen Periode in der Durchführung der ‚Großraumpolitik‘ aggressiv eingesetzt. Bilaterale Handelsbeziehungen belebten zwar Handelsströme, nicht aber Kapitalströme. Daher konnte die

Schuldenlast der Nachfolgestaaten nicht durch Außenhandelseinkünfte abgetragen und die Finanzkrise nicht überwunden werden.

Ablauf und Intensität der Krise – Wirtschaftspolitik

In dieser Zeit des allgemein zurückgehenden Welthandels war die Wirtschaftspolitik der Länder Mittel- und Südosteuropas von verstärkten Bemühungen um Autarkie, militantem Nationalismus und dem Aufstieg semifaschistischer und faschistischer Diktaturen begleitet.

In den einzelnen hier besprochenen Ländern waren der zeitliche Ablauf und die Intensität der Krise unterschiedlich. In der Tschechoslowakischen Republik, dem einzig verbliebenen bürgerlich-demokratischen Staat, dessen schnelles wirtschaftliches Wachstum der zwanziger Jahre mit der Exportkonjunktur verbunden gewesen war, fiel die Gesamtausfuhr zwischen 1929 und 1933 um zwei Drittel und ihr Industrieausstoß um die Hälfte, die Krise hielt länger an als in den benachbarten Agrarstaaten. Polen wurde ähnlich hart getroffen und die ruinösen Auswirkungen der Krise führten zur außerordentlichen Verstärkung des Staatsinterventionismus und zum Höhepunkt des *étatisme*, der zum Aufschwung der industriellen Produktion durch auf Kriegsrüstung ausgerichtete Schwerindustrieprojekte führte. Die südosteuropäischen Agrarstaaten litten nicht so schwer an Industrieschwund. Höhepunkte der Industrieproduktion wurden in Ungarn im Jahre 1929, in Jugoslawien im Jahre 1930 und in Rumänien 1931 erreicht, während der Tiefpunkt in allen diesen Ländern im Jahre 1932 zu verzeichnen war. Spezifische Faktoren, wie tiefgreifende staatliche Eingriffe und wie die Tatsache, dass weite Bereiche nicht in die Marktwirtschaft eingebunden waren, milderten die Wucht der Krise in den relativ wirtschaftlich rückständigen Volkswirtschaften.

In der ganzen mittel- und südosteuropäischen Region wurden im Laufe der Weltwirtschaftskrise diktatorische semifaschistische Regimes verstärkt, der bereits vorhandene Staatsinterventionismus wurde gefestigt, sodass Staatslenkung der Wirtschaft in Theorie und Praxis als eine politische Notwendigkeit angenommen wurde.

Schlussbemerkung

Der Einbruch und die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise erstreckten sich über das ganze Jahrzehnt von 1929 bis 1939, denn nach einer kurzen Aufwärtsbewegung der Wirtschaft brach eine neuerliche Krise im Jahre 1937 aus. Die politischen Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise führten zum Aufstieg des Nationalsozialismus in Deutschland, zum Wettrüsten und zur Katastrophe des Zweiten Weltkrieges.

An der Wende des 20. und 21. Jahrhunderts ist die Verflechtung der Weltwirtschaft enger als je zuvor in der Geschichte. Gleichzeitig bewegen sich Kapitalströme an internationalen Börsen mit nie dagewesener Geschwindigkeit. Schockstöße in ungezügelter internationalen Märk-

ten im Rahmen der Globalisierung können ohne Kontrollen schneller und effektiver zu Zusammenbrüchen führen. Daher scheint die Frage berechtigt zu sein, ob es zu einer Wiederholung einer Weltwirtschaftskrise kommen könnte. Wirtschaftshistoriker und -wissenschaftler suchen durch Analysen der Erfahrungen der Weltwirtschaftskrise der dreißiger Jahre Probleme der modernen

Weltwirtschaft zu beleuchten. In dieser Hinsicht ist der Sammelband ‚Von der Weltwirtschaftskrise zur Globalisierungskrise (1929–1999)‘, herausgegeben von Peter Feldbauer, Gerd Hardach und Gerhard Melinz, Wien 1999, von besonderer wissenschaftlicher und aktueller Bedeutung.

LITERATUR

- K. BORCHARDT, Wachstum, Krisen, Handlungsspielräume der Wirtschaftspolitik. Göttingen 1982, 165–182.
- P. FELDBAUER/G. HARDACH/G. MELINZ (Hg.), Von der Weltwirtschaftskrise zur Globalisierungskrise (1929–1999), HSK 15. Frankfurt a. M.–Wien 1999.
- Österreichische Zeitschrift für Geschichtswissenschaften (= ÖZG), Banken und Kapital, 4. Jg., Heft 4/1993.
- S. SOLOMOU, Economic cycles: long cycles and business cycles since 1870. Manchester-New York 1998.
- D. STIEFEL, Die große Krise in einem kleinen Land. Österreichische Finanz- und Wirtschaftspolitik 1929–1938. Wien 1988.
- D. STIEFEL, Finanzdiplomatie und Weltwirtschaftskrise. Die Krise der Credit-Anstalt für Handel und Gewerbe 1931. Frankfurt a. M. 1989.
- A. TEICHOVA, Kleinstaaten im Spannungsfeld der Großmächte. Wirtschaft und Politik in Mittel- und Südosteuropa in der Zwischenkriegszeit. München 1988.
- F. WEBER, ‚Die Weltwirtschaftskrise und das Ende der Demokratie in Österreich‘ in E. Fröschl/H. Zoitl (Hg.), 4. März 1933. Vom Verfassungsbruch zur Diktatur. Wien 1984.

Die Große Depression in den USA 1929–1939

I. Weltwirtschaftskrise und Große Depression

Die Krise, die 1929 die Wirtschaft der USA erschütterte, nimmt in der Geschichte der Wirtschaftskrisen nach wie vor einen besonderen Platz ein. Erstens war die Krise ungewöhnlich tief. Produktion und Beschäftigung gingen von 1929 bis 1933 stärker zurück als in irgendeiner anderen Krise der amerikanischen Wirtschaft. Zweitens dauerte die Krise ungewöhnlich lange. Zwar stiegen Produktion und Beschäftigung seit Ende 1933 wieder an, aber der Weg aus der Krise war langsam, stockend und unvollständig. Die Arbeitslosigkeit ging nur langsam zurück. Die Rezession von 1937–38 unterbrach die Erholung und führte zu einem Rückgang von Produktion und Beschäftigung. Danach gab es einen neuen Aufschwung, der aber bald schon im Schatten des Krieges in Europa stand. In den USA spricht man daher im allgemeinen nicht von der Weltwirtschaftskrise von 1929–33, wie in anderen Ländern, sondern von der Großen Depression 1929–39. Drittens stand die Krise in den USA im Mittelpunkt einer Weltwirtschaftskrise, die eine weltweite wirtschaftliche, soziale und vor allem auch politische Destabilisierung nach sich zog.

II. Die Prosperität

Auf den Ersten Weltkrieg folgte in den USA ein kurzer wirtschaftlicher Aufschwung. Er wurde von der aufgestauten Inlandsnachfrage nach Konsumgütern und Investitions-

gütern, aber auch von einem starken Anstieg der Exporte getragen. Überall in der Welt richtete sich die Nachfrage nach den lange entbehrten Lebensmitteln, industriellen Konsumgütern und Investitionsgütern auf die USA, deren Wirtschaft aus dem Krieg gestärkt hervorgegangen war. 1919 hatten die USA 105 Millionen Einwohner, die ein Brutto-sozialprodukt von 84 Milliarden Dollar erwirtschafteten (Bureau of the Census 1975: I, 8, 224)

In der Weltwirtschaftskrise von 1920–21 brach der Nachkriegsaufschwung zusammen. Die Krise, die in Ländern wie Deutschland und Österreich durch die Nachkriegsprobleme und die Inflation überlagert war und deshalb in ihrer Zyklizität kaum wahrgenommen wurde, trat in den USA ungewöhnlich heftig auf. Das reale Brutto-sozialprodukt ging von 1919 bis 1921 um 13 Prozent zurück. Die Arbeitslosenquote, die 1919 mit 1,4 Prozent auf einem historischen Tiefpunkt war, stieg bis 1921 auf 12 Prozent an (Bureau of the Census 1975: I, 126, 224). Die Krise führte zu dem hoch protektionistischen Fordney-McCumber Zolltarif von 1922. Sie vertiefte darüber hinaus ganz allgemein den amerikanischen Isolationismus und bestärkte den republikanischen Präsidenten Warren G. Harding, der 1921 auf dem Tiefpunkt der Krise sein Amt antrat, in seiner Position, die USA aus den ökonomischen Problemen Europas herauszuhalten. Die USA nahmen daher an der wichtigen Konferenz von Genua, auf der 1922 die Perspektiven für eine Rekonstruktion des Welthandels und des internationalen Währungssystems

diskutiert wurden, nicht teil.

Die Weltwirtschaftskrise von 1920–21 war jedoch bald vergessen, als 1922 eine wirtschaftliche Expansion von ungewöhnlicher Dynamik einsetzte. Zwar unterbrach 1927 eine kurze Rezession den Aufwärtstrend, aber im Durchschnitt nahm das reale Brutto-sozialprodukt von 1922 bis 1929 um 4,8 Prozent im Jahr zu. 1929 lag das reale Brutto-sozialprodukt je Einwohner um 24 Prozent über dem Niveau von 1913. Der wichtigste Sektor des Aufschwungs war die Autoindustrie mit ihren Rückwirkungen auf die Produktion von Stahl, Gummi, Glas und Mineralöl und auf den Straßenbau. Aber auch die Elektroindustrie mit ihren industriellen Verflechtungen und der Wohnungsbau gehörten zu den dynamischen Sektoren. In vielen Branchen gab es eine starke Konzentrationsbewegung. Die Autoindustrie wurde Ende der zwanziger Jahre von den drei großen Konzernen Ford, General Motors und Chrysler beherrscht. In New York stärkten Fusionen die Macht der Großbanken. Einer flächendeckenden Ausdehnung der Großbanken wirkte jedoch das Regionalprinzip im Bankwesen entgegen. Banken durften ihr Filialnetz im allgemeinen nicht über die Grenzen des Staates ausdehnen, in dem die Unternehmensverwaltung residierte. In manchen Staaten waren sogar Bankfilialen generell nicht zulässig. Das Regionalprinzip sollte die Macht des Finanzkapitals beschränken und die öffentliche Kontrolle über die Banken stärken.

Der Optimismus der Prosperität drückte sich in den späten zwanziger Jahren in steigenden Börsenkursen aus. Innerhalb von drei Jahren verdoppelte sich das Kursniveau an der New Yorker Börse; beim Höchststand im September 1929 hatten die Kurse im Durchschnitt 204 Prozent des Niveaus von 1926 erreicht. Nichts schien auf eine bevorstehende Krise hinzuweisen. Der republikanische Präsidentschaftskandidat Herbert Hoover stellte in seinem Wahlkampf im Sommer

1928 optimistisch die Fortdauer der Prosperität und das Ende der Armut in Aussicht (Walton/Rockoff 1989: 478).

Die Landwirtschaft blieb im Schatten des Aufschwungs. Schon seit dem Beginn des zwanzigsten Jahrhunderts zeichnete sich eine landwirtschaftliche Überproduktion ab. Die Agrarkonjunktur, die der Erste Weltkrieg mit seinen wirtschaftlichen Folgen in den USA auslöste, hatte das Problem verdeckt. In den zwanziger Jahren trat die Überproduktion jedoch wieder in den Vordergrund. Die steigenden Mengen an Getreide, Fleisch, Baumwolle, Tabak und anderen Agrarprodukten, die von der Landwirtschaft produziert wurden, ließen sich auf dem nur langsam expandierenden Binnenmarkt nur sehr schwer unterbringen. Viele Farmer und Pächter verschuldeten sich hoch, um durch Rationalisierung mit der kapitalistischen Entwicklung Schritt zu halten. Die Produktivitätssteigerungen verschärften jedoch das Absatzproblem, und außerdem wurde die Landwirtschaft durch die Überschuldung krisenanfälliger.

Die USA gingen aus dem Ersten Weltkrieg als weltwirtschaftliche Führungsmacht hervor. Ihre Hegemonie beruhte zum einen auf dem gewaltigen Produktionspotential der amerikanischen Wirtschaft. Nach einer Schätzung des Völkerbundes entfielen in den Jahren 1926–29 von der weltweiten Industrieproduktion allein 42 Prozent auf die USA (League of Nations 1945:13). Ein weiterer Pfeiler der amerikanischen Vormachtstellung war ihre internationale Gläubigerposition. Vor dem Ersten Weltkrieg waren die USA noch ein Nettogläubigerland gewesen. Den amerikanischen Auslandsanlagen von 3,5 Milliarden Dollar standen ausländische Anlagen in den USA von 7,2 Milliarden Dollar gegenüber. Im Krieg änderte sich die Situation, da die USA Kapital exportierten, während das Ausland, vor allem Großbritannien, Kapitalanlagen in den USA liquidierte, um

Rüstungsimporte zu finanzieren. 1919 waren die amerikanischen Auslandsanlagen auf 7,0 Milliarden Dollar gestiegen, während die ausländischen Anlagen in den USA auf 3,3 Milliarden zusammengeschnitten waren (Bureau of the Census 1975: II, 869). Zusätzlich zu ihrer kommerziellen Gläubigerposition hatten die USA ihren europäischen Verbündeten in erheblichem Umfang Kriegskredite gewährt, die nach amerikanischer Auffassung unbedingt zurückgezahlt werden sollten. In den zwanziger Jahren erzielte die amerikanische Wirtschaft anhaltende Exportüberschüsse, die den Gläubigerstatus der USA weiter stärkten. Bis in die achtziger Jahre, als Steuersenkungen und steigende Militärausgaben zu den doppelten Defiziten im Staatshaushalt und in der Handelsbilanz führten, blieben die USA ein Gläubigerland (Bureau of the Census 1975: II, 864).

Der Erste Weltkrieg hatte den Goldstandard, der bis dahin die Konvertierbarkeit der Währungen zu festen Wechselkursen gewährleistete, unterbrochen. Die USA kehrten bereits 1919 zum Goldstandard zurück. Aufgrund ihrer überlegenen Position im Welthandel und auf den internationalen Kapitalmärkten wurden sie zum Angelpunkt für die Rekonstruktion des internationalen Währungssystems. Die meisten Welthandelsnationen schlossen sich nach und nach dem Goldstandard an. Besondere Bedeutung hatten die USA für die Wiedereingliederung Deutschlands in die Weltwirtschaft. Unter amerikanischer Führung wurden im Dawes-Plan von 1924 und dem Young-Plan von 1930 Lösungen für das Reparationsproblem gefunden. Amerikanische Kapitalexporte nach Deutschland ermöglichten es der Weimarer Republik, die Reparationsforderungen der Alliierten zu erfüllen, ohne die deutsche Wirtschaft zu belasten. Problematisch war die langfristige Perspektive der weltwirtschaftlichen Stabilisierung. Trotz ihrer starken Gläubigerposition blieben die USA

protektionistisch und sperrten sich gegen Importe. Die Stabilität der Weltwirtschaft hing deshalb entscheidend davon ab, dass amerikanische Anleger Kapital nach Europa und Lateinamerika exportierten, mit dem die Handelspartner der USA ihre Zahlungsbilanzen ausgleichen konnten. Als seit 1928 die Börsenspekulation in den USA zunehmend Kapital an sich zog und die Bereitschaft zu Kapitalexporten zurückging, wurde die latente Instabilität der Weltwirtschaft deutlich. Die Defizitländer mussten versuchen, ihre Zahlungsbilanzen ohne amerikanische Kapitalzuflüsse zu stabilisieren.

III. Die Krise

Die Weltwirtschaftskrise begann mit einer Vielzahl von nationalen zyklischen Krisen, die sich durch den Zusammenbruch des Welt Handels und des internationalen Kreditsystems zu einer weltweiten Katastrophe verdichteten. Insofern ist die verbreitete Vorstellung, dass die Krise mit dem amerikanischen Börsenkrach vom 24. Oktober 1929 begann und von dort in alle Welt ausstrahlte, nicht richtig. Die USA als weltwirtschaftliche Führungsmacht waren aber gleichwohl das Epizentrum der Krise. Das lag zum einen an der Größe des amerikanischen Marktes, dessen Fluktuationen sich notwendig auf alle anderen Volkswirtschaften auswirkten. 1929 war die Einwohnerzahl der USA auf 122 Millionen, das Bruttosozialprodukt auf 103 Milliarden Dollar gestiegen (Bureau of the Census 1975: I, 8, 224). Hinzu kam die große Bedeutung der amerikanischen Wirtschaftspolitik, Währungspolitik und Außenwirtschaftspolitik für das Weltwirtschaftssystem.

Im Frühjahr 1929 erreichte der Aufschwung in den USA seinen Höhepunkt. Produktion und Beschäftigung gaben seitdem nach (Hall/Ferguson 1998:65). Die Hauptverantwortung für den Umschlag der Konjunktur lag beim Federal Reserve

Board. Die Notenbank schlug seit 1928 eine restriktive Politik ein, um die ihrer Ansicht nach übertriebene Börsenspekulation zu bremsen. Die Intervention war zu schwach, um die Aktienhausse zu brechen, aber stark genug, um die Prosperität zu zerstören. Die Rezession vom Sommer 1929 ließ noch nicht die schwere Krise ahnen und die Stimmung an der Börse blieb einweilen optimistisch. Am 24. Oktober 1929, einem Donnerstag, setzte jedoch ein dramatischer Kurssturz ein. Kurze Stabilitätsphasen gaben immer wieder Hoffnung auf eine Wende am Aktienmarkt, aber schließlich war das Kursniveau 1932 auf 17 Prozent des Niveaus vom September 1929 gefallen. Die Börsenpanik ruinierte nicht nur die Spekulanten, sondern auch viele Banken, die in der Erwartung hoher Zinserträge die Börsenspekulation sorglos finanziert hatten. Durch die Finanzkrise, die den Kredit knapp und teuer machte, und durch den raschen Umschlag des Geschäftsklimas vom Optimismus zum Pessimismus, der die Investitionsentscheidungen der Unternehmer negativ beeinflusste, verschärfte der Zusammenbruch der Börse die Krise in der realen Welt. Zwei Banken Krisen, 1930–32 und 1933, erhöhten die Unsicherheit und engten den Spielraum zur Finanzierung von Investitionen weiter ein. Die Investitionen gingen stark zurück, die Preise fielen, die Produktion wurde eingeschränkt und die Arbeitslosigkeit stieg von Jahr zu Jahr.

Die passive, zum Teil ausgesprochen fehlerhafte Wirtschaftspolitik der Bundesregierung und des Federal Reserve Board verschärfte die Krise. Präsident Hoover löste sich nur langsam von traditionellen wirtschaftspolitischen Lehren. Er suchte den Ausweg aus der Krise zunächst in der Außenwirtschaftspolitik. Trotz der anhaltenden Exportüberschüsse wurden die Zölle 1930 mit dem extrem protektionistischen Smoot-Hawley Tarif noch einmal erhöht. Der Handelskrieg, den die USA

damit einleiteten, trug wesentlich zum Niedergang des multilateralen Welthandels bei. Das Hoover-Moratorium für Reparationen und Kriegsschulden, das auf Vorschlag des amerikanischen Präsidenten 1931 vereinbart wurde, leitete das Ende der politischen Schulden ein. Es reichte aber nicht aus, um die internationalen Kapitalmärkte zu stabilisieren. Der Zusammenbruch des internationalen Kredit systems verschärfte in vielen Ländern die nationalen Banken Krisen.

Die Finanzpolitik der amerikanischen Regierung war durchweg konservativ. Hoover strebte ein ausgeglichenes Budget an. Die konjunkturpolitische Negativwirkung der Finanzpolitik wurde nur dadurch gedämpft, dass die Regierung unfreiwillig wachsende Haushaltsdefizite hinnehmen musste. Das Federal Reserve Board senkte den Diskontsatz, setzte aber weder die Mindestreservenpolitik noch die Offenmarktpolitik zur Stützung der Konjunktur ein. Als Großbritannien im September 1931 den Goldstandard aufgab und der Kurs des Pfundes fiel, erhöhte das Federal Reserve Board sogar den Diskontsatz, weil es die Goldparität des Dollars bedroht sah. Krisenverschärfend wirkte auch, dass die Notenbank nicht bereit war, in den Banken Krisen von 1931–32 und 1933 das Bankensystem zu stützen.

Zwei konjunkturpolitische Interventionen der Regierung Hoover waren im Prinzip richtig, aber unzulänglich. 1929 wurde das Federal Farm Board geschaffen. Es sollte mit einem bescheidenen Budget die Gründung von landwirtschaftlichen Genossenschaften fördern, um die Produktions- und Absatzbedingungen der Farmer zu verbessern, und es sollte durch den Ankauf von Überschüssen die Agrarpreise, besonders für Getreide und Baumwolle, stabilisieren. Die Regierung rief außerdem die Farmer auf, ihre Produktion einzuschränken, hatte damit aber keinen Erfolg. Die Farmer versuchten im Gegenteil verzweifelt, durch

mehr Arbeit und höhere Produktion den Preisverfall zu kompensieren. Die Mittel des Federal Farm Board waren daher bald erschöpft und reichten angesichts der massiven Überproduktion nicht aus, um den Preisverfall aufzuhalten. Nach der ersten Bankenkrise von 1931–32 wurde 1932 die staatliche Reconstruction Finance Corporation gegründet, um Banken, Versicherungen und Eisenbahnen Kredite zu gewähren. Auch Staatsregierungen, die durch die Armenunterstützung finanziell überlastet waren, konnten Kredit beantragen. Die Reconstruction Finance Corporation konnte in einigen Fällen helfen, aber ihre begrenzten Mittel waren bald erschöpft.

Von 1929 bis 1933 ging das nominale Bruttosozialprodukt in den USA um 46 Prozent zurück, das reale Bruttosozialprodukt um 23 Prozent. Der monatliche Nominallohn, der 1929 im Durchschnitt 117 Dollar betrug, fiel bis 1933 auf 87 Dollar. Real wird die Einbuße nur auf 3 Prozent geschätzt, da die Preise sanken. Schlimmer war die Arbeitslosigkeit. 1933 waren 13 Millionen Amerikanerinnen und Amerikaner arbeitslos; das entsprach einer Arbeitslosenquote von 25 Prozent (Bureau of the Census 1975: I, 126, 164, 224). Die Arbeitslosen, die Obdachlosen, die Armen prägten zunehmend die amerikanische Gesellschaft sowohl in den Städten, als auch auf dem Land. In den Städten drängten sich die Arbeitslosen vor den Fabrikto ren, in den Büros der Armenfürsorge und in den Essensausgaben der Wohlfahrtsorganisationen. Auf dem Lande verschärfte seit 1931 Trockenheit, Bodenerosion und Missernten, die bis 1936 anhielten, die Krise. Verarmte Familien aus den ländlichen Regionen im mittleren Westen und im Süden verließen unter dem Druck von Missernten, fallenden Agrarpreisen und Überschuldung das Land und zogen auf der Suche nach Arbeit an die Pazifikküste oder ließen sich in Notunterkünften am Rand der Städte nieder.

IV. Der New Deal

Als der demokratische Präsident Franklin D. Roosevelt im März 1933 sein Amt antrat, erreichte die Krise ihren Tiefpunkt. Roosevelt hatte im Wahlkampf einen „New Deal“ versprochen, einen neuen gesellschaftlichen Kontrakt für das amerikanische Volk. Seit März 1933 wurde der New Deal zum Inbegriff einer neuen Politik. Dem New Deal lag jedoch kein systematisches Konzept zugrunde, er bestand vielmehr aus verschiedenen Maßnahmen, die sich erst im Laufe der Zeit zu einer neuen Wirtschafts- und Sozialpolitik zusammenfügten. Eindrucksvoll für die Zeitgenossen und im Rückblick auch für die Historiker war der fulminante Start des New Deal. In der ersten Hälfte seiner Amtszeit, von März 1933 bis Anfang 1935, führte Roosevelt mit Unterstützung eines tatkräftigen Kongresses zahlreiche Reformen durch, viele davon in den ersten vier Monaten der Präsidentschaft, den berühmten „Hundert Tagen“ von Anfang März bis Mitte Juni 1933. Die Reformen betrafen die ganze Breite der Wirtschaft. Die wichtigsten Programme waren die Interventionen zur Überwindung der Bankenkrise, die konjunkturpolitischen Programme des Agricultural Adjustment Act vom Mai 1933 für die Landwirtschaft und des National Industrial Recovery Act vom Juni 1933 für die Industrie und die staatlichen Arbeitsbeschaffungsprogramme des Civil Conservation Corps, der Tennessee Valley Authority, der Public Works Administration und der Civil Works Administration. In der Währungspolitik gaben die USA trotz ihrer anhaltenden Exportüberschüsse 1933 den Goldstandard auf und führten 1934 einen neuen, regulierten Goldstandard ein. Im Rückblick werden die Maßnahmen des New Deal häufig in eine kurzfristige Stabilisierungspolitik und eine langfristige Reformpolitik eingeteilt (Bernstein 1987: 184). Präsident

Roosevelt hat diese Unterscheidung jedoch ausdrücklich abgelehnt und vielmehr betont, dass mit den Maßnahmen zur Überwindung der Krise zugleich auch langfristige Reformen eingeleitet werden müssten, um künftigen Krisen vorzubeugen.

Im Januar 1935 kündigte Roosevelt einen „Second New Deal“ an. Nachdem die wirtschaftliche Situation sich allmählich besserte, sollte nunmehr die Sozialpolitik im Vordergrund stehen. Wichtige Reformen des Zweiten New Deal, die sämtlich 1935 durchgeführt wurden, waren das neue Arbeitsbeschaffungsprogramm der Works Progress Administration, der National Labor Relations Act und der Social Security Act. In Roosevelts zweiter Präsidentschaft von 1937–41 ließ der Reformeifer nach. Das letzte große Reformgesetz des New Deal war der Fair Labor Standards Act von 1938. Es gab keinen offiziellen Abschluss und keine Abschlussfeier des New Deal. Als Roosevelt jedoch Anfang 1939 erklärte, dass nunmehr die Bewahrung der Reformen das Ziel sei, galt dies implizit als Hinweis auf das Ende des New Deal. 1940, in seinem dritten Wahlkampf, blickte Roosevelt auf den New Deal bereits als eine historische Epoche zurück (Leuchtenburg 1963).

Systematisch kann man die Maßnahmen des New Deal in Bankpolitik, Agrarpolitik, Industriepolitik, Sozialpolitik, Finanzpolitik, Währungspolitik und Außenwirtschaftspolitik einteilen.

1. Die erste Sorge der Regierung Roosevelt galt der Überwindung der Bankenkrise. Nachdem einige Staaten bereits aus eigener Initiative Bankfeiertage eingeführt hatten, um den Banken eine Atempause zu gewähren und den Ansturm des Publikums auf die Banken abzuwehren, erklärte Roosevelt kurz nach seinem Amtsantritt einen bundesweiten „bank holiday“, der eine Woche dauerte. Die Bankfeiertage sollten den Liquiditätsverlust der Banken aufhalten und den Geldinstituten Zeit zur Reorganisation geben. Ei-

nigen Banken gelang aus eigenen Kräften eine Stabilisierung, weitere Institute wurden von der schon unter Hoover gegründeten Reconstruction Finance Corporation gestützt. Zahlreiche Banken mussten jedoch aufgrund der hohen Verluste, die sie in der Krise erlitten hatten, schließen. Mit dem Bankgesetz vom Juni 1933 wurde eine Versicherung für Bankeinlagen eingeführt. Die Federal Deposit Insurance Corporation wurde durch Pflichtbeiträge aller Banken finanziert. Ferner wurde, da man die Verbindung von kurzfristigem Bankgeschäft und langfristiger Industriefinanzierung für eine Ursache der Bankenkrise hielt, eine institutionelle Trennung von Geschäftsbanken und Investitionsbanken verfügt. Neben der regionalen Begrenzung wurde die funktionale Spezialisierung seitdem zu einem wesentlichen Strukturmerkmal des amerikanischen Bankwesens. Die Aktiengesellschaften wurden 1933 einer strengeren Publizitätspflicht und Kontrolle unterworfen. Die 1934 eingerichtete Security Exchange Commission (SEC) sollte die Börsen überwachen. Mit dem Banking Act von 1935 wurde vor allem das 1913 gegründete Federal Reserve System reformiert. Regierung und Kongress erhielten mehr Einfluss auf das Federal Reserve Board und die Zentrale in Washington erhielt mehr Einfluss gegenüber den zwölf regionalen Reservebanken.

2. Mit dem Agricultural Adjustment Act vom Mai 1933 begann in den USA die staatliche Regulierung der Agrarmärkte, die in wechselnder Intensität bis heute anhält. Die neu geschaffene Agricultural Adjustment Administration (AAA) führte ein Programm zur Stilllegung von Anbauflächen und zur Reduzierung der Viehbestände durch, um die landwirtschaftliche Überproduktion zu bremsen und die Preise zu stabilisieren. Die Stilllegungsprämien sollten durch Abgaben der verarbeitenden Industrien finanziert werden. Die Markttre-

gulierung begünstigte die großen Agrarunternehmen, half aber nicht den kleinen und mittleren Familienbetrieben und die verarbeitende Industrie protestierte gegen die neuen Abgaben. 1936 erklärte der Supreme Court den Agricultural Adjustment Act für verfassungswidrig. Nach der Krise von 1937–38 wurde die Marktregulierung mit dem neuen Agricultural Adjustment Act von 1938 wieder eingeführt und stieß diesmal auf keinen Widerspruch. Neben der Marktregulierung sollten Vorzugskredite für Mittel- und Kleinbetriebe und Maßnahmen zur Verbesserung der Infrastruktur, wie die Elektrifizierung des Landes, die Lage der Landwirte und Landarbeiter verbessern.

3. Der Kern der Konjunkturpolitik des New Deal und zugleich auch der Beginn einer langfristigen Reform sollte der National Industrial Recovery Act vom Juni 1933 sein. In Übereinstimmung mit der mikroökonomischen Perspektive, die damals in der Wirtschaftswissenschaft vorherrschte, sah die Regierung die Ursache der Krise vor allem im Niedergang von Preisen und Profiten. Die Konjunkturpolitik des New Deal zielte deshalb darauf, die Preise zu stabilisieren, um damit die Investitionstätigkeit anzuregen und einen neuen Aufschwung einzuleiten. Der National Industrial Recovery Act revidierte daher die traditionelle Antimonopolpolitik und ermutigte die Industrie zur Bildung von Branchenkartellen, um die Märkte zu regulieren, die Preise anzuheben und die Gewinnsituation der Unternehmen zu verbessern. Der Präsident konnte einzelne Branchenvereinbarungen (codes) über Preise, Arbeitszeit und Löhne für verbindlich erklären. Eine neue National Recovery Administration (NRA) sollte die Industriepolitik implementieren. Die Gewerkschaften wurden als Interessenvertretung der Arbeiter und anerkannte Partner der Unternehmen in die Industriepolitik einbezogen. Der National Industrial Recovery Act stärkte die Gewerk-

schaften und förderte kollektive Vereinbarungen zwischen den Tarifparteien über Arbeitsbedingungen, Arbeitszeiten und Löhne. Parallel zur traditionellen American Federation of Labor, die im Wesentlichen die Facharbeiter vertrat, wurde 1935 der Congress of Industrial Organization gegründet, in dem sich vor allem die ungelerten und angelernten Arbeiter und Arbeiterinnen organisierten. Die Politik der National Recovery Administration war jedoch umstritten. Zum einen stieß die Politik bei kleinen und mittleren Unternehmen auf Widerspruch, die sich gegenüber den großen Konzernen benachteiligt fühlten. Zum anderen wurde kritisiert, dass die Unternehmer und die Arbeiter der Großindustrie Absprachen zu Lasten der Allgemeinheit der Verbraucher trafen und durch ihre monopolistische Politik die Krise verschärften. 1935 erklärte der Supreme Court den National Industrial Recovery Act für verfassungswidrig, weil er zu sehr in die Rechte der Staaten und in die Rechte des Kongresses eingriff. Zu der Zeit war bereits deutlich geworden, dass das Programm sein konjunkturpolitisches Ziel verfehlt hatte.

4. Die Sozialpolitik hatte zunächst die Linderung der ärgsten Not zum Ziel. Nach drei Krisenjahren waren die Ressourcen der Gemeinden, der Staaten, der Kirchen, und der privaten Hilfsorganisationen erschöpft. Die Erwartungen richteten sich nunmehr auf die Bundesregierung und den Kongress, auch wenn dies die traditionelle Funktionsteilung von Bund, Staaten und Gemeinden veränderte. Im März 1933 wurde das Civil Conservation Corps (CCC) geschaffen. Das Programm beschäftigte junge Arbeitslose in Projekten zur Wiederaufforstung, zum Kampf gegen die Bodenerosion und zur Anlage oder Erhaltung von Nationalparks. Die Reconstruction Finance Corporation hatte damit begonnen, den von Sozialausgaben überlasteten Staaten Kredit zu gewähren. Mit dem Federal Emergency Relief Act

vom Mai 1933 wurden Bundesmittel für die Unterstützung der Armen bereitgestellt. Eine neue Federal Emergency Relief Administration (FERA) wurde eingerichtet, um das Programm durchzuführen. Die Bundesmittel wurden im allgemeinen nicht für eigene Maßnahmen verwandt, sondern als Zuschüsse an die Staaten und Gemeinden weitergegeben.

Ein regionales Modellprojekt des New Deal war die im Mai 1933 gegründete Tennessee Valley Authority (TVA). Die neue Institution errichtete mit Bundesmitteln entlang des Tennessee River ein System von Staudämmen und Elektrizitätswerken, das sich über mehrere Staaten erstreckte. Die staatlichen Infrastrukturinvestitionen leiteten in der strukturschwachen Region einen wirtschaftlichen Aufschwung ein. Manche New Deal Politiker sahen in der Tennessee Valley Authority ein zukunftsweisendes Modell, um den Kapitalismus durch gesellschaftliche Planung zu reformieren, und manche Kritiker sahen den New Deal auf dem Weg in den Sozialismus. Jenseits der ideologischen Debatte erwarb sich die Tennessee Valley Authority eine Reputation als ein Beispiel erfolgreicher regionaler Wirtschaftsförderung.

Im Zusammenhang mit dem National Industrial Recovery Act wurden im Juni 1933 die Bundeszuschüsse für die Armenunterstützung der Staaten und Gemeinden durch eine aktive Arbeitsbeschaffungspolitik des Bundes ergänzt. Eine neue Public Works Administration (PWA) sollte öffentliche Projekte in großem Stil organisieren wie Staudämme, öffentliche Gebäude, Schulen, Hafenanlagen. Die Projekte wurden unter der Aufsicht des Innenministers Harold Ickes sorgfältig geplant, aber nur langsam realisiert und brachten daher nicht den erwarteten Abbau der Massenarbeitslosigkeit. Im November 1933 wurde daher eine weitere Institution zur Durchführung von Arbeitsbeschaffungsprogrammen

eingerrichtet, die Civil Works Administration (CWA) unter Harry Hopkins, der bereits die Federal Emergency Relief Administration organisiert hatte. Das neue Programm sah ähnlich wie die Public Works Administration öffentliche Arbeiten vor, die nicht mit der privaten Wirtschaft in Konkurrenz treten sollten. Es konzentrierte sich aber auf einfache Projekte, die geeignet waren, vor Einbruch des Winters möglichst viele Leute in Beschäftigung zu bringen. Im Januar 1934 arbeiteten insgesamt 4,3 Millionen Männer und Frauen in den verschiedenen Projekten des Civil Conservation Corps, der Public Works Administration und der Civil Works Administration. Im Frühjahr 1934 wurde in der Hoffnung auf einen nachhaltigen konjunkturellen Aufschwung die Civil Works Administration aufgelöst. Da der Aufschwung den Arbeitsmarkt nur zögernd entlastete, wurde jedoch 1935 ein neues Arbeitsbeschaffungsprogramm nach dem Vorbild der Civil Works Administration eingerichtet, die Works Progress Administration (WPA). Die beiden parallel tätigen Institutionen, die eher investive Public Works Administration und die vorwiegend an maximaler Beschäftigung orientierte Works Progress Administration, bauten mit Bundesmitteln Rathäuser, Schulen, Sportanlagen und Straßen, organisierten aber auch Theater- und historische Forschungsprojekte.

Nachdem der Supreme Court den National Industrial Recovery Act für verfassungswidrig erklärt hatte, wurde eine neue, verfassungskonforme Regelung der Arbeitsbeziehungen notwendig. Dies führte zum National Labor Relations Act von 1935. Das neue Gesetz bestätigte die Anerkennung der Gewerkschaften als Tarifpartner durch die Unternehmer und den Staat, und es definierte Spielregeln für die kollektiven Verhandlungen und Vereinbarungen zwischen Kapital und Arbeit. Mit dem Social Security Act von 1935 reformierte und erweiterte

der Bund das System der sozialen Sicherheit, das bisher von den Staaten und Gemeinden gestaltet wurde und kümmerlich ausgestattet war. Die Politik der sozialen Sicherheit orientierte sich an zwei Grundsätzen, dem Versicherungsprinzip (insurance principle) und dem Fürsorgeprinzip (welfare principle). Die Arbeitslosenversicherung und die Unfallversicherung blieben in der Kompetenz der Staaten, der Bund legte aber einheitliche Rahmenbedingungen fest. Neu eingeführt wurde eine Rentenversicherung. Sie war in den Bundeshaushalt integriert und wurde durch eine besondere Steuer finanziert, die je zur Hälfte von Unternehmern und Arbeitern gezahlt werden sollte. Die staatlichen Altersrenten waren als eine Grundsicherung gedacht und sollten durch Betriebsrenten und private Altersvorsorge ergänzt werden. Neu war auch eine begrenzte Sozialhilfe für Familien (Aid to Families with Dependent Children). Sie wurde von den Staaten verwaltet, aber durch Bundeszuschüsse gestützt. Der Fair Labor Standards Act von 1938, am Ende des New Deal, führte eine Maximalarbeitszeit und einen Mindestlohn ein und beschränkte die Kinderarbeit.

5. Während der New Deal das Füllhorn seiner neuen „alphabetic agencies“ (Leuchtenberg 1963:162) von der AAA bis zur WPA über der Nation ausschüttete, blieb das aus moderner Sicht wichtigste Instrument der Konjunkturpolitik, die Finanzpolitik, erstaunlich konservativ. Roosevelt hielt lange Zeit daran fest, dass das Ziel der Finanzpolitik ein ausgeglichenes Budget sein sollte. Eines der ersten Gesetze des New Deal, der Economy Act vom März 1933, sah eine Kürzung der Bundesgehälter und der Veteranenpensionen vor, um das Haushaltsdefizit zu verringern. Roosevelt verfolgte das Ziel des Budgetausgleichs jedoch nicht so dogmatisch wie sein Vorgänger, und er akzeptierte es, dass die neuen Programme zur Armenunterstützung,

zur Arbeitsbeschaffung und zur Agrarsubventionierung große Löcher in den Haushalt rissen. Die Bundesaussgaben stiegen daher sehr viel stärker an als die Ausgaben der Staaten und Gemeinden. 1932 entfielen erst 30 Prozent der gesamten Staatsausgaben auf den Bund, 1939 waren es 48 Prozent (Chandler 1970:121, 137). Der Anstieg der Ausgaben führte Jahr für Jahr zu erheblichen Defiziten im Bundeshaushalt. Als sich 1935 die Konjunktur besserte, hielt Roosevelt jedoch die Zeit für gekommen, das Defizit abzubauen. Die direkten Steuern wurden erhöht, außerdem wurden seit 1937 die Steuern für die neue Sozialversicherung erhoben, und der wirtschaftliche Aufschwung ließ die Steuerquellen allgemein reichlicher sprudeln. Die restriktive Finanzpolitik reduzierte das Haushaltsdefizit, trug damit aber wesentlich zu der neuen Krise von 1937–38 bei. Erst nach dieser Krise gewann die keynesianische Doktrin, dass systematische Staatsdefizite die Konjunktur fördern, Einfluss auf die amerikanische Finanzpolitik.

6. Das Federal Reserve System tat wenig, um den Aufschwung zu unterstützen. Auch die Reform von 1935, mit der die Position des Federal Reserve Board gegenüber den regionalen Reservebanken gestärkt wurde, führte nicht zu einer konjunkturbewussten Geldpolitik. Die Expansion der Geldmenge beruhte fast ausschließlich auf den Goldzuflüssen, die durch den hohen Schutzzoll, die Dollarabwertung von 1933–34 und die Attraktion der USA als sicherer Hafen für das internationale Kapital in einer unruhigen Welt gefördert wurden. Die Notenbankpolitik hatte an der monetären Expansion keinen Anteil. 1936 leitete das Federal Reserve Board unter dem Eindruck des wirtschaftlichen Aufschwungs eine restriktive Politik ein, da es eine Inflation befürchtete. Gleichzeitig neutralisierte die Regierung durch Goldankäufe den Goldzufluss aus dem Ausland. Diese Maßnahmen führten zusammen mit

der konjunkturfeindlichen Finanzpolitik zu der Krise von 1937–38.

7. Die USA nahmen auf dem Weltmarkt eine dominierende Position ein, ohne dass Unternehmer und Arbeiter ihre Interessen mit der Stabilität der Weltwirtschaft identifiziert hätten. Angesichts der verhältnismäßig geringen Außenhandelsverflechtung der amerikanischen Wirtschaft herrschte nach wie vor die Auffassung, dass der nationale Markt im Grunde unabhängig vom Weltmarkt war. Die Wirtschaftspolitik nahm daher auf die internationalen Konsequenzen wenig Rücksicht. 1933 lösten die USA den Dollar vom Gold und setzten sich damit in einen Gegensatz zur Londoner Weltwirtschaftskonferenz von 1933, die auf Initiative des Völkerbundes Möglichkeiten zur Stabilisierung der internationalen Wechselkurse und zur Wiederbelebung des Welthandels diskutierte. Kurzfristige Spekulationen ließen trotz der anhaltenden Exportüberschüsse den Kurs des Dollars gegenüber dem Gold sinken. Das war ganz im Sinne der Regierung, die sich von einer Abwertung des Dollars einen Preisaufrtrieb und damit einen konjunkturellen Impuls versprach. 1934 wurde der Dollar bei einer wesentlich niedrigeren Parität stabilisiert. Das neue Währungssystem wurde als ein regulierter Goldstandard bezeichnet, da Regierung und Notenbank systematisch die Gold- und Devisenmärkte beeinflussten. Viele Länder versuchten, dem Beispiel der USA folgend, die Arbeitsmarktkrise mit Zollerhöhungen und kompetitiven Abwertungen auf ihre Nachbarn abzuwälzen. Das führte im Ergebnis zu einer weiteren Kontraktion des Welthandels und der internationalen Kapitalbewegungen.

Der Zusammenbruch des internationalen Währungssystems, die Krise der Kapitalmärkte und der scharfe Rückgang des Welthandels verschärften die Krise. Die USA erzielten in den dreißiger Jahren zwar weiterhin Exportüberschüsse.

Der Umfang der Exporte und der Exportüberschüsse war jedoch wesentlich geringer als vor der Krise. Besonders die Landwirtschaft litt unter dem Zusammenbruch der Exportmärkte für Weizen, Baumwolle und Tabak. Die Erkenntnis, dass der Protektionismus letztlich auf die USA zurückfiel, leitete eine vorsichtige Revision der amerikanischen Außenwirtschaftspolitik ein. Der Reciprocal Trade Agreements Act von 1934 ermächtigte die Regierung, bilaterale Abkommen zum Abbau der Zollschränken auszuhandeln. Die USA schlossen auf dieser Basis Handelsverträge mit Kanada, mit mehreren lateinamerikanischen Ländern, mit einigen kleineren europäischen Ländern und schließlich 1938 mit Großbritannien.

Durch die vielfältigen Interventionen des New Deal änderte sich die Verfassungswirklichkeit, ohne dass die Verfassung geändert worden wäre. Der Staat griff insgesamt sehr viel stärker als zuvor in die Wirtschaft ein, der Bund erhielt mehr Einfluss gegenüber den Einzelstaaten, und die Regierung erhielt eine stärkere Stellung gegenüber dem Kongress. Diese Entwicklung führte im frühen New Deal zu Konflikten mit dem Supreme Court, dessen neun Mitglieder mehrheitlich konservativ eingestellt waren. Das Oberste Gericht brachte einige wichtige New Deal-Gesetze zu Fall, so 1935 den National Industrial Recovery Act und 1936 den Agricultural Adjustment Act. Nach seinem großen Wahlsieg von 1936 plante Roosevelt, das Profil des Supreme Court durch die Ernennung zusätzlicher Richter in seinem Sinne zu ändern. Dies ging dem Kongress jedoch zu weit, er lehnte Roosevelts „court packing“ als Angriff auf die Unabhängigkeit der Justiz ab. Da einige ältere Richter im Amt starben, und einige in den Ruhestand traten, konnte der Präsident jedoch in den folgenden Jahren auch ohne seine umstrittene Intervention neue Richter ernennen, mit denen sich eine progressive Verfassungsinter-

pretation durchsetzte.

V. Eine zögernde Erholung

Seit März 1933 besserte sich in den USA die wirtschaftliche Situation, Produktion und Beschäftigung stiegen langsam an. Das reale Brutto-sozialprodukt nahm von 1933 bis 1936 um 36 Prozent zu und näherte sich damit dem Stand von 1929. Die immense Arbeitslosigkeit ging allerdings nur zögernd zurück. 1936 gab es noch 9 Millionen Arbeitslose und eine Arbeitslosenquote von 17 Prozent. Die Erholung wurde vor allem von den Konsumgüterindustrien getragen, die Investitionstätigkeit blieb gedrückt. Trotzdem reichte die Besserung der wirtschaftlichen Lage, um Roosevelt 1936 den zweiten und größten von insgesamt vier Wahlsiegen zu sichern. Die Erholung wurde jedoch 1937–38 durch eine neue Rezession unterbrochen. Mitte 1938 setzte ein neuer Aufschwung ein. 1939 lag das reale Brutto-sozialprodukt um 3 Prozent über dem Niveau von 1929. Da die Bevölkerung inzwischen auf 131 Millionen Menschen angestiegen war, hatte das reale Pro-Kopf-Einkommen jedoch noch nicht den Stand von 1929 erreicht. Auch von einer Vollbeschäftigung, wie sie 1929 bestanden hatte, war man noch weit entfernt. Es gab 1939 noch immer über 9 Millionen Arbeitslose und eine Arbeitslosenquote von 17 Prozent. Trotz der hohen Arbeitslosigkeit konnten die Arbeiter, deren Position durch den New Deal gestärkt wurde, Lohnerhöhungen durchsetzen. Die Monatslöhne betrugen 1939 im Durchschnitt 105 Dollar. Sie waren damit zwar nominal niedriger als vor der Krise, real aber aufgrund der gesunkenen Lebenshaltungskosten 10 Prozent höher als 1929 (Bureau of the Census 1975: I, 126, 164, 224). Seit 1940 wurde die Konjunktur zunehmend durch die Aufrüstung bestimmt sowie durch kriegswichtige Exporte nach Großbritannien, das bereits ein informeller Verbündeter war, bevor

die USA im Dezember 1941 in den Krieg eintraten.

Die lange Dauer der Krise hat schon unter zeitgenössischen Ökonomen eine Diskussion ausgelöst, die bis heute nicht abgeschlossen ist. Eine falsche Wirtschaftspolitik der Regierung und des Federal Reserve Board hat nicht nur die Krise von 1929–33 verschärft, sondern auch die wirtschaftliche Erholung verzögert. Die Arbeitsbeschaffungsprogramme des New Deal linderten zwar individuelle Not, waren aber nicht umfangreich genug, um eine Wende auf dem Arbeitsmarkt herbeizuführen. Dem Federal Reserve Board fehlte es an der Entschlossenheit, den Aufschwung durch eine expansive Geldpolitik zu unterstützen. Wirtschaftspolitische Fehler trugen schließlich auch die Hauptverantwortung für die neue Krise von 1937–38 (Hall/Ferguson 1998). Neben wirtschaftspolitischen Fehlern hat der Zusammenbruch der Weltwirtschaft, an dem die amerikanische Außenwirtschaftspolitik eine erhebliche Mitverantwortung trug, die Krise verschärft und die Erholung erschwert. Schließlich kam hinzu, dass die zyklische Krise mit einer Strukturkrise der amerikanischen Wirtschaft zusammenfiel. Dies gilt vor allem für die Agrarkrise, da zahlreiche verarmte Farmer, Pächter und Landarbeiter, die in der Landwirtschaft kein Auskommen mehr fanden, die industrielle Reservearmee der Arbeitslosen vergrößerten. Zu der Strukturkrise der Landwirtschaft kamen die Probleme eines industriellen Strukturwandels. Alte Industrien stagnierten, während neue Investitionsgüterindustrien und Konsumgüterindustrien unter den deflationären Bedingungen der dreißiger Jahre keine ausreichenden Finanzierungsmöglichkeiten fanden (Bernstein 1987).

VI. Die Folgen der Großen Depression

Die Große Depression von 1929–39 hat tiefe Spuren in der amerikanischen Gesellschaft hinterlassen.

Armut und Arbeitslosigkeit erschütterten das Vertrauen in das liberale System. Die sozialistische Bewegung wurde stärker als je zuvor in der amerikanischen Geschichte, auf der anderen Seite fanden aber auch reaktionäre Bewegungen Unterstützung. Die Politik des New Deal förderte ein neues Arrangement zwischen Kapital, Arbeit und Staat. Die staatlichen Interventionen mochten zunächst wenig systematisch sein, manche Maßnahmen widersprachen sich auch in ihrer Wirkung, aber allmählich gewann doch eine aktive Wirtschafts- und Sozialpolitik an Gestalt. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde die Regierung mit dem Employment Act von 1946 zu einer aktiven Wirtschafts- und Sozialpolitik verpflichtet. Der bekannte Wirtschaftswissenschaftler Alvin Hansen meinte, die USA hätten aus den Erfahrungen der Großen Depression gelernt, besser mit wirtschaftlichen Krisen umzugehen (Hansen 1947). Die in den dreißiger Jahren geschaffene Alterssicherung, die Reform der Unfallversicherung und Arbeitslosenversicherung, und die begrenzte Sozialhilfe für Familien bildeten lange Zeit die Grundlage des Systems der sozialen Sicherheit in den USA. Erst in den sechziger Jahren gab es unter den Präsidenten Kennedy und Johnson eine neue sozialpolitische Reformära.

Nicht alles war von Dauer. Präsident Harry S. Truman versuchte, mit dem Programm des Fair Deal, das unter anderem die Ausdehnung der Sozialpolitik, die Gleichberechtigung der Afroamerikaner und die Stadterneuerung umfasste, an die Tradition des New Deal anzuknüpfen. Sein Reformprogramm blieb jedoch 1950 im Korea-Krieg stecken. Der Interventionismus des New Deal geriet unter dem Einfluss des Kalten Krieges ideologisch in Misskredit. Da die Umstellung von der Kriegswirtschaft zur Friedenswirtschaft in einen stetigen Wachstumsprozess mündete und größere Krisen ausblieben, schien der Interventionismus sich auch praktisch

überlebt zu haben. Erst 1961 rief Präsident John F. Kennedy mit dem Programm der New Frontier zu neuem Gemeinsinn auf.

Die starke Position der Gewerkschaften wurde vom Kongress, gegen den Willen von Präsident Truman, mit dem Taft-Hartley Act von 1947 eingeschränkt. Dem Recht der Arbeiter, sich zu organisieren, stellte das neue Gesetz die Freiheit der Arbeiter gegenüber, sich nicht zu organisieren. Die Verpflichtung zur Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft („closed shop“) durfte seitdem in Tarifverträgen nur vereinbart werden, wenn die Mehrheit der Beschäftigten ausdrücklich zustimmte. Trotzdem gewann die Arbeiterbewegung an Einfluss. Als AFL und CIO sich 1955 zusammenschlossen, erreichte die Macht der Gewerkschaften mit einem Organisationsgrad von 25 Prozent der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen einen Höhepunkt. Seit den sechziger Jahren nahm jedoch mit dem Strukturwandel von der Industriegesellschaft zur postindustriellen Dienstleistungsgesellschaft das Interesse der Arbeiter und Angestellten an den Gewerkschaften ab.

Auf internationaler Ebene stärkten die Erfahrungen der Großen Depression die Position der Freihändler gegenüber den Protektionisten, die von 1789 bis 1934, mit kurzen Unterbrechungen, die amerikanische Außenwirtschaftspolitik beherrscht hatten. Präsident Roosevelt schuf schon während des Zweiten Weltkriegs die Grundlagen für die künftige Rekonstruktion einer multilateralen, offenen Weltwirtschaft. Einige interventionistische Elemente des New Deal gingen in das Europäische Wiederaufbauprogramm ein, mit dem die USA von 1948 bis 1952 die Wiedereingliederung Westeuropas in die Weltwirtschaft förderte. Der Reciprocal Trade Agreements Act von 1934 wurde regelmäßig erneuert und blieb bis zum Trade Expansion Act von 1962 die Grundlage der amerikanischen Außenhandelspolitik. Er erleichterte es der amerikanischen Regierung,

die Initiative für die Rekonstruktion der internationalen Wirtschaftsbeziehungen in einer geteilten Welt zu ergreifen.

LITERATUR

- A. J. BADGER, *The New Deal. The depression years, 1933–1940*. Basingstoke 1989: Macmillan.
- M. BERNSTEIN, *The Great Depression. Delayed recovery and economic change in America, 1929–1939*. Cambridge 1987: University Press.
- Bureau of the Census, *Historical Statistics of the United States, Colonial times to 1970*, 2 Bde. Washington 1975: Government Printing Office.
- L. V. CHANDLER, *America's greatest depression, 1929–1941*. New York 1970: Harper & Row.
- T. E. HALL/D. FERGUSON, *The Great Depression. An international disaster of perverse economic policies*. Ann Arbor 1998: University of Michigan Press.
- A. H. HANSEN, *Economic policy and full employment*. New York 1947: McGraw Hill.
- Ch. P. KINDLEBERGER, *Die Weltwirtschaftskrise. Geschichte der Weltwirtschaft im 20. Jahrhundert*, Bd. 4. München 1973: Deutscher Taschenbuch Verlag.
- League of Nations (1945): *Industrialization and foreign trade*. Genf: League of Nations.
- W. E. LEUCHTENBURG, *Franklin D. Roosevelt and the New Deal 1932–1940*. New York 1963: Harper & Row.
- H. S. NORTON, *The quest for economic stability. From Roosevelt to Bush*. Columbia 1991: University of South Carolina Press.
- H. STEIN, *Presidential economics. The making of economic policy from Roosevelt to Clinton*. Washington 1994: American Enterprise Institute.
- G. M. WALTON/H. ROCKOFF, *History of the American economy*, 6. Aufl. San Diego 1989: Harcourt, Brace, Jovanovich.
-

Wirtschaftspolitik und Arbeitsmarkt im Österreich der Zwischenkriegszeit

Der Arbeitsmarkt gehört zu den großen Problembereichen in der an Schwierigkeiten und Problemen so reichen Geschichte Österreichs zwischen den beiden Weltkriegen. Das Thema darf für sich in Anspruch nehmen, äußerst komplex zu sein und kann in dem hier zur Verfügung stehenden Rahmen nur angedeutet werden. Das hängt schon damit zusammen, dass der Arbeitsmarkt auch in Österreich dem allgemeinen Entwicklungsprozess unterworfen war, welcher die Industrialisierung im 20. Jahrhundert kennzeichnet. Auch wenn das innovatorische Tempo in der Zwischenkriegszeit etwas verlangsamt gewesen sein mag, so setzte sich doch weltweit der generelle Trend zur Strukturverlagerung zwischen den Wirtschaftsbereichen – Rückgang der Beschäftigten in der Landwirtschaft, Zunahme im Dienstleistungssektor – auch in Österreich weiter fort. Der betriebswirtschaftliche und technologische Fortschritt verschob die Bedeutung vieler Berufe und wirkte in Richtung einer Angestelltengesellschaft und eines höheren Ausbildungsniveaus. Strukturelle Verschiebungen dieser Art waren der Hintergrund vor dem sich die historischen Einflüsse auf die Entwicklung des Arbeitsmarktes in der Zwischenkriegszeit vollzogen.

Denn durch den Ersten Weltkrieg hatten sich die wirtschaftlichen und politischen Gewichtungen weltweit deutlich verschoben. Europa hatte am Weltmarkt einen Bedeutungsverlust hinzunehmen, und einige Überseegebiete, allen voran die USA, waren aus dem Krieg wirtschaftlich

wesentlich gestärkt hervorgegangen. Dadurch war eine weltwirtschaftliche Struktur entstanden, die äußerst labil war und bereits ab Mitte der 1920er Jahre auf eine Krise ohnegleichen zusteuerte. Dem bis dahin größten Krieg aller Zeiten folgte nur ein Dutzend Jahre später die größte Wirtschaftskrise in der Geschichte der Industrialisierung.

Mit solchen globalen Entwicklungen im eigenen Land fertig zu werden, wäre für die österreichische Wirtschaft schon Herausforderung genug gewesen. Dazu kamen aber strukturelle Veränderungen, welche die Problemlösungskapazität des Landes bei weitem überfordern sollten. Das neue Österreich war aus einem Staat hervorgegangen, der einen Krieg verloren hatte und damit war die junge Republik politisch und wirtschaftlich nicht völlig frei in ihren Entscheidungen. Die Friedensverträge von 1919 schränkten den politischen Aktionsradius ein – etwa in Bezug auf den damals von vielen Seiten propagierten Anschluss an das Deutsche Reich – und die Genfer Protokolle von 1922 bestärkten diese Begrenzungen und dehnten sie noch auf das Wirtschaftliche aus. Dabei war die wirtschaftliche Aufgabenstellung am Beginn der Er-

sten Republik geradezu gigantisch. Durch den Zerfall der Habsburger-Monarchie hatte das Land zu einer neuen wirtschaftlichen Struktur zu finden, die einer Bevölkerung von nunmehr 6,5 Millionen Einwohnern zu entsprechen hatte.

Gemessen an der Bevölkerung war der nunmehrigen Republik Österreich ein sehr begünstigter Teil der Wirtschaftskapazität der Monarchie verblieben, der vor allem im Produktionsbereich und im Dienstleistungssektor überproportional gut entwickelt war. Als Ausschnitt aus einem größeren Wirtschaftsgebiet hatten aber Anpassungen zu erfolgen, um dem neuen Staat eine Volkswirtschaft im eigentlichen Sinn zu geben. Dabei stand Österreich nicht alleine mit solchen Problemen, diese betrafen letztlich alle Nachfolgestaaten. Aber Österreich hatte mit Wien das politische, kulturelle und wirtschaftliche Zentrum des vorherigen Staates übernommen, das sich nun einem zunehmenden Bedeutungsverlust gegenüber sah. Während diese zentralen Funktionen in den anderen Nachfolgestaaten neu aufgebaut werden konnten, stand Österreich vor einem umfangreichen und schmerzhaften Abbau, was die Strukturänderungen auch auf dem Arbeitsmarkt folgenschwerer werden ließ, als in allen anderen Ländern.

Zusätzlich zeigte das defunktionalisierte Zentrum Wien auch unter den veränderten politischen Bedingungen eine erstaunliche Überlebenskraft, welche die Wirtschaftspolitik bis Ende der 1920er Jahre noch weitgehend mitbestimmte. Als mitteleuropäisches

Dienstleistungszentrum versuchte es, seine überragende Rolle vor allem im Bereich der Banken, Versicherungen, Handel und Transport trotz aller Schwierigkeiten weiter auszuüben. Die österreichische Wirtschafts-

Der Anteil Österreichs am cisleithanischen Brutto-Inlandsprodukt von 1910, ohne Burgenland, real zu Preisen von 1913

Bevölkerung	22,2
Brutto-Inlandsprodukt	36,6
Land- und Forstwirtschaft	20,0
Industrie und Gewerbe	42,7
Handel und Verkehr	48,1
Übrige Dienstleistungen	34,2

Die größten Unternehmen Österreichs 1913 (nach Beschäftigten)

Unternehmen	Beschäftigte
Sprengstoffwerke Blumau	20.000
Alpine Montangesellschaft	17.500
Austria Tabak	10.000
Steyr-Werke	6.500
Siemens-Schuckert	6.500
Metallwarenfabrik Berndorf	5.000
Gebrüder Böhler Stahlwaren	5.000
Munitionsfabrik Wöllersdorf	4.500
Wienerberger	4.000
Brevillier & Urban	3.500

Quelle: Mathis, *Big Business I*, Tab. 2, 380 ff. Zit. nach Eigner/Helige 1999, 100.

politik unterstützte lange Zeit diese Bemühungen und versuchte die anderen Nachfolgestaaten zur Aufrechterhaltung einer möglichst engen wirtschaftlichen Zusammenarbeit zu bewegen. Dass dies nicht gelang, lag daran, dass eine solche Politik nicht im Interesse der übrigen Nachfolgestaaten war, die ihre neu gewonnene politische Selbstständigkeit durch ein wirtschaftliches „Los von Wien!“ untermauern wollten. Für Österreich lag die Tragik dieser letztlich gescheiterten Wirtschaftspolitik darin, dass dadurch die notwendige Strukturanpassung verzögert wurde. Während das reale BNP in Österreich 1929 nur 105% des Standes von 1913 erreichte, stand das der Tschechoslowakei bereits auf 152%. Erst mit der Weltwirtschaftskrise endete diese liberale Phase der österreichischen Wirtschaftspolitik und kippte in einen fast vollständigen Protektionismus um. Ab 1932/3 kam es zur Devisenbewirtschaftung, zur Außenhandelsbewirtschaftung und zu zahlreichen Maßnahmen, die sich ausschließlich auf den Schutz und die Regulierung des Inlandsmarktes richteten. Dementsprechend kam es auch zu einer Verlagerung der dominierenden Interessen in der österreichischen Wirtschaftspolitik. Während die 1920er Jahre im Zeichen der Interessen des Finanzbereiches standen, drangen ab der Weltwirtschaftskrise

Die größten Unternehmen Österreichs 1937 (nach Beschäftigten)

Unternehmen	Beschäftigte
Alpine Montangesellschaft	12.500
Steyr-Daimler-Puch	7.500
Austria Tabak	6.000
Gebrüder Böhler & Co. Stahlwaren	4.000
Schoeller-Bleckmann Stahlwerke	3.550
Vöslauer Kammgarnfabrik	3.500
Siemens-Schuckert	3.250
Hirtenberger Metallwaren	3.000
Pottendorfer Spinnerei/Felixdorfer Weberei	2.550
Hofherr-Schranz-Clayton-Shuttleworth	2.500
Enzesfelder Metallwaren	2.500

Quelle: Mathis, *Big Business I*, Tab. 2, 380 ff.

schon aus politischen Gründen die Agrarinteressen vor. Die Interessen des produzierenden Bereiches und daher auch des Arbeitsmarktes sind damit während der gesamten Zwischenkriegszeit in den Hintergrund getreten.

Unter diesen Bedingungen konnte der notwendige Strukturwandel nach der Desintegration 1918 wirtschaftspolitisch nicht bewältigt werden. In der ersten Phase, bis 1922, war der Verlauf der gesamten Wirtschaft noch durch die Inflation gekennzeichnet. Diese bewirkte zwar eine konjunkturelle Scheinblüte und einen Ausverkauf des Landes, bei dem praktisch Vollbeschäftigung herrschte, aber die Folgen waren doch einschneidend. Zum einen reduzierten sich durch die Geldentwertung nicht nur zahlreiche Vermögen und Einkommen, so dass die Konsumkraft des Landes

wesentlich abnahm, zum andern verloren auch die Unternehmungen einen bedeutenden Teil ihres Betriebskapitals, das nach der Stabilisierung nur mehr schwer wieder aufzubauen war. Zusätzlich erfolgte die Stabilisierung der Währung durch Völkerbund-Anleihen, als deren Bedingung die Genfer Protokolle unterzeichnet wurden. Diese Protokolle sahen eine äußerst restriktive Budgetpolitik vor, so dass dem Staat die Möglichkeit einer

aktiven Budgetpolitik weitgehend entzogen war. Die Politik der Ordnung im Staatshaushalt und des ausgeglichenen Budgets hielt man auch dann noch weiter aufrecht, nachdem die Völkerbundkontrolle weggefallen war. Selbst in der Weltwirtschaftskrise ging man nur zögernd und halbherzig zu einer Investitions- oder Arbeitsbeschaffungspolitik über. Die österreichische Strukturanpassung erfolgte daher nicht planvoll und von wirtschaftspolitischen Maßnahmen unterstützt, sondern blieb im liberalen Sinne weitgehend sich selbst überlassen.

Entgegen dem langfristigen Trend dehnte sich die landwirtschaftliche Produktion aus. Die industrielle Produktion konnte sich nicht weiter entwickeln, in manchen Sektoren, wie etwa in der Bauwirtschaft, ging

Brutto-Nationalprodukt nach Wirtschaftszweigen real zu Preisen von 1937, 1913 = 100

	1920	1929	1937
Land- und Forstwirtschaft	65	111	117
Industrie	46	98	77
Gewerbe	75	96	77
Baugewerbe	39	74	48
Elektrizität, Gas, Wasser	122	220	258
Verkehr	89	143	119
Handel	57	102	86
Banken, Versicherungen	149	120	102
Wohnungswirtschaft	104	116	126
Öffentlicher Dienst	95	131	128
Sonstige Dienstleistungen	76	94	80
BNP insgesamt	66	105	91

sie sogar drastisch zurück. Eine Ausnahme waren lediglich Bereiche mit neuen Technologien, wie die Elektrizitätswirtschaft oder der Verkehr. Bis auf den öffentlichen Dienst und den Fremdenverkehr ging auch der Dienstleistungssektor zurück. Eine besondere Entwicklung nahm das Bankwesen, das inflationsbedingt bis 1922 seine „Wertschöpfung“ fast verdoppeln konnte und noch 1937 auf dem Stand von 1913 war. Insgesamt kann diese Entwicklung wohl kaum als Anpassung an die neuen Gegebenheiten bezeichnet werden, sondern war höchstens das, was Kurt Rothschild einmal als „retrogressive Anpassung“ bezeichnet hatte. In vielen Bereichen mussten Kapazitäten aufgegeben werden, ohne dass in anderen neue, entwicklungsfähige geschaffen werden konnten. Das Brutto-Nationalprodukt erreichte am Ende unserer Periode (1937) noch nicht einmal den Stand von 1913. Die Zahl der unselbstständig Beschäftigten hatte zwar von 1920 bis 1929 um 404.000 zugenommen, war aber bis 1937 wieder um 321.000 gesunken.

Die unzureichende wirtschaftliche Entwicklung mit ihren drastischen Folgen auf dem Arbeitsmarkt wurde schon in der Zwischenkriegszeit heftig diskutiert und je nach Interesse und Weltanschauung fand man andere Ursachen und Lösungen. Zum einen gab man den Folgen des Ersten Weltkrieges und der Unvernunft der Friedensverträge die Schuld. In einer Diskussion um die „Nicht-Lebensfähigkeit“ Österreichs wies man darauf hin, dass die Wirtschaft einen größeren Betätigungsraum benötige als das kleine Restösterreich. Da aber der wirtschaftliche Zusammenschluss mit den anderen Nachfolgestaaten eine Illusion blieb und das Zusammengehen mit dem Deutschen Reich von den Großmächten untersagt wurde, war die Arbeitslosigkeit ein Resultat politischer Unvernunft, wogegen Österreich wehrlos war.

Eine zweite Ursache, die ebenfalls jenseits der Einflussmöglichkeiten

Österreichs zu liegen schien, war die in den 1920er Jahren viel diskutierte Rationalisierung. Für die sozialistische Seite war die Arbeitslosigkeit ein natürliches Element des Kapitalismus. Durch ständige Rationalisierung würden immer mehr Arbeiter frei gesetzt und der Kapitalismus immer von neuem von Krisen geschüttelt, bis er endlich an seiner eigenen Dynamik zusammenbrechen würde. Die 1920er Jahre schienen nun eine Phase besonders intensiver Rationalisierungen zu sein. Viele Industrien konnten durch Massenerzeugung, Fließbandarbeit, Elektrifizierung und organisatorische Maßnahmen ihre Kapazität ganz wesentlich ausdehnen. Im Eisen- und Stahlbereich und in den Bergwerken verdoppelte sich die Arbeitsleistung pro Mann von 1922 bis 1929. Über Rationalisierung ließ sich vortrefflich streiten, da die statistischen Grundlagen in den meisten Wirtschaftsbereichen sehr mangelhaft waren. 1929 überstieg das BNP real den Stand von 1913 gerade um 5%, was nicht für einen sonderlichen wirtschaftlichen Fortschritt sprach. Allerdings war dieses BNP auf Grund der Arbeitslosigkeit von weniger Beschäftigten erreicht worden, so dass sich beim BNP pro Kopf der unselbstständig Beschäftigten ein realer Zuwachs von 15% ergab, was bei einer Zeitspanne von 16 Jahren auch nicht als dramatisch bezeichnet werden konnte. Von 1913 bis 1938 betrug der durchschnittliche jährliche Produktivitätsanstieg gerade 0,55%. Dementsprechend kann angenommen werden, dass der Rationalisierungsdebatte in Österreich auch eine Rechtfertigungsfunktion auf der Seite der Arbeiterbewegung zukam, die sie von der Notwendigkeit entband, eine aktive Arbeitsmarktpolitik anzustreben, welche die Grundsätze der Währungsstabilität und des ausgeglichenen Budgets in Frage gestellt hätte. Wenn die Rationalisierung ein historischer Trend im Kapitalismus

Anteil am Volkseinkommen	1913	1924
Löhne und Gehälter	51,0%	57,2%
Besitz und Unternehmung	47,7%	39,8%

war, so war die Arbeitslosigkeit für die Arbeiter ein Schicksal, das man als solches zu bewältigen hatte. „Die Wirtschaft geht ihren Gang, der Staat ist unfähig, sie zu regulieren.“, sagte Otto Bauer. „Die Krise kann und wird also nicht durch Taten oder Beschlüsse der Parlamente überwunden werden. Sie wird überwunden werden durch Anstöße, die aus der technischen Entwicklung und aus den Notwendigkeiten der technischen Reproduktion des Produktionsapparates kommen werden – also nicht durch die Politiker, sondern durch die Ingenieure. ... Können selbst die reichsten und mächtigsten Staaten der Wirtschaftskrise nicht Herr werden, so kann es unsere kleine und arme Republik erst recht nicht.“ Was man tun könne, wären höchstens einzelne Maßnahmen, um die Auswirkungen zu mildern.

Auf der anderen Seite wurde die chronische Wirtschaftskrise durch zu hohe Löhne und soziale Lasten erklärt. Dieses Argument der Unternehmerseite zieht sich durch die Diskussion der gesamten Zwischenkriegszeit. Obwohl auch die Arbeiter durch Krieg und Inflation Einkommensrückgänge hinnehmen mussten, überstanden sie doch den Zusammenbruch von Staat und Wirtschaft noch am besten. Dadurch verschoben sich die Einkommensrelationen zwischen den Gesellschaftsgruppen.

Diesen Lohnvorsprung konnte die Arbeiterschaft auf Grund ihrer politischen Stellung während der ganzen 1920er Jahre halten. Für die Unternehmerseite war dies wirtschaftlich völlig ungerechtfertigt, zumal diese Entwicklung der zunehmenden Arbeitslosigkeit völlig widersprach. Während die Arbeitslosigkeit auch in guten Jahren an die 10% herankam, stiegen dennoch die Löhne. Durch den seit 1919 gesetzmäßig abgesicherten Kollektivvertrag gab es eine untere

Grenze für den Preis der „Ware Arbeit“. Damit war es nicht mehr möglich, die Löhne so weit zu senken, bis man – nach marktwirtschaftlicher Vorstellung – wieder zu einem volkswirtschaftlichen Gleichgewicht bei Vollbeschäftigung kam. Diesem Konzept lag der Gedanke zugrunde, dass der Preis das wichtigste Instrument bildet, über den eine Wirtschaft ausgelastet werden kann. Sind aber die Löhne starr und passen sich nicht nach unten an, so entsteht ein zweigeteilter Arbeitsmarkt, bei dem ein Teil der Arbeiter bei hohen Löhnen weiter beschäftigt wird, während der andere zur Arbeitslosigkeit verdammt ist.

1930 veranstaltete die österreichische Regierung eine Wirtschaftskonferenz, an der alle wirtschaftlichen Interessensorganisationen teilnahmen. Auch diese Konferenz der Fachleute kam zu dem Schluss, dass die Ursache der Arbeitslosigkeit in Österreich in den zu hohen Gestehungskosten zu suchen war, die letztlich auf die hohen Löhne und Abgaben zurückgeführt werden mussten. Die öffentlichen Abgaben waren daher der zweite Kostenfaktor, den man als eine Ursache der Arbeitslosigkeit ansah und den es zu bekämpfen galt. Tatsächlich waren allein die Bundesausgaben von 15% des BNP im Jahr 1924 auf 20% im Jahr 1930 angestiegen, ganz abgesehen von den Landes-, Gemeinde- und Sozialversicherungsabgaben. Die Arbeitgeberseite schwenkte damit in den Chor derer ein, die für ein ausgeglichenes Budget und für größte Sparsamkeit der öffentlichen Haushalte eintraten, wie sie schon in den Genfer Protokollen 1922 gefordert worden war. Damit verbaute sie sich aber die wirtschaftspolitische Möglichkeit, mit öffentlicher Investitionsförderung der Arbeitsmarktproblematik entgegenzutreten. Lediglich die sozialistisch regierte Gemeinde Wien hielt sich nicht an diese Vorgaben und betrieb über Sondersteuern ein Wohnbauprogramm, das sich auch auf den Arbeitsmarkt positiv auswirkte.

Die Bundesregierung versuchte sich aber an die Grundsätze eines ordentlichen Haushalts zu halten und unternahm Investitionsprojekte nur, wenn sie über den Finanzmarkt und nicht über Geldschöpfung zu finanzieren waren. Damit waren jeder Arbeitsmarktpolitik von vornherein enge Grenzen gesetzt.

Nur in diesem eng gesteckten Rahmen gab es Maßnahmen, mit denen versucht wurde, den Arbeitsmarkt zu beeinflussen. Die erste Initiative zur Beschäftigung von Arbeitslosen kam bereits 1922 mit der Einführung der Produktiven Arbeitslosenversicherung. Mit den Mitteln der Arbeitslosenversicherung wollte man den Arbeitslosen nicht einfach unterstützen, sondern ihm Beschäftigung verschaffen. Dementsprechend sollten den Ländern und Gemeinden für die Durchführung „volkswirtschaftlich nützlicher Arbeiten“ ein Zuschuss in der Höhe der ersparten Arbeitslosenunterstützung gewährt werden. Wenn der Gedanke, die Arbeitslosenunterstützung produktiv zu verwenden, auch bestechend war, so traf die PAF in der Zwischenkriegszeit doch auf große Hindernisse. Vor allem war sie ursprünglich nur für die Gebietskörperschaften gedacht, und diese verfügten nach der Währungsstabilisierung 1922 kaum mehr über die Mittel, zusätzliche Investitionen durchzuführen. Eine Ausnahme war die Gemeinde Wien mit ihrem kommunalen Wohnbauprogramm. Diese wurde jedoch 1922 mit dem Hinweis auf die von Wien ohnehin erhobene Wohnbausteuer aus der PAF herausgenommen. Erst 1932 wurde auf Initiative der Industrie die PAF auch auf die Privatwirtschaft ausgedehnt. Zum zweiten war die PAF nicht nur bürokratisch schwerfällig, sondern die finanziellen Mittel waren durch die ständig angespannte Situation der Arbeitslosenversicherung eng begrenzt. So wurden über dieses Programm durchschnittlich etwa 12.000 bis 15.000 Arbeitslose beschäftigt. Den Höhepunkt erreichte die PAF im

September 1935, wo 24.000 durch das Programm beschäftigt wurden, was aber nicht einmal 5% der damaligen Arbeitslosigkeit ausmachte.

Die Maßnahmen der Produktiven Arbeitslosenversicherung waren aber nur ein Teil der staatlichen Arbeitsbeschaffungspolitik. Obwohl grundsätzlich die Privatindustrie für die Beschaffung von Arbeitsplätzen als zuständig betrachtet wurde, forderte man schon in den 1920er Jahren einen verstärkten Einsatz der staatlichen Investitionen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Die absolute Priorität des ausgeglichenen Budgets setzte aber solchen Absichten von vornherein enge Grenzen. Erst in der Weltwirtschaftskrise entstanden auch in Österreich eine Reihe von Arbeitsbeschaffungsplänen, von der Arbeitgeber- wie der Arbeitnehmerseite, die jedoch alle ihre Begrenzung darin fanden, dass sie die Finanzierung über den Kapitalmarkt forderten. Zum Teil stieß diese Einschränkung auch auf Kritik. So verlangten etwa die Gewerkschaften durchaus eine Kreditausweitung und der ehemalige christlichsoziale Bundeskanzler Ernst Streeruwitz stellte fest: „Nichtausgaben allein sind keine Wirtschaft, am Nullpunkt gibt es nur noch Buchhaltung, aber kein Leben mehr.“ Aber letztlich wagte man sich doch nicht über die Grenzen der traditionellen Wirtschaftspolitik hinaus. Erst mit dem Ständestaat 1933/4 begann man ein staatliches Arbeitsbeschaffungsprogramm, das zeitweise als „Arbeitsschlacht“ propagandistisch ausgewertet wurde. In diesem Zusammenhang wurden Projekte gefördert, welche bis zu 80% mit Handarbeit ausgeführt werden mussten, um einen möglichst großen Arbeitereinsatz zu bewirken. Dennoch war auch das Ausmaß dieser Aktionen eher gering. Der staatliche Investitionsaufwand erreichte in den Jahren 1933 und 1934 gerade 18% bzw. 39% des Investitionsaufwandes von 1930. Dies hing mit der Art der Finanzierung zusammen, welche aus-

schließlich über den Kapitalmarkt zu erfolgen hatte. Zwischen 1934 und 1937 wurden dementsprechend drei staatliche Anleihen aufgelegt, welche der Arbeitsbeschaffung dienen sollten. Von diesen wurde aber ein wesentlicher Teil nicht für neue Investitionsprojekte, sondern für Schuldentilgung und Finanzoperationen abgezweigt. Der nicht für Arbeitsbeschaffung verwendete Teil dieser Anleihen betrug bei der Trefferanleihe 42%, der Arbeitsanleihe 55% und der Investitionsanleihe 34%.

Insgesamt setzte sich in Österreich schon in den 1920er Jahren die Vorstellung durch, dass einfach zu wenig Arbeit in dem Land vorhanden war. Für die Arbeitnehmerseite hieß das, dass man die Arbeit auf mehr Menschen verteilen sollte. „Es hat eine Zeit gegeben,“ sagte Otto Bauer, „da waren zu wenig Lebensmittel im Lande, da waren wir gezwungen, Lebensmittel zu rationalisieren. ... Heute haben wir nicht zu wenig Brotfrucht, aber zu wenig Arbeit, und so wie wir einmal Lebensmittel rationieren mussten, müssen wir heute innerhalb der Grenzen des Möglichen die Arbeit rationieren.“ Eine Verkürzung der Arbeitszeit war bereits 1918/9 mit der allgemeinen Einführung des 8-Stunden Tages bzw. der 48-Stunden Woche erfolgt. Die Arbeitnehmerseite versuchte nun mit dem Argument der Arbeitslosigkeit, die 40-Stunden Woche gesetzlich zu verankern, scheiterte aber am massiven Widerstand der Arbeitgeber. Das Thema wurde auch bei einer Konferenz des Internationalen Arbeitsamtes 1933 diskutiert, wo alle Argumente aufeinander prallten, die mit der Arbeitszeitverkürzung seit jeher verbunden waren. Auf der einen Seite Unterkonsumtion, Recht auf Arbeit, Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und Recht der Arbeitnehmer auf den Erfolg der Rationalisierung, auf der anderen Seite Produktionskostenerhöhung, Inflationstendenzen und Impuls zu neuerlichen Rationalisierungen,

welche den Beschäftigungserfolg der Arbeitszeitverkürzung in sein Gegenteil verwandeln würden.

Die so hart umkämpfte Arbeitszeitverkürzung fand aber zur gleichen Zeit in den Betrieben intern statt, allerdings bei reduziertem Einkommen. Schon in den 1920er Jahren war ein erheblicher Teil der Arbeitnehmer nicht 48 Stunden, sondern 40 oder weniger Stunden in der Woche beschäftigt. 1923 befanden sich etwa 50% der Metallarbeiter in Kurzarbeit, und während der Weltwirtschaftskrise standen 20% bis 25% aller Beschäftigten in Kurzarbeit. Am meisten davon betroffen waren neben der Metallindustrie noch die Lederindustrie und das Textilgewerbe, nicht nur da diese von der Krise besonders in Mitleidenschaft gezogen waren, sondern da sich in diesen Branchen die Arbeitsstreckung am ehesten durchführen ließ. Die Unternehmen wollten damit das Know-how, das die Arbeiter und Angestellten für das Unternehmen darstellten, über die Krise hinweg retten.

Wenn es richtig war, dass es zu wenig Arbeit gab, so war eine der logischen Konsequenzen die Auswanderung. In der Zwischenkriegszeit waren über 80.000 Personen aus Österreich in überseeische Länder ausgewandert. Den Höhepunkt erreichte diese Bewegung allerdings schon 1923, dann sperrten sich die meisten Einwanderungsländer, allen voran die USA, durch restriktive Kontingente. Die Lösung der Arbeitsmarktprobleme über die Auswanderung war jedoch auch aus anderen Gründen eine Illusion. Die Einwanderungsländer wollten vor allem gut ausgebildete Facharbeiter oder Landwirte aufnehmen und dies entsprach ganz und gar nicht der Qualifikationsstruktur der Arbeitslosen. Umschulungsversuche von arbeitslosen Industriearbeitern in landwirtschaftliche Fachkräfte hatten nur wenig Erfolg, ganz abgesehen von der Kostenfrage der Auswanderung selbst. Somit blieb es überwiegend bei einzelnen Versu-

chen und Projekten. 1925 regte die Arbeiterkammer Wien ein Sonderkontingent für die Einwanderung von 50.000 österreichischen Arbeitslosen in die USA an, und 1933 fragte die österreichische Regierung sogar beim englischen Außenministerium an, ob es nicht möglich wäre, für die 500.000 österreichischen Arbeitslosen eine Kolonie zu erlangen. Den Kommentar des Foreign Office kann man sich vorstellen. Auch die Pläne des ehemaligen Landwirtschaftsministers Thaler, „mit einem Teil der unverbrauchten und brachliegenden Volkskraft ins Ausland zu gehen“, führten zwar zu einzelnen landwirtschaftlichen Siedlungen in Paraguay, die aber sowohl von der Zahl der Siedler als auch von den Existenzbedingungen her weit hinter den Erwartungen zurückblieben.

Wenn nun schon die Auswanderung in ferne Länder verwehrt war, so schien ein weiterer Ausweg die Kolonisation im Inneren zu sein. Die Innenkolonisation sah die Arbeitslosigkeit als ein langfristiges Strukturproblem einer verfehlten industriellen Entwicklung. Sie war damit eine atavistische, antikapitalistische Bewegung, die durch die Krise der Zwischenkriegszeit Nahrung erhielt. Es galt die „ungesunde Entwicklung“ der letzten 100 Jahre umzukehren und von der Zusammenballung der Erzeugung auf wenige Riesenbetriebe wieder zu einer „natürlichen Ordnung“ zurückzukehren. Die zu weit getriebene Verstädterung und die Abhängigkeit des Einzelnen von Konjunktur und Krise sollten aufgehoben werden. Dazu sollte die weitgehend autarke Siedlung dienen, die mit Haus und landwirtschaftlich genutztem Grundbesitz eine Existenzbasis für den Einzelnen schaffen sollte. Die Industriearbeit selbst sollte nur mehr als Teilarbeit betrieben werden. Die Innenkolonisation war daher mehr als nur eine arbeitsmarktpolitische Maßnahme. Sie war ein Glaubensbekenntnis, das die Probleme einer modernen Industriegesellschaft durch den

Rückschritt in vorindustrielle Zeiten lösen wollte. Insgesamt wurden aber nur 2.500 Siedlungsstellen geschaffen und auch die nur zum Teil mit Arbeitslosen besetzt. Denn der Anreiz für städtische Arbeitslose, in die Landwirtschaft zu gehen, war gering. Trotz der notwendigen Mithilfe der gesamten Familie reichte das Ergebnis nicht an die Arbeitslosenunterstützung heran, die Lebensverhältnisse in den Primitivsiedlungen waren schlechter als in den angeprangerten Proletariervierteln und der Nebenerwerb blieb zumeist ebenfalls aus.

Zusammen mit dem Auswanderungsproblem konnte auch der Schutz des inländischen Arbeitsmarktes gesehen werden, der mit dem Inlandsarbeiterschutzgesetz 1925 auf Drängen der Arbeitnehmerseite festgelegt wurde. Noch 1924 waren trotz Arbeitslosigkeit an die 10.000 ausländische Arbeitskräfte nach Österreich eingewandert, die größte Zahl aus der Tschechoslowakei. Diese wurden nun durch behördliche Maßnahmen zumindest halbiert, wobei schwer festzustellen war, wieviel Ausländer ohne Bewilligung im Lande waren. Es war dies eine der – in der Zwischenkriegszeit weltweit sehr verbreiteten – nationalen Maßnahmen zum Schutz des eigenen Marktes, welche in den 1920er Jahren mit der Aktion „Kauft österreichische Waren“ – „Wirtschaftspatriotismus ist produktive Arbeitslosenfürsorge“ – begannen und in den 1930er Jahren mit behördlicher Devisen- und Außenhandelsbewirtschaftung ihren Höhepunkt fanden. Die ausländischen Arbeitskräfte zu dieser Zeit waren aber meist solche, die für Arbeiten herangezogen wurden, für welche österreichische Arbeitskräfte nicht aufzutreiben waren, wie etwa den schlecht bezahlten Erntehilfen. Der wirkungsvollste „Schutz“ gegen die Einwanderung ausländischer Arbeitskräfte war aber die schlechte wirtschaftliche Lage Österreichs selbst.

Restriktive Zwangsmaßnahmen

erfolgten aber auch gegen inländische Arbeitnehmer in Form des Kampfes gegen die „Doppelverdiener“. Die Ansicht, dass in Zeiten der Arbeitslosigkeit dem Doppelverdienst etwas Unmoralisches anhaftet, war ebenso populär wie umstritten. Hier ging es scheinbar um Gerechtigkeit, wenn Einzelne versuchten, sich besser zu stellen und damit den Arbeitslosen den Arbeitsplatz wegnahmen. Die Frage, was ein Doppelverdienst ist, war aber schwer zu beantworten. Waren es schlecht bezahlte Beamte oder Pensionisten mit Nebenverdienst oder galt der Begriff auch für die Familie in Bezug auf die Frau und die erwachsenen, in der Familie lebenden Kinder? Widerspruch es nicht dem Recht auf Arbeit? Schließlich kam das Gesetz 1932 ins Parlament, richtete sich aber nur gegen die „ehewerbliche Beschäftigung“, wodurch verheiratete Beamtinnen unter gewissen Bedingungen aus dem Dienst ausgeschieden werden konnten. Die Agitation gegen die weibliche Erwerbsarbeit war schon aus weltanschaulichen Gründen seit den 1920er Jahren angewachsen. Die weibliche Erwerbstätigkeit war – nach einem Zwischenanstieg im Krieg – von 40% (1910) auf 37% (1934) zurückgegangen, allerdings hatten sich die Berufe der Frauen stark verändert, weg von den persönlichen Diensten und hin zu Berufen, die vor dem Krieg fast ausschließlich Männern vorbehalten waren. Der Druck des Arbeitsmarktes richtete sich daher schon in den 1920er Jahren gegen die weibliche Erwerbstätigkeit. Von den unterstützten Arbeitslosen waren etwa ein Viertel Frauen, da diese aber 38% der gesamten Erwerbstätigen ausmachten, schien dies ein günstiges Ergebnis zu sein. Allerdings wurde die Arbeitslosenunterstützung bei Frauen restriktiver gehandhabt als bei Männern. Arbeitslose Frauen über 50 hatten kaum mehr die Möglichkeit, in Beschäftigung zu kommen.

Der Druck des Arbeitsmarktes

richtete sich auch gegen die Jugendlichen. Die Arbeitslosigkeit der Jugendlichen machte allen politischen Gruppierungen großes Kopfzerbrechen. Die konservativen Gruppierungen fanden im Freiwilligen Arbeitsdienst, der 1932 gegen den Willen der Sozialdemokraten eingeführt wurde, eine Antwort. Sein Hauptzweck sollte auf pädagogischem Gebiet liegen, um „die durch den wirtschaftlichen Tiefstand zur Arbeitslosigkeit verdammtene Jugend einer Beschäftigung zuzuführen, ihr somit den Sinn für Arbeit und nützliche Beschäftigung nicht verkümmern zu lassen“. Unumstritten war diese Initiative nicht. Die Sozialdemokraten fürchteten die Nähe zu einer paramilitärischen Ausbildung, dass die industrielle Reservearmee zu einer militärischen werden würde, und die Arbeitnehmerseite hatte Bedenken wegen der Verzerrung der Konkurrenzbedingungen durch die staatliche Subventionierung der Arbeitsdienstprojekte. Der Freiwillige Arbeitsdienst wurde Ende 1932 eingerichtet und fand einen erstaunlichen Aufschwung. Man konnte anfangs nicht alle Arbeitswilligen aufnehmen und musste 1933 an die 13.000 Jugendliche vorläufig vertrösten. Dieser Andrang hatte aber gute Gründe. Im gleichen Jahr war die Altersgrenze für den Empfang der Arbeitslosenunterstützung auf 25 Jahre angehoben worden, so dass die arbeitslosen Jugendlichen nur die Alternative hatten, entweder ohne Unterstützung zu existieren oder aber beim Freiwilligen Arbeitsdienst zumindest Unterkunft, Verpflegung und ein Taschengeld zu finden. Dieses – daher gar nicht so freie – System hatte zu seinem Höhepunkt etwa ein Viertel der jugendlichen Arbeitslosen beschäftigen können. Ab 1935 nahm man den Freiwilligen Arbeitsdienst aber wieder deutlich zurück, da sich die von ihm durchgeführten Projekte wesentlich teurer gestalteten als etwa die Produktive Arbeitslosenfürsorge. Im Freiwilligen Arbeitsdienst wurde nur 6 statt 8 Stunden am

Tag gearbeitet und es war daher kostengünstiger, die Arbeiten in freier Lohnarbeit zu vergeben.

Alle diese einzelnen Maßnahmen waren kein Maßnahmenkatalog, kein planvolles oder gar energisches Vorgehen gegen eines der zentralen wirtschaftlichen Probleme der Zwi-

schenkriegszeit, es handelte sich nicht um Arbeitsmarktpolitik, sondern um Einzelmaßnahmen ohne Zusammenhang, zum Teil mit Legitimationscharakter. Das alte österreichische Problem des „too late and too little“. Die wirtschaftlichen und politischen Prioritäten lagen

anderswo, und der Arbeitsmarkt blieb sich, mit den entsprechenden Konsequenzen, weitgehend selbst überlassen. In einer Industriegesellschaft erfolgt die gesellschaftliche Integration des Einzelnen über Beruf und Arbeitsplatz. Das politische und wirtschaftliche System Österreichs in der Zwischenkriegszeit, das Arbeitslosigkeit als Dauer- und Massenerscheinung zuließ, stellt sich also schon von dieser Seite her selbst in Frage. Die erste österreichische Republik scheiterte daher nicht nur politisch mit dem Ständestaat 1934, sondern sie scheiterte auch wirtschaftlich. Die Wirtschaftspolitik schwankte zwischen Nostalgie, Illusionen und Resignation. Wie wir von der Konjunkturtheorie her wissen, ist die Wirtschaftsentwicklung auch von Stimmungen abhängig. Die österreichische Politik bot keine Zukunftsvision, keinen Optimismus, keine Vorstellung des Wieder- und Neuaufbaus und kein konstruktives Verhältnis der Sozialpartner. Die einzige Hoffnung war, über kurz oder lang wieder in einen größeren Wirtschaftsraum integriert zu werden. Damit schien der Anschluss an das Deutsche Reich im Jahr 1938 alle wirtschaftlichen Probleme zu lösen. Dies war die letzte und wohl größte Illusion der österreichischen Wirtschaftspolitik.

LITERATUR

- K. BACHINGER/H. HEMETSBERGER-KOLLER/H. MATIS, Grundriß der österreichischen Sozial- und Wirtschaftsgeschichte von 1848 bis zur Gegenwart. Wien 1987.
- O. BAUER, Wird die Weltwirtschaftskrise überwunden werden? Arbeiterzeitung. Wien 24. 5. 1931.
- I. T. BEREND/K. BORCHARDT, The Impact of the Great Depression of the 1930's and its Relevance for the Contemporary World. Budapest 1986.
- P. R. BERGER, Der Donauraum im wirtschaftlichen Umbruch nach dem Ersten Weltkrieg. Währung und Finanzen in den Nachfolgestaaten Österreich, Ungarn und der Tschechoslowakei 1918–1929, 2 Bde. Wien 1982.
- F. BUTSCHEK, Die österreichische Wirtschaft im 20. Jahrhundert. Stuttgart 1985.
- P. EIGNER/A. HELIGE (Hg.), Österreichische Wirtschafts- und Sozialgeschichte im 19. und 20. Jahrhundert. 175 Jahre Wiener Städtische Versicherung. Wien-München 1999.
- Ch. P. KINDLEBERGER, Weltwirtschaftskrise. Geschichte der Weltwirtschaft im 20. Jahrhundert, Band 4. München 1973.
- H. MATIS/D. STIEFEL, Die Weltwirtschaft. Struktur und Entwicklung im 20. Jahrhundert. Wien 1991.
- E. RIGLER, Frauenleitbild und Frauenarbeit in Österreich. Wien 1976.
- K. W. ROTHSCHILD, Wurzeln und Triebkräfte der Entwicklung der österreichischen Wirtschaftsstruktur, in: W. Weber, Hg., Österreichs Wirtschaftsstruktur gestern–heute–morgen. Berlin 1961.
- D. STIEFEL, Arbeitslosigkeit. Soziale, politische und wirtschaftliche Auswirkungen – am Beispiel Österreichs 1918–1938, Schriften zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Band 31. Berlin 1979.
- D. STIEFEL, Die Zukunft liegt in der Vergangenheit. Innenkolonisation und nahrungswirtschaftliche Siedlung als atavistische Utopie der Zwischenkriegszeit, in: Forschungen und Beiträge zur Wiener Stadtgeschichte, Band 12, F. Czeike, Hg. Wien 1983.
- D. STIEFEL, Die große Krise in einem kleinen Land. Österreichische Finanz- und Wirtschaftspolitik 1929–1938. Wien 1988.
- E. STREERUWITZ, Ursachen und Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, Wochenschrift des Niederösterreichischen Gewerbevereins, 1933.
- Österreichs Volkseinkommen 1913 bis 1963, Monatsberichte des österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung, 14. Sonderheft. Wien 1965.

Arbeitslosenpolitik im Österreich der dreißiger Jahre

Die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise kamen in Österreich 1931 und

1932 voll zum Tragen. Sie trafen das Land in einer Phase, als sich die Wirtschaft des jungen Staates gerade erst ansatzweise erholte (Kernbauer/März/Weber 1983: 343). Noch regierte eine christlich-sozial dominierte Regierung, die sich einer starken sozialdemokratischen Opposition im Parlament gegenüber sah. Die meisten Maßnahmen im Kampf gegen Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit wurden von diesem österreichischen Parlament vorbereitet und beschlossen. Die politische Wende, die durch die Ausschaltung des Parlaments am 7. März 1933 eingeleitet wurde, brachte daher im Bereich der Arbeitslosenpolitik – oberflächlich betrachtet – nur geringfügige Veränderungen. Erst die genaue Analyse der durchgeführten Arbeitsbeschaffungsprogramme zeigt die Eingriffe der autoritären Regierung, die nun ohne Widerstände ihre Vorstellungen einer wertkonservativen, disziplinierenden und rückwärtsgewandten Sozialpolitik durchsetzen konnte.

Sozialpolitische Fragen haben immer starke ideologische Komponenten, und lassen sich hervorragend für Propagandazwecke verwenden. Die in den dreißiger Jahren weder zufällige noch auf Österreich beschränkte Gleichzeitigkeit wirtschaftlicher Krisensymptome und autoritärer Herrschaftsstrukturen führte zu restriktiven, eher ideologischen als wirkungsvollen und zudem – was speziell den Austrofaschismus betrifft – äußerst halbherzigen Lösungsmodellen. Der „Ständestaat“ (Talos/Neugebauer 1984; Kluge 1984; Meysels 1992),

der von den in der Verfassung vom 1. Mai 1934 proklamierten sieben Berufsständen in seinem vierjährigen Bestehen nur zwei institutionalisieren konnte, setzte auch in der Arbeitslosenpolitik projektierte Maßnahmen oft nur zum Teil um. Die im Folgenden beschriebenen Aktivitäten zeigen autoritäre Merkmale daher erst in Ansätzen und wirtschaftspolitische Effekte kaum. Dass sie in der offiziellen Presse trotzdem breiten Raum einnahmen, lag an ihrer Instrumentalisierbarkeit für den neuen Staat. Jene drei von der Regierung in den Vordergrund gerückten Maßnahmen waren der Freiwillige Arbeitsdienst, die Arbeitslosensiedlung und die Doppelverdienerverordnung (Pawlowsky 1988).

Rahmenbedingungen

Die österreichischen Regierungen mussten in der Zwischenkriegszeit zweimal Anleihen beim Völkerbund aufnehmen, um die schlechte Finanzlage zu bewältigen (Kernbauer/Weber 1984; Mattl 1984). Der nach dem Zerfall der Monarchie entstandene Kleinstaat schien aus eigener Kraft nicht lebensfähig zu sein. Die Genfer Anleihe des Jahres 1922 (Ausch 1975) diente in erster Linie der Stabilisierung der von einer Hyperinflation erfassten österreichischen Währung und weniger der Wirtschaftssanierung. Ein neuerliches Anschlussverbot, Beamtenabbau, Steuererhöhungen, Budgeteinsparungen und die Kontrolle der Finanzpolitik durch einen Völkerbundkommissar waren

die Bedingungen bzw. unmittelbaren Folgen dieser Anleihe. Die Aufnahme der Lausanner Protokolle (Klingenstein 1965) im Jahr 1932 war bereits eine unmittelbare Antwort auf die Wirtschaftskrise, die Österreich voll erfasst und zu einer Krise der Credit-Anstalt geführt hatte, welche in der Folge große Summen des Staatshaushaltes band. Die Lausanner Protokolle folgten dem im Jahr zuvor verabschiedeten Budgetsanierungsgesetz, das für 1932 einen Restriktionshaushalt vorsah und später immer wieder verlängert wurde. Nun traten auch die Sozialdemokraten – anders als zehn Jahre zuvor – für die Deflationspolitik ein und akzeptierten das ausgeglichene Budget als Grundlage der Wirtschaftspolitik. Ein Grund für diese Haltung lag sicher im Inflationsschock der zwanziger Jahre. Die Sparpolitik war nur mehr mit massiven Ausgabenkürzungen möglich. Die Konsequenzen waren eine Verschärfung der ohnehin schon krisenhaften Wirtschaftssituation, der Rückgang des Außenhandels und schließlich ein überproportionaler Schuldendienst.

Für die österreichische Bevölkerung bedeutete die Krise eine große finanzielle Belastung. Gehälter wurden gekürzt, die Arbeitslosenzahlen stiegen an, die Aussteuerungspraxis wurde verschärft. In dem fatalen Kreislauf, der die Wirtschaftsentwicklung immer mehr blockierte, war der Rückgang der Kaufkraft jener Teil, den die Menschen unmittelbar in zunehmender Arbeitslosigkeit und Verarmung erlebten.

Budgetsanierungsgesetz und Lausanner Anleihe bildeten die Angelpunkte, an denen sich die Wirtschaftspolitik der dreißiger Jahre orientierte. Die Verpflichtungen und Auflagen, die mit beiden verbunden waren, nämlich die Wiederherstellung des Budgetgleichgewichtes sowie die Deflationspolitik, prägten die Jahre der Sparpolitik nach 1932. Dass es sich hierbei aber nicht ausschließlich um „von außen“ verordnete und unter Druck akzeptierte

Maßnahmen handelte, sondern dass dieses Konzept durchaus den wirtschaftspolitischen Vorstellungen des „Ständestaates“ entsprach, zeigt sich daran, dass die Restriktionsmaßnahmen der Regierung über das gebotene Maß noch hinausgingen. Impulse zur Bewältigung der Krise konnten unter den zum Teil selbst auferlegten Beschränkungen nicht erfolgen. Die staatliche Investitionstätigkeit war in Folge der Sparmaßnahmen während der gesamten Zwischenkriegszeit nicht besonders hoch, doch in den dreißiger Jahren kam sie zum Teil ganz zum Erliegen. Die Arbeitslosenzahlen blieben deshalb konstant hoch und konnten auch durch Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, denen enge finanzielle Grenzen gesetzt waren, kaum korrigiert werden.

Arbeitslose und Arbeitslosenversicherung

Seit dem Ende des Ersten Weltkrieges herrschte in Österreich eine hohe strukturelle Arbeitslosigkeit. Einem leichten Rückgang der Arbeitslosenrate am Ende der zwanziger Jahre folgte – beginnend mit dem Jahr 1930 – eine konstante und gravierende Zunahme der Zahl der Arbeitslosen. Am Höhepunkt der Krise, im Jahr 1933, lag die Arbeitslosenrate bei 26%; sie fiel bis 1937 nur unwesentlich auf knapp 22%. Gleichzeitig verringerte sich aber seit 1931 der Anteil der unterstützten Arbeitslosen und unter diesen wiederum der Anteil jener, die noch die höhere Arbeitslosenunterstützung und noch nicht die reduzierte Notstands-aushilfe bezogen. Seit 1934 stand praktisch nur mehr jede/r zweite Arbeitslose in Unterstützung (Stiefel 1977:29; Fibich 1977:24).

Das erste österreichische Arbeitslosengesetz (StGBI. Nr. 153/20) wurde 1920 beschlossen. Es koppelte die Arbeitslosenversicherung mit der Krankenversicherung. Als grundsätzliche Anspruchsbedingungen galten Arbeitswilligkeit, Arbeitsfähigkeit und der Nachweis einer

mindestens 20wöchigen Beschäftigung an einer versicherungspflichtigen Arbeitsstelle innerhalb der letzten zwölf Monate. Die Dauer des Arbeitslosenbezugs wurde zunächst mit zwölf Wochen und seine Höhe als (variierender) Prozentsatz des Krankengeldes festgelegt. Bis zum Jahr 1931 gab es insgesamt 26 Novellen zum Arbeitslosengesetz, die meist auf eine Versicherungsentlastung (durch Leistungseinschränkungen) abzielten.

Problematisch wurde die Situation, als die steigende Arbeitslosigkeit am Beginn der dreißiger Jahre zu einem starken Rückgang der Versicherten und damit zu einer Finanzierungskrise der Sozialversicherung führte. Die 27. Novelle des Arbeitslosengesetzes im Jahr 1931 (BGBl. Nr. 205/31) brachte deshalb erste grobe Verschärfungen, indem sie die Anwartschaft auf Arbeitslosenunterstützung für einige lohnabhängige Gruppen erhöhte und die für den Bezug der Unterstützung bereits geltenden Kriterien noch um jenes der „Gefährdung des Lebensunterhaltes“ erweiterte. Die durchschnittliche Höhe der Arbeitslosenunterstützung (einschließlich der im Jahr 1922 eingeführten Notstands-aushilfen) lag im Jahr 1931 bei 74,- Schilling pro Monat. Der durchschnittliche Monatslohn eines männlichen Metallarbeiters betrug im selben Jahr 245,- Schilling (Forchheimer 1932; Hammerl 1932). Da die Finanzierung der Versicherung angesichts der exorbitant hohen Arbeitslosenrate nicht mehr gewährleistet war, legte die 27. Novelle auch fest, dass der Staat, der sich im Laufe der zwanziger Jahre völlig aus der Mitfinanzierung der Sozialversicherung zurückgezogen und nur mehr vorschussweise ein Drittel der Ausgaben übernommen hatte, dieses Drittel nun wieder als echten Zuschuss gewährte.

Nach der Ausschaltung des Parlaments setzte auf sozialpolitischem Gebiet mit Hilfe von Notverordnungen eine restriktive Politik ein, die zunächst die Notstands-aushilfen

betrif, auf die kein Rechtsanspruch bestand. Schon am 8. April 1933 wies der seit 11. März amtierende Sozialminister Robert Kerber die Industriellen Bezirkskommissionen (IBK), in deren Ermessen die Auszahlung der Notstandshilfen lag, an, die Vergaberichtlinien strenger zu handhaben. Gravierend war außerdem die Umsetzung einer neuen Zoneneinteilung. Die Einreihung der österreichischen Gemeinden in jeweils eine von drei Zonen, je nachdem, ob es sich um vorwiegend landwirtschaftliche (C), industrielle (A) oder gemischte Gebiete (B) handelte, hatte Einfluss auf die Höhe und Dauer der in diesem Gebiet ausbezahlten Notstands-aushilfe. Die Umreihungen vergrößerten die in dieser Hinsicht benachteiligten B- und C-Zonen-Gebiete. Die politischen Veränderungen in Österreich machten sich also in einer härteren Gangart unmittelbar bemerkbar. Von nun an kam es zu etappenweisen Aussteuerungen (Talos 1981: 265f).

Den vorläufigen Endpunkt aller Verschärfungen im Arbeitslosenversicherungsgesetz bildete das Gewerblichen Sozialversicherungsgesetz (GSVG) von 1935 (BGBl. Nr. 107/35), das zugleich eine Zusammenfassung der „ständestaatlichen“ Sozialversicherungsreform darstellte. Der Bezug der Notstands-aushilfe wurde durch den verpflichtenden Nachweis einer längeren Beschäftigungsdauer nun erneut erschwert, und das Gesetz legte unmissverständlich fest, dass im Falle einer ungenügenden Deckung der Versicherungsausgaben durch die Einnahmen die Differenz ausschließlich durch Leistungskürzungen beglichen werden sollte. Für Arbeitslose wurde es zunehmend schwieriger, alle Zwischenstufen der Unterstützung auszunützen. Sie wurden rascher in die Notstandshilfe überstellt und aus dieser früher ausgesteuert.

Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen

Die Chronologie der Verschärfungen

im Bereich der Arbeitslosenversicherung bildet den Hintergrund, vor dem sich die staatlichen Beschäftigungsprogramme relativieren. Nie waren in der Phase der austrofaschistischen Regierung mehr als 10% der Arbeitslosen von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen erfasst (Stiefel 1977:120). Dem Prinzip des ausgeglichenen Budgets verpflichtet, wurden Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen über außerordentliche Haushalte und Inlandsanleihen finanziert. Trotzdem blieb die Ausführung nur halbherzig, denn vom Erlös der Anleihen verlor sich jeweils ein großer Betrag in der Schuldendeckung; entscheidende Impulse blieben aus.

Das erste Arbeitsbeschaffungsprogramm der „ständestaatlichen“ Regierung begann im Mai 1933 und wurde über die „Trefferanleihe“ finanziert (Rigele 1994). Die mit einem Gewinnspiel verbundene Anleihe wurde sogar überzeichnet, doch standen von den 265 Millionen Schilling letztendlich nur knapp 70 Millionen zur Verfügung, da der Rest in die Sanierung des österreichischen Bankenapparates floss. Aufgeteilt auf die Jahre 1933 bis 1935 wurden mit diesen Mitteln arbeitsintensive Projekte, vor allem im Straßenbau, in Angriff genommen. Zu diesen gehörte der Bau der Großglockner Hochalpenstraße und der Wiener Höhenstraße (Rigele 1998; Rigele 1993), Elektrifizierungsarbeiten an der Tauernbahn und Investitionen bei der Post- und Telegraphenverwaltung. Der Sommer begünstigte diese Arbeiten, und bereits Mitte August war mit 50.000 die angestrebte Zahl an beschäftigten Arbeitslosen erreicht – eine Zahl, auf die in der Folge immer wieder mit einem Stolz verwiesen wurde, der jedoch außer Acht ließ, dass ein beträchtlicher Teil der Beschäftigten in den unentlohnten Beschäftigungsprogrammen untergebracht wurde.

Das Jahr 1935 brachte die verhältnismäßig größten Anstrengungen auf dem Gebiet der Arbeits-

beschaffung. Motiviert durch den deutlichen Rückgang der Arbeitslosigkeit im Deutschen Reich legte die Regierung Schuschnigg eine „Arbeitsanleihe“ auf und proklamierte mit durchaus beabsichtigter militärischer Konnotation die „Arbeitschlacht“. Nach dieser vor allem propagandistisch *kämpferischen* Aktion kam es im Jahr 1936 infolge eines Restriktionshaushaltes der Regierung zur Einstellung fast aller Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen. 1937 versuchte die Regierung noch einmal, Geld für die notwendigen produktiven Ausgaben zu akquirieren und legte die „Investitionsanleihe“ auf. Das Budget für 1938 sah schließlich kein Arbeitsbeschaffungsprogramm mehr vor.

„Angriff auf die Löhne“ und „moderne Robot“ – Der Freiwillige Arbeitsdienst (FAD)

Der Freiwillige Arbeitsdienst (Pawlowsky 1990) wurde in Österreich im August 1932 eingeführt und fiel damit schon in die Gesetzgebung der seit Mai dieses Jahres amtierenden Regierung Dollfuß; das Gesetz wurde noch vom Parlament, aber gegen die Stimmen der Sozialdemokraten beschlossen. Das österreichische Arbeitsdienstgesetz beschrieb als Freiwilligen Arbeitsdienst „die freiwillige Betätigung von Arbeitslosen bei gemeinnützigen, zusätzlichen Arbeiten“ (BGBl. Nr. 304/32 §2 [1]). Wegen der Fragwürdigkeit der Begriffe „freiwillig“ und „zusätzlich“ war diese Arbeitsbeschaffungsmaßnahme des Bundes lange umstritten und kam erst während des autoritären Kurses der Regierung Dollfuß voll zum Einsatz. Im ersten Gesetzestext wurde den Einwänden der Freien Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Partei, die eine Konkurrenz für die tarifmäßig entlohnte Arbeit befürchteten, noch zum Teil Rechnung getragen. Seit April 1933 aber wurde der Zugang zum FAD wesentlich erleichtert.

Unter der Führung des ehemali-

gen Abgeordneten des Heimatblocks im Nationalrat und späteren Bundesministers für Soziale Fürsorge, Odo Neustädter-Stürmer, wurde im Mai 1933 im Bundesministerium für soziale Verwaltung ein Staatssekretariat für die Angelegenheiten des Arbeitsdienstes eingerichtet. Die Ausdehnung des Freiwilligen Arbeitsdienstes manifestierte sich zudem in drei Novellierungen des Arbeitsdienstgesetzes, die entweder den förderungswürdigen Personenkreis vergrößerten oder die Anwendung des FAD auf neue Arbeitsvorhaben ermöglichten. Das Prinzip der „Zusätzlichkeit“, das den FAD nur für Arbeiten zugelassen hatte, die ohne ihn nicht durchgeführt worden wären, wurde damit praktisch außer Kraft gesetzt (BGBl. Nr. 126/33, Nr. 583/33, Nr. 363/34). Die Folge dieser Politik war eine sprunghafte Entwicklung des Arbeitsdienstes. Waren im Jänner 1933 erst einige hundert Arbeitslose im FAD beschäftigt, so konnte im Oktober desselben Jahres bereits werbewirksam bekanntgegeben werden, dass etwa 20.000 Personen im FAD tätig waren.

Der Großteil der am Freiwilligen Arbeitsdienst teilnehmenden Personen waren Jugendliche, die nicht mehr in Unterstützung standen oder aus dieser bereits ausgesteuert waren. Die Freiwilligkeit der Teilnahme mag schon aus diesem Grund in Zweifel gezogen werden, aber es gab auch einen indirekten Zwang: Unterstützte ledige Arbeitslose unter 25 Jahren, denen Arbeit im FAD angeboten wurde, mussten diese praktisch annehmen, da ihnen sonst die Notstandshilfe verweigert werden konnte (BGBl. Nr. 304/32 §7). Dass der FAD durchaus als Vorstufe für eine Arbeitsdienstpflicht angelegt war, zeigte sich auch an der Beteiligung des „Bundes für Arbeitsdienstpflicht“ unter Oberstleutnant Jaromir Diakow an den Vorarbeiten zur Entstehung des Gesetzes. Diakow, der aktivste Vertreter der Arbeitsdienstidee in Österreich, wurde später Leiter des FAD.

Der Straßenbau war mit fast einem Drittel der Einsätze eines der Hauptarbeitsgebiete des FAD. Allerdings beschränkte sich der FAD zumeist auf Nebearbeiten, die im Zuge der großen Straßenbauvorhaben anfielen. Ein bekanntes Wiener Bauvorhaben, bei dem der FAD mitwirkte, war zum Beispiel die Wiener Reichsbrücke; das FAD-Lager dazu lag auf dem ehemaligen Überschwemmungsgebiet der Donau. Ein weiteres Drittel der Arbeitseinsätze galt Arbeiten des Wasserbaus, die im Gegensatz zu anderen Tätigkeiten vor allem im Winter durchgeführt werden mussten, was eine Ausweitung des FAD auf die Wintermonate erlaubte. Auch kleinere kontinuierlich arbeitende Metallbearbeitungs-, Tischler-, Schuhreparatur-, Schneiderwerkstätten oder Gartenbetriebe gehörten zum FAD. Sie dienten als Zulieferungs- und Versorgungsbetriebe für die restlichen Arbeitslager. Im Bereich des Gartenbaus und der sozialen Fürsorge entfaltete der „weibliche“ Arbeitsdienst seine Haupttätigkeit. In Nähstellen, Gemüsebaulagern, bei Winterhilfe und Ausspeiseaktionen und als Haushalts- und Heimhilfen wurden arbeitslose Mädchen eingesetzt. Junge Frauen zu beschäftigen war aber nie Hauptanliegen des Arbeitsdienstes; der Anteil weiblicher Jugendlicher unter den Arbeitsdienstleistenden überstieg die 10 %-Marke nicht (Neustädter-Stürmer [1934]: 26).

Die praktische Organisation des Arbeitsdienstes erfolgte entweder in „offener Form“ oder in der geschlossenen Lagerform, die von den Proponenten der Idee aus „pädagogischen“ Gründen bevorzugt wurde, weil sie den direktesten Zugriff auf die Arbeitslosen erlaubte. Die in Lagern untergebrachten Arbeitslosen waren einem militärischen Tagesablauf mit Exerzierübungen, Appellen, gemeinsamen Aufmärschen, Fahnenweihen und Liedern unterworfen. Graue Uniformierung trug zusätzlich zum militärischen Charakter des Arbeitsdienstes bei,

dessen Teilnehmer in der Propagandaliteratur gerne als „Werksoldaten“, „50-Groschen-Dräger“, als „graues Heer“ oder „Arbeitsarmee“ bezeichnet wurden (Lugmayer 1934: 10. Neustädter-Stürmer [1934]:22). Gegen Versorgung und ein minimales tägliches Taschengeld (etwa den Gegenwert von zehn Zigaretten) arbeitete 1933 etwa die Hälfte der Arbeitsdienstleistenden in den 240 bestehenden Lagern.

Der Arbeitsdienst hatte also disziplinierende Funktion, was sich in seiner äußeren Form, den Lagern, der militärischen Organisation und der Begrifflichkeit widerspiegelte. Die Sprache von den „Werksoldaten“ in den „Arbeitsarmeen“ suggerierte zudem, dass der freiwillige Arbeitsdienst ein großangelegtes Programm zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit wäre. Dass der FAD in der Öffentlichkeit mehr und mehr als die wichtigste Arbeitsbeschaffungsmaßnahme der Regierung dargestellt wurde, korrespondierte – trotz der tatsächlichen Ausdehnung dieser Maßnahme während des autoritären Regimes – nicht mit seiner realen Bedeutung. Denn weder waren die Ausgaben für den FAD besonders hoch (sie betragen im besten Fall 2,8 % der staatlichen Sozialausgaben) noch war der Erfolg in wirtschaftlicher Hinsicht überzeugend. Der FAD arbeitete nämlich – wie sich sehr bald herausstellte – unrentabler als ein Unternehmen, das seinen Arbeiter/innen den vollen Lohn zahlte. Die hohen Kosten des FAD hingen groß-



Aus: Karl Meßner, „Jugend in Arbeit“. 3 Jahre im Dienste der erwerbslosen Jugend. Wien 1936, 49.

teils mit der Einrichtung der Lager zusammen. Hier fielen Kosten für Unterkünfte, durch gängige Verpflegung, Köche und Lagerleiter an; die tägliche Arbeitszeit lag unter dem Durchschnitt; die Arbeitslosen waren ungeübt, der körperlich anstrengenden Arbeit oft nicht gewachsen und arbeiteten deshalb langsamer als geschulte Arbeitskräfte. Da der wirtschaftliche Nutzen des FAD zunehmend in Frage gestellt war, propagierte die Regierung den



„Fahnenweihe in Schönbrunn – Aufmarsch der weiblichen Arbeitsdienstwilligen“

Foto: Karl Meyer/Wien, in: Odo Neustädter-Stürmer, *Arbeitsbeschaffung*. Wien 1934, 7.

Arbeitsdienst immer mehr als arbeitspädagogische Einrichtung. In der Argumentation stand nun der „Wert der Arbeit“ für die Jugend im Vordergrund. Jugendliche sollten auch als Arbeitslose an Arbeit gewöhnt werden, Mädchen durch ein auf sie „abgestimmtes“ Arbeitsangebot zusätzlich in ihre Frauenrolle eingeführt werden, denn nur so könne „der staatsgefährdende Leerlauf junger Menschen behoben werden.“ (Gessmann 1932:94) Konsequenterweise wurde auch der Ausbildung der Lagerführer bald mehr Aufmerksamkeit geschenkt: Seit März 1934 war eine einheitliche Führerschulung vorgeschrieben.

Der Arbeitsdienst bot keine strukturelle Lösung des Problems Arbeitslosigkeit und reiht sich damit in die Gruppe anderer Anstrengungen, die zum Großteil den Charakter von Scheinlösungen hatten.

„Innenkolonisation“ – Die Nebenerwerbs- und Arbeitslosensiedlung

Als ähnliche Scheinlösung ist auch jenes Konzept zu werten, dem zufolge Arbeitslose aus dem Arbeitsprozess definitiv ausgegliedert, auf kleinen Grundstücken angesiedelt und auf diese Weise autark gemacht werden sollten. Von der Siedlung als Mittel im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit erhofften sich die Proponenten dieser Idee eine dauerhafte Lösung des Arbeitslosenproblems. Die Siedlung galt als arbeitsmarktentlastende Institution in zweierlei Hinsicht: Sie gewährleistete die vollständige oder teilweise Selbstversorgung der Siedler, die nun nur mehr einer Kurzarbeit nachgehen mussten und durch intensiven Gartenbau sowie Kleintierzucht konjunkturabhängiger und krisenfester waren, und sie verringerte die Zahl der Arbeitssuchenden, indem sie ehemals berufstätige

Frauen ganz an den Siedlerhaushalt band.

Die Siedlungsbewegung stellt sich heute als äußerst vielschichtiges Phänomen dar (Hoffmann 1987. Brandstetter 1981). An den Siedlungsgedanken knüpften sich sehr unterschiedliche Wünsche und Hoffnungen, deren Bandbreite sich auch darin äußerte, dass die Siedlerbewegung neben konservativen ebenso sozialdemokratische und anarchistische Vertreter hatte. Es fanden sich schon in den zwanziger Jahren lebensreformerische, antiurbane und agrarromantische wie auch sozialpolitische Komponenten. In den dreißiger Jahren wurden manche dieser Ideen wieder aufgenommen, und die Siedlungsidee erfuhr einen neuen Aufschwung.

Die Beschäftigung offizieller österreichischer Stellen mit dem Thema Siedlung begann Ende 1931

im Rahmen des Österreichischen Kuratoriums für Wirtschaftlichkeit, das einen Arbeitsausschuss „Innenkolonisation“ einrichtete. Schon 1932 gab es erste bescheidene Förderungsmittel für das ins Programm der Arbeitsbeschaffung miteinbezogene Siedlungswesen; eigene Richtlinien für Randsiedlungen wurden ausgearbeitet. Zwischen 1932 und 1938 wurden insgesamt 5362 Siedlerstellen im Rahmen der Randsiedlungsaktion I des Bundes nach diesen Richtlinien gefördert. Die Grundstücke hatten aber eine durchschnittliche Größe von nur 1.000 m², was eine Selbstversorgung illusorisch machte.

Parallel zu diesen Bemühungen des Bundes begann die Gemeinde Wien ebenfalls 1932 – noch unter sozialdemokratischer Stadtverwaltung – mit einer eigenen Randsiedlungstätigkeit. Die gemeindeeigene GESIBA wurde mit dem Bau einer Stadtrandsiedlung in Leopoldau beauftragt, wo 80 Siedlerstellen für zum Großteil arbeitslose Familien geplant wurden. Bei dieser Aktion sollten die Entstehungskosten durch größte Sparsamkeit und unter Zuhilfenahme günstiger Darlehen und des FAD möglichst gering gehalten werden. Trotzdem war eine Eigenleistung der Siedlerfamilien in Form einer 10%igen Kostenübernahme sowie eigener Bautätigkeit vorgesehen. Die Siedlerstellen waren mit 2.500 m² zwar größer als die der Bundesaktion, doch ebenfalls zu klein bemessen, um eine Selbstversorgung zu erlauben. Trotzdem wurde die Stadtrandsiedlung in Leopoldau zum Paradebeispiel für das Konzept der Arbeitslosen- bzw. Kurzarbeiter-siedlung und in zeitgenössischen Quellen häufig erwähnt.

Die ersten Siedler konnten die Stadtrandsiedlung in den Jahren 1933 und 1934 beziehen; sie hatten aber große Schwierigkeiten, ihren finanziellen Verpflichtungen (den Pachtzins- und Kreditabzahlungen) nachzukommen. Hinzu kam, dass sie in keiner Weise durch Eigen-

mittel oder Rücklagen abgesichert waren und jede Sonderzahlung zum Beispiel für Saatgut, Futtermittel, Zubauten oder Betriebsmittel zu einem Problem wurde. Andere Schwierigkeiten entstanden durch die sparsame Ausstattung der Siedlung: Es gab keine Zäune, so dass die Felder dem Hasenfraß und Hunden ausgesetzt waren. Ebenso wenig war für eine entsprechende Siedlungsstraße gesorgt worden. Die gesamte Infrastruktur war mangelhaft und erschwerte das tägliche Leben enorm. Es gab weder einen Arzt, eine Schule noch Verkehrsmittel, Strom, Gas oder Kanalisation. Die Wasserversorgung war nur durch einen Schlagbrunnen pro Siedlerstelle gesichert. Die Kinder mussten über eine Stunde zu Fuß in die Schule nach Leopoldau gehen. Von den Kindern der damaligen Siedler wird heute übereinstimmend von der großen Armut unter den angesiedelten Arbeitslosen in Leopoldau berichtet (Altfahrt 1983).

Beide Aktionen, die des Bundes und die der Gemeinde, wurden von der autoritären Regierung bzw. der christlich-sozialen Stadtverwaltung nach 1933 fortgesetzt. Die Gemeindeverwaltung erweiterte die Siedlung Leopoldau durch die „Nordrandsiedlung“ und errichtete neue Siedlungen in Aspern, Breitenlee, Hirschstätten und die „Gartenstadt“ am Wienerberg. Diese Siedlungen gingen schon einen Schritt weg vom Konzept der Nebenerwerbssiedlung: Die Häuser waren größer, die Grundstücke kleiner als bei dem ersten Versuch in Leopoldau. Außerdem wurden hier auch Bewerber mit Einkommen als Siedler akzeptiert, ja bevorzugt. Der Randsiedlungsaktion I des Bundes folgte im Jahr 1935 noch eine zweite, die jedoch einen wesentlich geringeren Umfang hatte. Diese Aktion richtete sich ebenfalls nicht mehr an Arbeitslose, sondern vor allem an Angehörige des unteren Mittelstandes, an Angestellte und Pensionisten: Einkommen und Ersparnisse waren notwendig, um

an dieser Förderung teilzunehmen. Nur 400 Siedlungshäuser wurden bis 1938 fertiggestellt.

Obwohl sich die „Arbeitslosensiedlung“ als Schlagwort durch die Siedlerbewegung zog, war doch im Laufe der dreißiger Jahre klar geworden, dass eine Ansiedlung von arbeitslosen Industriearbeiterfamilien, die keinerlei Erfahrungen in der Landwirtschaft hatten, nicht oder nur mit großem finanziellem Aufwand durchführbar wäre. Die Erwerbslosensiedlung blieb – wie selbst der ÖKW-Ausschuss „Innenkolonisation“ zugab – ein „trügerisches Schlagwort“ (Aufbau 1933:100). Sie war eine Utopie der Siedlerbewegung, die so hoch gesteckte Ansprüche nicht einlösen konnte, nahm aber trotz ihrer praktischen Undurchführbarkeit in der Literatur viel Raum ein. Sie diente der Siedlerbewegung als „Zugpferd“ ihrer Ideen und hatte gerade in den Krisenjahren ab 1930 auch hohen Propagandawert innerhalb der Diskussion über die Arbeitsbeschaffung.

Die Idee, der Wirtschaftskrise durch ein solches rückwärtsgewandtes Konzept beizukommen, das eine Stärkung des „bodenverbundenen Österreichers“ mitbeabsichtigte, entsprach ganz der Ideologie des „Ständestaates“. Die „Siedlung“ wurde zum Programm – auch gegen die Stadt, die als Sinnbild der Krise Unmoral und Sittenverfall repräsentierte. Die Siedlung sollte aus dem „ewig mißvergnügten Proletarier, der sein Leben im Industrieviertel einer Stadt verbringt,“ (Mahr 1933: 15) wieder den „*Typ des tüchtigen Menschen*“ (Krammel 1934: 26) machen. Der ungesunden Stadt, dem unzufriedenen Arbeiter und nicht zuletzt der Politik der sozialdemokratischen Partei standen die positiven Konnotationen der „Siedlung“ gegenüber. Ihre entproletarisierende und entpolitischierende Funktion machte sie zu einem politischen Konzept auch gegen die Sozialdemokratie (Hoffmann 1978). Bei der Umwandlung des mobilen

städtischen Arbeiters in einen systemerhaltenden Siedler kam dem Boden, der „Scholle“, besondere Bedeutung zu. Der Garten war das „Stück Vaterland“ (Krammel 1934: 26), das ihn verändern sollte. Von der Eigentumbildung versprach man sich einen Wandel der Interessenslage (Dobretsberger 1937:69).

Doch die Widersprüchlichkeiten zwischen Siedlerliteratur und Siedlerrealität waren zu offensichtlich. Obwohl es nach 1933 kaum mehr offizielle Unterstützung für Siedlungsvorhaben gab, wurde der Siedlung – neben ihrer arbeitsmarkt-entlastenden Funktion – gerade jetzt enorme politische Wirkung zugeschrieben. Die Bewohner dieser Siedlungen lebten zu dieser Zeit bereits drei bis vier Jahre unter Bedingungen, die keinerlei Vorteile gegenüber dem Stadtleben erkennen ließen. In einem Netz von Abhängigkeiten (gegenüber Wirtschaftsgenossenschaft und GESIBA), stark verschuldet und isoliert, versuchten sie eher mühsam als selbstbewusst aus dem Boden das Meistmögliche zu erwirtschaften, um existieren zu können.

„Als Kündigungstag gilt der Tag der Eheschließung“ – Die Doppelverdienerverordnung

Frauenarbeit ist in ökonomischen Krisensituationen immer großen Anfechtungen und Gegenkampagnen ausgesetzt. In den Krisenjahren der Zwischenkriegszeit flammten oft Doppelverdienerkampagnen auf. Der Mangel an Arbeitsplätzen schuf ein Klima, in dem es „unmoralisch“ geworden war, dass Ehepaare Einkünfte aus mehr als einem Arbeitsverhältnis bezogen. Doch unter Doppelverdienern wurden auch Einzelpersonen mit Mehrfacheinkommen verstanden; der Begriff war vieldeutig. Als Doppelverdienerverordnung ist schließlich jene Verordnung des Jahres 1933 bekannt geworden, die den „Abbau verheirateter weiblicher Personen im Bundesdienste“ zum Ziel hatte (BGBl.

Nr. 545/33).

Diese Verordnung reiht sich nicht mit der gleichen Logik in die Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung, da die Möglichkeit, dass mit ihrer Hilfe neue Arbeitsplätze geschaffen werden konnten, in Frage zu stellen ist und selbst in den dreißiger Jahren sehr umstritten war. Trotzdem wird sie oft im Zusammenhang mit Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen erwähnt und ist zugleich in ihrem offenkundigen Anspruch, die Frauen vom Arbeitsmarkt zu verdrängen, ein Paradebeispiel ideologischer Sozialpolitik.

Ein auch von den Sozialdemokraten unterstützter Gesetzesentwurf gegen das Doppelverdienerwesen im Jahr 1932 sah vor, dass eine Person in nur *einem* privatrechtlichen Dienstverhältnis stehen durfte. Der Christlichsoziale Josef Dobretsberger, im „Ständestaat“ kurzfristig Bundesminister für soziale Verwaltung, meinte, dass der Gesetzesentwurf ungenügend sei, weil er gerade am Doppelverdienerwesen der Ehepaare vorbeigehe. Die Sozialdemokraten hingegen waren nur für die Verhinderung jenes Doppelverdienerwesens, das einer Person zwei Einkommen erlaubte, lehnten aber die Einschränkung der Arbeit verheirateter Frauen strikt ab. Sie sahen in solchen Anstrengungen zu recht weniger eine Maßnahme zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit als christlich-soziale Propaganda gegen die „eheweibliche Erwerbsarbeit“ (Schlesinger 1926: 94f).

Die schließlich durchgeführte Doppelverdienerverordnung des Jahres 1933 bezog sich dann bezeichnenderweise nur auf sogenannte „Ehepaardoppelverdiener“. An ihr wird die politische Veränderung deutlich, die sich in Österreich in diesem Jahr vollzogen hatte, und mit der sich auch die von den Christlichsozialen favorisierte Definition des Begriffes „Doppelverdiener“ durchsetzte. Eine Fülle zeitgenössischer Äußerungen und die Behandlung des Themas in der Presse lassen die eigentliche Intention und damit

den ideologischen Charakter dieser Maßnahme erkennen. Auch Hans Schmitz, seit 1934 erster Sekretär der Wiener Arbeiterkammer sowie Generalsekretär des Gewerkschaftsbundes und dem katholischen Lager zuzurechnen, deutete in einer Veröffentlichung die vorrangige Funktion der Verordnung an, indem er die Doppelverdienerverordnung unter der Überschrift „Vorbereitung auf die gesellschaftliche Reform“ abhandelte und kurz und bündig feststellte: „Die Familie ist die natürliche Ordnung der Gesellschaft. Ihrer Wiederherstellung gilt die sogenannte Doppelverdienerverordnung“ (Schmitz 1934:72). Unter Zuhilfenahme konservativer Werte und Argumentationen kam es zur Vortäuschung einer Interessensidentität: „Aus den verschiedensten Berufen flüchten heute die abgebauten stellenlosen Frauen in die Hauswirtschaft, das heißt sie ergreifen mit Eifer die wichtige Rolle (...) daheim bleiben zu können und als Herrscherin in ihrem kleinen Reich sich zu fühlen.“ (Pacher 1933: 35)

Sozialpolitik wird so zur Politik der „Famialisierung“ (Appelt/Lösch/Prost 1987). Mit der Betonung der Frauen- und Mutterrolle korrespondiert eine restriktive oder gratifizierende Gesetzgebung, deren Ziel die Ausschaltung der Frauenarbeit ist. Während das nationalsozialistische Deutschland umfassende Mutterschutzregelungen einführte und nicht zuletzt deshalb bei der Verankerung des traditionellen Frauenleitbildes erfolgreich war, kam es im austrofaschistischen Österreich zur gleichen Zeit – vor allem aus budgetären Gründen – nur zu restriktiven Maßnahmen (der Ausbau des Mutterschutzes erfolgte in Österreich erst nach 1938). Das signifikanteste Beispiel dafür ist die Doppelverdienerverordnung, die sich allerdings ausschließlich auf Arbeitsverhältnisse im Bundesdienst bezog. Sie trat nur dann in Wirkung, wenn beide Ehepartner Bundesbedienstete waren und traf die Frau. Für sie bedeutete die Einführung

der neuen Regelung Entlassung.

Zusammenfassung

Während des austrofaschistischen Regimes ging ein gewisser Ausbau der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, allen voran des freiwilligen Arbeitsdienstes, Hand in Hand mit schrittweisen Einsparungen bei der Arbeitslosenunterstützung. Die Aufwertung der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen war allerdings in erster Linie propagandistischer Natur, die in keiner Weise durch eine entsprechende staatliche Wirtschaftspolitik unterstützt wurde.

Wie wichtig es aber für die neue Regierung war, dass sie auf politische Anstrengungen im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit verweisen konnte, zeigte sich – schon terminologisch – an der 1935 ausgerufenen „Arbeitschlacht“. Wie gering im Grunde die Bereitschaft zu einem großangelegten Arbeitsbeschaffungsprogramm war, wurde im darauf folgenden Jahr deutlich, als für diesen Zweck kaum mehr Mittel zur Verfügung gestellt wurden, obwohl sich die Arbeitsmarktlage in der Zwischenzeit kaum geändert hatte.

Die staatliche Sozialpolitik übernahm die Risikenabsicherung und -bewältigung immer weniger. Die Probleme der Existenzsicherung im Falle der Arbeitslosigkeit wurden von der staatlichen auf die private Ebene verlagert. Selbsthilfe und Nachbarschaftshilfe kamen als Lösungsvarianten ins Gespräch. Die Versorgungsmöglichkeit auch durch entfernte Verwandte wurde einkalkuliert. Immer häufiger wurde der Auszahlung der Arbeitslosenunterstützung und vor allem der Notstandsaulhilfe das Prinzip der Subsidiarität zugrunde gelegt. Der Anspruch auf Leistungen aus der Versicherung ergab sich keineswegs bloß durch die Beitragszahlungen. Das Versicherungsprinzip wurde zunehmend durchlöchert. In diesem Punkt korrespondierte die staatliche Sparpolitik mit den Vorschlägen der – von konservativen

Interessen geleiteten – Sozialpolitiker, die eine Aufwertung des traditionellen Familienverbandes als vorrangige Aufgabe der Sozialpolitik ansahen. Auch die „Quadragesimo Anno“, auf die sich das austrofaschistische Regime berief, definierte jede gesellschaftliche Handlung als „ihrem Wesen und Begriff nach subsidiär“ (Quadragesimo Anno 1931:27).

Ein weiteres Charakteristikum aller arbeitspolitischen Maßnahmen stellte deren Funktionalisierung für die „ständestaatliche“ Ideologie dar. Konservative „Nebeninteressen“ wurden zu Hauptelementen der Arbeitslosenpolitik, die im Austrofaschismus ausdrücklich im Dienst einer konservativen Sozialreform stand. In den Vordergrund der „ständestaatlichen“ Sozialpolitik rückten daher Maßnahmen, die der Erhaltung der Familie dienen sollten (Famialisierungspolitik), die Klassenkämpfe verhindern und die Vorbereitung einer ständisch-gegliederten Gesellschaft leisten sollten.

Die Betonung des bürgerlichen Familienideals und die Hervorhebung der Subsidiarität staatlichen Handelns sind Mittel, die Einschränkung staatlichen Engagements auf sozialpolitischem Gebiet zu rechtfertigen. Daneben gab es auch andere Argumente. So würde – hieß es in den dreißiger Jahren – Sozialpolitik zwar in wirtschaftlich „normalen“ Zeiten eine ausreichende Absicherung bieten, doch die Arbeitslosigkeit habe eine Situation geschaffen, für die praktisch niemand verantwortlich gemacht werden könne, und für deren Abmilderung der Staat deshalb auch nur sehr beschränkt zuständig und in der Lage sei. Dass die herrschende Arbeitslosigkeit und die wirtschaftliche Depression als unerklärliche Erscheinungen verstanden wurden, die über die Menschen gleichsam „hereingebrochen“ waren, enthob den Staat scheinbar der Verantwortung und erzeugte inadäquate und absurde Lösungsmodelle. Die Art der Krisenerfahrung drückte sich

oft sprachlich aus. So war die ökonomische Krise ein „Übel“, eine „für die Gesamtheit durch das Schicksal gestellte Lebensfrage“ (Aufbau 1933:27), die Arbeitslosigkeit wurde als „Feind“ personifiziert, und als „böser Spuk“ (Neustädter-Stürmer [1934]:3, 6), der gebannt werden müsse, der notwendigen Erklärung ihrer Entstehungszusammenhänge entzogen.

Weiters wurde der Rückzug des „Ständestaates“ aus seiner sozialpolitischen Verantwortung damit begründet, dass Sozialpolitik immer eine Domäne der Sozialdemokratie gewesen sei, die sich „der Sozialversicherung bemächtigt“ habe, um sie „für ihre Zwecke auszuwerten“ (Dobretsberger 1936:8). Nach jener Zeit, in der ein „Zustand der Verkrampfung und Erstarrung“ geherrscht hatte, sei nun in der „furchtbaren Krise“ „größere Schmiegsamkeit in der Handhabung der sozialpolitischen Bestimmungen notwendig“ (Schmitz 1934: 12).

Die kontinuierliche Betonung des „Wertes der Arbeit“ im Austrofaschismus deutet schließlich auf einen besonderen Arbeitsbegriff hin. Ausgehend von der katholischen Arbeitsethik sollte Arbeit selbstlos, als „Dienst am Nächsten“ und an der Gemeinschaft verrichtet werden. Ihr wurde erzieherischer Wert zugesprochen, sie galt als menschliche Verpflichtung. Es war die Arbeit an sich, der das Interesse des „Ständestaates“ galt und durch deren Hervorhebung die Bereitschaft, Mühe und Plage auf sich zu nehmen, gehoben werden sollte. Diese Arbeit konnte weder emanzipativ sein noch ein verstärktes Klassenbewusstsein begründen, wie es die Aufwertung der *Lohnarbeit* beabsichtigte, an der sich der von der Arbeiterbewegung vertretene Arbeitsbegriff orientierte.

Weil sie nicht entlohnt war, musste der Arbeit im Arbeitsdienst oder an der Siedlung, die dem einzelnen nicht mehr als das Überleben sicherte, große Bedeutung für „Staatsaufbau“ und „Staatserneuerung“ (mit allen auch moralischen Implikationen) zugesprochen werden. Die

Mitwirkung an dieser „Staatserneuerung“, der „Volksgesundung“, sollte den Einzelnen „erhöhen“, ihn in die „Volksgemeinschaft“ einbinden und zugleich willig machen, die Anstrengungen und den fehlenden oder geringen Verdienst der Arbeit in Kauf zu nehmen. Wurde Arbeit als Dienst an der Allgemeinheit definiert, so gründete sich das – mit der expliziten Absicht, Gegensätze und Ausbeutungsverhältnisse zu verschleiern – auf die Ideologie einer Volksgemeinschaft, einer Gemeinschaft von Gleichen. Doch die Etablierung einer völkischen Ideologie konnte in Österreich – angesichts der großen „Konkurrenz“ der deutsch-nationalen Strömung – nicht gelingen. Schriften der Arbeitsdienstproponenten waren geprägt von diesem Arbeitsbegriff, der die Arbeit zum *Dienst* an der Gemeinschaft und zur *Pflicht* des Einzelnen erklärt. Die Tatsache, dass die ökonomische Krise Proponenten der Arbeits*pflicht*idee hervorbrachte, die – unterstützt durch den konservativen Arbeitsbegriff – in der Zwangsverpflichtung eine Lösung des Arbeitslosenproblems sahen, passt in dieses Konzept.

Die für die Zeit des Austrofaschismus charakteristische Restriktionspolitik auf dem Gebiet der Arbeitslosenfürsorge wirft im Rahmen einer Sozialpolitikanalyse auch die Frage auf, ob Arbeitslosenpolitik unter den beschriebenen Bedingungen noch die Erhaltung des gesellschaftlichen „status quo“ beabsichtigen konnte. Anhand der arbeitspolitischen Maßnahmen zeigte sich jedoch deutlich, dass die sozialpolitische Tätigkeit in

mehrerer Hinsicht „erhaltend“ war: Die Disziplinierung im FAD diente der Erhaltung der Arbeitsethik und sicherte die weitere Einsatzfähigkeit der Arbeitskräfte. Die Doppelverdienerverordnung galt als Maßnahme, die der Familie die traditionelle Arbeit der Frau erhielt. Die Arbeitslosensiedlung sollte einen

neuen Menschen hervorbringen, der vaterlandstreu und systemerhaltend gedacht war. Sozialpolitik zielte also, auch wo sie starke Einschränkungen erfuhr, auf die Beibehaltung des gesellschaftlichen Ist-Zustandes ab.

LITERATUR

Dieser Artikel stützt sich auf Sekundärliteratur zur Wirtschafts-, Sozial- und Arbeitslosenpolitik des Austrofaschismus sowie zur Siedlerbewegung, deren Anführung hier aus Platzgründen unterbleiben muß. Nach einem Boom einschlägiger Publikationen in den achtziger Jahren (für diese Literaturangaben verweise ich auf meine Arbeiten zum Thema) wurde es in den neunziger Jahren, jenseits des 50-Jahr-„Jubiläums“ – mit Ausnahme der Studie von Lucian O. Meysels, einiger Dissertationen sowie der Arbeiten von Georg Rigele – ruhiger um die im vorliegenden Artikel angesprochenen Fragen. Im Folgenden sind in erster Linie die im Text zitierten zeitgenössischen Autoren aufgelistet:

Aufbau des österreichischen Siedlungswerkes, Der Bericht des ÖKW-Arbeitsausschusses „Innenkolonisation“, hg. v. Österreichischen Kuratorium für Wirtschaftlichkeit. Wien 1933.

J. DOBRETBERGER, Sozialpolitik im neuen Staat. Wien 1936.

A. GESSMANN, Wie werden wir uns ernähren? Innenkolonisation, Agrarfrage, Ernährungsproblem. Wien 1932.

M. KRAMMEL, Die Siedlung in Österreich. Eine zeitgemäße Betrachtung zum Problem der Arbeitsbeschaffung. Haringsee 1934.

A. MAHR, Die Stadtrandsiedlung. Ihre Bedeutung für die Bekämpfung der Krise und die Sicherung ihres wirtschaftlichen Erfolgs. Wien 1933.

O. NEUSTÄDTER-STÜRMER, Arbeitsbeschaffung. Wien o.J. [1934].

J. B. PACHER, Frauendienst am Siedlungswerk, in: Arbeit und Boden (1933).

V. PAWLOWSKY, Arbeitslosenpolitik im Austrofaschismus. Ein Beispiel restriktiver Sozialpolitik in ökonomischen Krisenzeiten. (Dipl.-Arbeit) Wien 1988.

V. PAWLOWSKY, Werksoldaten, graue Mandln, 50-Groschen-Dräger. Der Freiwillige Arbeitsdienst in Österreich, in: Zeitgeschichte 5 (1990).

Quadragesimo Anno, Apostolisches Rundschreiben des Papst Pius XI. vom 15. Mai 1931, zitiert nach einer 1935 mit kirchlicher Erlaubnis herausgegebenen deutschen Übersetzung. Wien 1935.

T. SCHLESINGER, Doppelverdiener, in: Arbeit und Wirtschaft (1926).

H. SCHMITZ, Die Sozialpolitik im autoritären Staat. Wien 1934.

Beiträge zur Fachdidaktik 1/2000



Beatrix Mandl,
Hanna-Maria Suschnig

Eine Photoausstellung als Anlass für fächerübergreifendes Lernen



„Falls irgendwelche Dokumente dieser turbulenten Zeit überleben sollten, werden es ganz sicher die Photographien von Dorothea Lange sein.“¹

Dieses Zitat von Anselm Adams im Vorwort des Katalogs zur Ausstellung der Photographien von Dorothea Lange könnte gewissermaßen als das Motto angesehen werden, warum wir uns gemeinsam mit einer 4. Klasse AHS detaillierter als üblich mit der Weltwirtschaftskrise 1929 auseinandersetzen. Vom 11. März bis 30. Juni 1999 wurden die Photographien von Dorothea Lange

erstmalig in Österreich gezeigt, und zwar von der Arbeiterkammer Wien im Adolf Czettel Bildungszentrum. **Dorothea Lange**

Dorothea Lange fotografierte im Auftrag der Regierung jene Menschen Amerikas, die von den ökonomischen und ökologischen Krisen der 20er und 30er Jahre besonders hart getroffen wurden, die

Landbevölkerung des Mittelwestens. Als Folge der Rationalisierungen der 20er Jahre hatten viele Kleinbauern zuerst ihr Land an Großunternehmen verloren und waren zu Pächtern ihres ursprünglichen Besitzes geworden. Sodann fegten die Sandstürme des Jahres 1934 die fruchtbare Erde des erodierten Bodens der sogenannten „Dust Bowl Area“ von Oklahoma, Arkansas, Kansas und der umliegenden Staaten davon. Eine der weitreichendsten Migrationen war die Folge, etwa 300.000 Landarbeiter verließen ihre Heimat



*Erbsenpflücker.
„Meine Dame. Ich habe Erbsen von Cali-
patria bis Ukiah gepflückt. Dieses Leben
besteht aus reiner Schlichtheit.“
California 1936
Dorothea Lange, Ausstellungskatalog.*

*Copyright Reinhard Schulz,
Galerie Bilderwelt, Berlin.
Mit freundlicher Genehmigung*

*Camp der Erbsenpflücker im Regen.
California 1936
Dorothea Lange, Ausstellungskatalog.*



auf der Suche nach Arbeit in Kalifornien. Dorothea Langes Photographien dokumentieren das Elend dieser Menschen mit großer Anteilnahme, Achtung und Zurückhaltung. Die Würde, die diese Menschen trotz ihrer Lebensumstände ausstrahlten, sind besonderes Kennzeichen ihrer Portraits.

Photos wurden in diesen Jahren erstmals zu einem bedeutenden Informationsträger. Paul S. Taylor,

Ökonomieprofessor in Berkeley und Mitarbeiter in der New Deal Organisation State Emergency Relief Administration (SERA), erkannte das Potenzial der Photographie für politische Zwecke. „I'd like the people in the relief administration ... to see what the rural conditions are like. My words won't be enough to show the conditions visually and accurately.“ (Goldberg 1991:178) Auf Taylor's Betreiben wurde Dorothea Lange bei der SERA angestellt. Ihre Photos beeindruckten die Regierungskommissionen in Washington dermaßen, dass Unterstützungsmaßnahmen für die Landbevölkerung beschlossen wurden.

Wirtschaftsgeschichtliche Themen in der Unterstufe – die Themenwahl

Die Ausstellung schien uns ein guter Ausgangspunkt für eine genauere Auseinandersetzung mit der amerikanischen Geschichte zu sein, speziell vor allem mit der Weltwirtschaftskrise und deren Bewältigung. Im durchschnittlichen Geschichtsbuch findet man zu diesem Thema höchstens eine Seite, wie ja generell der Wirtschaftsgeschichte nur ein sehr geringer Anteil am Lehrstoff zugestanden wird. So wird z.B. im Rahmen des Themenbereichs Industrialisierung zwar die Entstehung von Wirtschaftssystemen wie beispielsweise die kapitalistische Produktionsweise behandelt, oftmals werden aber die Grundlagen und Auswirkungen nicht genauer analysiert.

Wir wussten jedoch aus den Diskussionen mit unseren SchülerInnen, dass sie großes Interesse daran zeigten, welche Zusammenhänge zwischen politischer und wirtschaftlicher Entwicklung eines Landes bestehen, und auf welche Weise durch politische Eingriffe wirtschaftliche Probleme gemildert werden können. Auch die Frage, wie sich der österreichische Weg zur Bewältigung der Weltwirtschaftskrise vom amerikanischen unterscheidet, wurde von den SchülerInnen aufgeworfen.

Anliegen unserer Auseinandersetzung mit dem Thema war es daher, den SchülerInnen nicht nur einen Einblick in die wirtschaftliche Entwicklung der USA in den 20er und 30er Jahren zu ermöglichen, sowie die Merkmale, die zum Zusammenbruch der Weltwirtschaft führten, und die Folgen der Krise darzustellen, sondern auch die Verflechtung von wirtschaftlichen, sozialen und politischen Erscheinungen – wie Überproduktion und sinkende Nachfrage, Aktienverfall und Börsenkrach, Arbeitslosigkeit und Massenelend, staatliche Intervention und New Deal – aufzuzeigen. So entschlossen wir uns, dies in Form von fächerübergreifendem offenen Lernen aufzubereiten.

Das didaktische Konzept – fächerübergreifendes offenes Lernen (OL)

Der fächerübergreifende Unterricht ist im Lehrplanentwurf 1999 folgendermaßen verankert:

„der Schule [sind] Aufgaben gestellt, die sich nicht einem einzigen Unterrichtsgegenstand zuordnen lassen, sondern nur im Zusammenwirken mehrerer Unterrichtsgegenstände zu bewältigen sind. ... Dabei erfolgt eine Bündelung von allgemeinen und fachspezifischen Zielen unter einem speziellen Blickwinkel, wodurch es den SchülerInnen ermöglicht wird, sich Wissen in größeren Zusammenhängen selbständig anzueignen. ... Bei fächerübergreifender Unterrichts-

gestaltung steht ein komplexes, meist lebens- oder gesellschaftsrelevantes Thema oder Vorhaben im Mittelpunkt. Die einzelnen Unterrichtsgegenstände haben im integrativen Zusammenwirken – z.B. im Sinne des Projektunterrichts – ihren themenspezifischen Beitrag zu leisten.“

Die Zielsetzung dieser Unterrichtsform, nämlich Sinnzusammenhänge herzustellen, die die Fächergrenzen überschreiten, wird von den SchülerInnen erkannt und auch geschätzt, wie aus den folgenden Feedbackausschnitten zu erkennen ist:

„Man behandelt das Thema von verschiedenen Seiten, z.B. mathematisch, kulturell ... das ist gut.“

„Das fächerübergreifende OL ist gut, weil man gleichzeitig alle Fächer hat. Die Informationen aller Fächer sammelt man, kann sie verknüpfen und lernt dabei viel mehr. Man hat auch mehr Lehrer zur Verfügung.“

„Man kann zu dem Thema viel mehr machen und hat auch mehr Möglichkeiten zu wählen, was man als nächstes machen möchte – es wird nicht langweilig.“

Diese Aussagen stammen aus jener Klasse, mit der wir das Thema bearbeiten wollten, der 4A des GRg X., Laaer Bergstraße. Diese neusprachliche Klasse (35 SchülerInnen) wird seit der 5. Schulstufe konsequent mit offenen Lehrformen unterrichtet und ist daher sehr OL-erfahren und engagiert.

Die Planungstreffen

Vorbereitet wurden die zwei Tage, die wir für das Thema geplant hatten, von den Lehrerinnen für Englisch, Geographie, Mathematik, Deutsch und Geschichte, wobei wir auch den Bereich Photographie abzudecken versuchten, da sich die Kollegen von Bildnerischer Erziehung nicht beteiligen konnten. Die Planungstreffen dienten der Themenabstimmung und der Materialauswahl. Dabei konnten

wir für den statistischen Bereich die Unterstützung des Institutes für Wirtschafts- und Sozialgeschichte der Universität Wien in Anspruch nehmen. Wir entschieden uns, einen Halbtage direkt in der Ausstellung zu arbeiten und an einem weiteren Halbtage in der Schule die Ergebnisse zusammenzufassen. Weiters galt es eine ausgewogene Mischung aus Pflicht- und Wahlaufgaben zu finden, um jeder Schülerin/jedem Schüler die Möglichkeit zu geben, nach eigenen Interessen zu arbeiten.

Der Ablauf

Erwartungsvoll fanden sich die SchülerInnen am 1. Juni 99 zum verabredeten Zeitpunkt im Adolf Czettel Bildungszentrum ein. Sie hatten René Gadsden, die sie durch die Ausstellung führte, bereits während eines früheren Lehrausgangs kennen gelernt und waren von ihrer Art, eine Ausstellung zu präsentieren, begeistert gewesen.

Auch diese Führung, obwohl in englischer Sprache, war für die Jugendlichen ein Erlebnis. Lebhaft, immer wieder auf den SchülerInnenalltag zurückgreifend, klar in der Sprache und genau den Ton treffend, konnte René alle für die Thematik begeistern.

Nach der etwa einstündigen Führung bekamen die SchülerInnen eine weitere Unterstützung durch Frau Hubmann, die Schülergruppen normalerweise anschließend an die Führung durch die Ausstellung in einem Workshop zum Thema betreut. Sie erklärte sich bereit, während unseres Stationenbetriebs den SchülerInnen die Entwicklung der Dokumentarphotographie zu erklären. In Kleingruppen stellten die Jugendlichen nach der Ausstellungsführung einen kleinen Fragenkatalog zusammen, und Frau Hubmann gab mit großer Geduld Auskunft. Anhand einiger Episoden aus dem Leben Dorothea Langes wurde den SchülerInnen so vermittelt, dass die Aussagekraft ihrer Photos beispielsweise die California



Gesprächsrunde mit Frau Hubmann

Relief Administration dazu bewogen hatte, spontan \$20.000 für den Bau von Sanitäreinrichtungen in den Lagern für Wanderarbeiter zur Verfügung zu stellen.

Entsprechend unseres didaktischen Konzepts sollten für die SchülerInnen die gebotenen theoretischen Informationen durch die Betrachtung der Photographien anschaulicher werden. Sie hatten daher den Auftrag, wiederholt zu den Photos von D. Lange zurückzukehren, um das, was sie bei den einzelnen Stationen erarbeitet hatten, auch in den Photographien wieder zu finden.

Im Folgenden sollen nun die Stationen und ihre Lernziele näher

Babsi wählte dieses Photo für den inneren Monolog



erläutert werden. Beim offenen Lernen werden die Lernangebote in Pflicht- und Wahlaufgaben eingeteilt und in unterschiedlich gestalteten Arbeitsplänen ausgewiesen. Die Überschriften und Anweisungen, die direkt um das Photo (siehe Seite 33) gruppiert sind, wurden den SchülerInnen als Pflichtaufgaben vorgeschrieben. Die Anordnung der übrigen Aufgaben ergibt Themenblöcke zueinander passender oder aufeinander aufgebauter Übungen, die den SchülerInnen auf einen Blick zeigen, wo sie Vertiefungsangebote finden können.

Englisch Pflichtaufgaben:

Die wohl bekannteste literarische Auseinandersetzung mit den Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise ist John Steinbecks Roman *The Grapes of Wrath*. Steinbeck hatte auf wochenlangen Reisen sehr gründlich die Lebensbedingungen der sogenannten „Okies“, der Wanderarbeiter, recherchiert. Er schildert anhand des Schicksals der Joad Family in überaus realistischer Weise, wie die Bauern aus dem Mittelwesten ihr Land sukzessive an Großbanken verloren, wie die Staubstürme die Felder vernichteten, und welche Hoffnungen auf ein besseres Leben in Kalifornien zur Landflucht führten. Stilistisch und auch im Umfang ist dieses Werk keinesfalls als Schullektüre geeignet. Die SchülerInnen erhielten jedoch ein paar besonders eindrucksvolle Textausschnitte aus *The Grapes of Wrath*, die sie in richtiger Reihenfolge in eine Zusammenfassung des Romanhintergrunds, sozusagen als „Quellentexte“, einfügen sollten. Die Ausschnitte waren so gewählt, dass je eine Photographie aus der Dorothea Lange Ausstellung als Illustration des Textes verwendet werden konnte. Als Hausübung verfassten die SchülerInnen einen inneren Monolog aus der Sicht einer der auf den Fotos dargestellten Personen.

Bei der zweiten Pflichtstation, genannt *The New Deal*, mussten

sich die SchülerInnen mit einem Lesetext auseinandersetzen, der die Folgen des „Wall Street Crashes“ behandelte. In diesem Text wurde das Ansteigen der Arbeitslosenrate beschrieben, dann ganz knapp auf den Keynesianismus eingegangen und die diversen Maßnahmen im Rahmen des New Deal detailliert vorgestellt. Zur Sicherung des Lernertrags stand den SchülerInnen eine Nagelbrettaufgabe zur Verfügung, bei der sie Begriffe und deren Definitionen zuordnen mussten.

Wahlaufgaben:

Im Geschichteunterricht der Vorwoche wurden mit Hilfe der Texte aus dem Lehrbuch „Einst und Heute 4“ (Seite 16) die Ereignisse des Oktobers 1929 schon behandelt. Aus diesem Grund war es ausreichend, ein englisches Arbeitsblatt mit dem Titel *The Wall Street Crash* zu den Ursachen und prompten Folgen des Börsenkrachs als Wahlstation anzubieten. Zahlenmaterial zur Diskrepanz zwischen der Produktionssteigerung der 20er Jahre – am Beispiel der Autoindustrie oder der Erzeugung von Waschmaschinen – und den niedrigen Durchschnittslöhnen wurde analysiert und in Diagramme übertragen. Ausschnitte aus Augenzeugenberichten vom 24. und vom 29. Oktober sollten den SchülerInnen das Ausmaß der Krise klarmachen. Dazu passend konnten die SchülerInnen in einer weiteren freiwilligen Aufgabe das bekannte Lied *Buddy, Can You Spare a Dime* anhören.

Let Us Now Praise Famous Men, so der Titel der dritten Wahlaufgabe, stellte einen weiteren Dokumentarphotographen der Farm Security Administration vor, der das Schicksal der Landbevölkerung darstellte. Walker Evans hatte 1936 gemeinsam mit dem Schriftsteller James Agee einige Wochen unter dem Dach von Kleinpächtern in Alabama zugebracht, um ihre Lebenssituation am Rande des Existenzminimums, als wandernder Sozialhistoriker,

wie er selbst sagt, zu beschreiben. *Let Us Now Praise Famous Men*, die daraus entstandene Studie, ein Photoband von Walker Evans und ein kurzer Informationstext über die Hintergründe dazu standen den SchülerInnen als Impulse für ein Partnergespräch zur Verfügung.

Geographie

Da innerhalb der Englisch-Stationen die Ursachen, die zum Börsenkrach 1929 führten und auch die staatliche Interventionspolitik Roosevelts erarbeitet wurden, beschränkte sich das Geographiematerial auf die Beschreibung einiger Merkmale der Krise in der Landwirtschaft (Nutzungswandel und ökologische Folgen) und konkrete Beispiele aus den New Deal Programmen. All dies – Staubstürme, Wanderarbeiter mit vollgepackten Lastwagen auf der Route 66 oder Obstpflücker – war auch in den Photos der Ausstellung sichtbar.

Pflichtaufgaben:

Unter dem Titel *Die ökologische Katastrophe* erarbeiteten sich die SchülerInnen in Form eines Laufdikts das Wissen über die labilen natürlichen Voraussetzungen, die eine Steppe für eine eventuelle landwirtschaftliche Nutzung bietet. Definitionen, die von den SchülerInnen anschließend verfasst wurden, dienten der Stoffsicherung.

Eine zweite Pflichtstation verlangte von den SchülerInnen Textanalysen eines wissenschaftlichen Berichts, eines Schulbuchtexes und eines Zeitungsartikels, die auf unterschiedliche Weise über das Thema *Staubstürme* informierten. Ziel der Analysen war es Sachinformationen heraus-



Nagelbrettaufgabe im Teamwork

zuarbeiten und Stilunterschiede festzuhalten. Der zu ergänzende Lückentext beinhaltete die Kurzinformation zum Thema.

Bei der dritten Pflichtstation wurden jene Schutzmaßnahmen, die unter dem Titel *Soil Conservation Service* propagiert wurden und die das Ziel hatten, den Verlust von fruchtbarem Ackerboden zu reduzieren, erarbeitet. Dazu waren Fachausdrücke den dazu passenden Bildern zuzuordnen und ein kurzer Text zu ergänzen.

Wahlaufgabe:

Texte über die *Tennessee Valley Authority* aus der Encharta 97, der Geographischen Rundschau Heft 35/83 und der Praxis Geographie Heft 11/82 gaben den SchülerInnen ausreichend Informationen zur Gestaltung eines Werbeplakats.

Bildnerische Erziehung

Ein in sich fächerübergreifendes Angebot stellte der Bildband „Der Mensch auf seiner Erde“ dar, da die Luftaufnahmen zum Kapitel „Landschaft aus Bauernhand“ zum Nachdenken über *Kunst auf Feldern* anregte. Beeindruckende Flugaufnahmen zeigen einerseits besonders schöne Feldformen, machen andererseits aber auch deutlich, welche naturräumlichen Gegebenheiten bei der landwirtschaftlichen Nutzung berücksichtigt werden müssen.

Bei den Stationen aus Mathematik, Deutsch und Geschichte ging es vor allem darum, österreichische Parallelen zur genau analysierten Entwicklung in den USA aufzuzeigen.

Mathematik

Die Grundidee der mathematischen Sequenz war die Auseinandersetzung mit statistischem Zahlenmaterial und den daraus errechneten Quoten, mit denen häufig in Entwicklungsprozessen argumentiert wird.

Pflichtaufgabe:

Themen der beiden Pflichtaufgaben waren die *Arbeitslosenraten* und die *Produktionsraten*. Die Arbeitsblätter dazu beinhalteten die Aufgabe, Daten aus unterschiedlich verfassten und aufgebauten Tabellen dem Arbeitsauftrag entsprechend herauszufiltern und in einem Diagramm graphisch darzustellen. Weiters sollten mit Beobachtungsfragen zu markanten Verläufen in bestimmten Jahren Verbindungen zu Inhalten aus anderen Fächern hergestellt werden. Ebenso sollten umgekehrt aus Graphiken in englischer und deutscher Sprache Daten abgelesen und tabellarisch erfasst werden bzw. die Informationen in Lückentexten verarbeitet werden.

Wahlaufgabe:

In Form von Graphiken und Zahlenmaterial konnten von den SchülerInnen auch die *Beschäftigungsdaten* erarbeitet und verglichen werden.

Geschichte

Pflichtaufgabe:

Da im Unterricht die Zwischenkriegszeit in Österreich schon behandelt worden war, wurde in dem Arbeitsblatt *Die Wirtschaft Österreichs in der Zwischenkriegszeit* besonders viel Wert darauf gelegt, den SchülerInnen die Maßnahmen des österreichischen Staates zur „Linderung“ der Krise darzulegen und sie zum Vergleich mit den Maßnahmen Amerikas anzuregen. Ein Kreuzworträtsel zum Text diente zur selbstständigen Lernkontrolle durch die SchülerInnen.

Deutsch

Wahlaufgabe:

Die Aufarbeitung der Weltwirtschaftskrise in Österreich aus literarischer Sicht konnte den SchülerInnen in Form eines Textauschnittes aus Karl

Brunngrabner: *Karl und das 20. Jahrhundert* näher gebracht werden. Das Kapitel *1930–31: Der gepflasterte Weg zur Hölle* liefert eine Reihe von Informationen über die Situation eines Arbeitslosen in Wien. Mit Hilfe einiger Fragen zum Text war es den SchülerInnen möglich, wichtige allgemein gültige Merkmale aus dem erzählenden Text herauszufiltern.

Aufarbeitung in der Schule

Da das Material zum Thema sehr umfangreich war, konnte am folgenden Tag in der Schule nachgearbeitet, sortiert, zusammengefasst werden. Die abschließende Feedbackrunde zeigte uns, dass die SchülerInnen das Thema angenommen hatten und ihren eigenen Lernertrag sehr hoch einschätzten. Allerdings kritisierten sie, wie fast immer bei solchen Gelegenheiten, dass ihnen die Zeit knapp geworden war und sie manches gerne ausführlicher erforscht hätten.

Resümee

Insgesamt gesehen hat uns diese Unterrichtssequenz wieder deutlich gezeigt, wie günstig sich das Arbeiten an außerschulischen Lernorten, in diesem Fall in einer Ausstellung, auf die Motivation und den Lernerfolg der SchülerInnen auswirkt. Natürlich waren einige Voraussetzungen gegeben, die uns die Planung erleichterten. Ein gut aufeinander eingespieltes Lehrerinnenteam, hilfreiche Unterstützung durch die AK-MitarbeiterInnen und Zugang zu Materialien des Instituts für Wirtschafts- und Sozialgeschichte waren wichtige Grundlagen. Unser Konzept war relativ aufwendig, es ist aber mit guten Kopien der Photographien und der Hilfe der KollegInnen aus Bildnerischer Erziehung sicher auch vereinfacht durchführbar. Die Arbeit in der Ausstellung ermöglichte eine stimmige Sichtweise des Themas, das auf diese Weise nicht als trocken und langweilig empfunden wurde,

sondern den Jugendlichen ebenso lebensnah wie lebendig erschien.

LITERATUR

V. GOLDBERG, *The Power of Photography. How Photographs Changed Our Life*. New York 1991.

Dorothea Lange. Katalog zur Ausstellung in der Kammer für Arbeiter und Angestellte (AK) Wien im Adolf Czettel-Bildungszentrum. Hg.: Galerie Bilderwelt, Reinhard Schultz. Berlin 1999.

¹ Dorothea Lange. Katalog zur Ausstellung in der Kammer für Arbeiter und Angestellte (AK) Wien im Adolf Czettel-Bildungszentrum vom 11. März bis 30. Juni 1999.

Klaus Edel

Die Weltwirtschaftskrise

Vorschläge für den Unterricht

Meldungen über die hohe Arbeitslosigkeit in Deutschland, Wirtschaftskrisen in Ostasien, Russland bzw. Brasilien, die Entkoppelung von Wirtschaftswachstum und Beschäftigung oder steigenden Rechtsradikalismus haben in den letzten Jahren, insbesondere in der Siebenten Klasse, das Interesse an der ausführlicheren Behandlung der Weltwirtschaftskrise bewirkt. Bezugnehmend auf die Beiträge von Dieter Stiefel, Verena Pawlowsky und Gerd Hardach sowie als Ergänzung zu dem vorgestellten Unterrichtsprojekt von Beatrix Mandl und Hanna-Maria Suschnig, sollen die nachfolgenden Quellen und Arbeitsfragen einige Anregungen für den Unterricht bieten. Ideal wäre in der 7. Klasse ein fächerübergreifender Unterricht mit Geographie und Wirtschaftskunde zu diesem Thema.

Die Krise in den USA

Q1 Beispiellose Panik an der New Yorker Börse

Unter panikartigem Verlauf fielen auf der heutigen Börse die Aktien um Beträge bis zu 50 Dollar. Der Umsatz erreichte 18,881.000 Aktien, eine

noch nie dagewesene Erscheinung, da sich die bisherigen Höchstumsätze auf 6,000.000 beliefen. ...

(*Reichspost*, 25. Oktober 1929)

Chr. Klusacek, K. Stimmer (Hg.): *Dokumentation zur Österreichischen Zeitgeschichte 1928–1938*. Wien 1982, S. 87

Q2 Der Krach an der New Yorker Börse

Wallstreet erlebte gestern seinen schwärzesten Tag seit einer Reihe von Jahren. Das in lang anhaltender Hausseperiode aufgebaute Kursgebäude brach mit einem Schlag zusammen ... Man schätzt, daß wenigstens 50.000 kleinere Spekulanten so gut wie ruiniert sind und die Gesamtverluste viele Milliarden betragen....

(*Reichspost*, 26. Oktober 1929)

Chr. Klusacek, K. Stimmer. (Hg.): *Dokumentation zur Österreichischen Zeitgeschichte 1928–1938*. Wien 1982, S. 87

Q3 9981 Banken in Amerika zusammengebrochen

(*Arbeiter-Zeitung*, 25. Dezember 1930)

Chr. Klusacek, K. Stimmer (Hg.): *Dokumentation zur Österreichischen Zeitgeschichte 1928–1938*. Wien 1982, S. 88

Q4 Aus der Biographie v. James P. Warburg

„Während des Zusammenbruchs des Aktienmarktes arbeiteten wir Tag und Nacht und versuchten, so viele Kunden wie möglich zu halten. Tag für Tag wurden weitere Maklerfirmen zahlungsunfähig. Zweimal habe ich Männer aus Fenstern der Wall Street springen sehen. Andere erschossen sich, hatten Nervenzusammenbrüche oder Herzattacken.“

F. Göbhart, E. Chvojka: *Geschichte und Sozialkunde*, 8. Klasse. Wien 1973, S. 89

A1 Warum kam es zum Ausbruch der Wirtschaftskrise in den USA?

Die Funktion der Börse

Was versteht man unter Hausse und Baisse?

Was versteht man unter Boom?

Warum kommt es zu den Bankzusammenbrüchen?

Die Auswirkungen der Krise in den USA

Q5 Der amerikanische Wirtschaftswissenschaftler Galbraith über die Krise

Gemessen an ihrer Dauerwirkung auf Handlungen und Haltungen ist die Wirtschaftskrise neben dem Bürgerkrieg zweifellos eines der beiden wichtigsten Ereignisse der amerikanischen Geschichte seit der Revolution. Für die große Mehrzahl der Amerikaner war der Zweite Weltkrieg im Vergleich dazu fast ein beiläufiges und angenehmes Ereignis“ (J. K. Galbraith: *American Capi-*

talism, 1956, in F. Freidel, N. Pollock: American Issues in the Twentieth Century, Chicago 1966, S. 216
H. D. Schmid: Fragen an die Geschichte 4. Frankfurt a. M. 1990⁴, S. 98

Q6 Amerika im Jahr 1932

„Wenn man durch eine amerikanische Stadt ging, waren die Anzeichen der Krise für das flüchtige Auge kaum sichtbar, jedenfalls nicht auffällig. Man konnte bemerken, daß viele Läden geschlossen waren und Schilder an verstaubten Fenstern darauf hinwiesen, daß sie zu verpachten wären, daß wenige Schornsteine rauchten; daß auf der Straße weniger Lastwagen fuhren. ...

Die wichtigsten Auswirkungen der Krise waren meist negativer Art und sprangen nicht ins Auge. Wer aber wußte, wo es hinzusehen galt, der würde doch einiges zu Gesicht bekommen. Erstens, in ärmeren Vierteln die Menschenschlangen vor der Brotausgabestelle. Zweitens, ... Bretterbuden, in denen Menschen, manchmal ganze Familien Ausgewiesener auf Autositzen schliefen, die sie aus Autofriedhöfen geholt hatten, und die sich an Abfallfeuern in Mülltonnen wärmten. Drittens, die Obdachlosen, die in Hauseingängen oder auf Parkbänken schliefen oder von Restaurant zu Restaurant zogen, um ihr Dasein mit halbgeessenen Brot- oder Kuchenresten oder irgend sonstwas zu fristen. Viertens, die gewaltig angewachsene Zahl von Anhaltern auf den Überlandstraßen und besonders die vielen blinden Passagiere auf den Güterwaggons der Eisenbahnen: eine ganze Armee ziellos Umhergetriebener, irgendwie auf der Suche nach einem Ort, wo es einen Job geben könnte ...“

F. L. Allen: Since Yesterday, 1940, in: L. D. Rubin, R. H. W. Dillard: The Experience of America. London 1969, S. 341ff

H. D. Schmid: Fragen an die Geschichte 4. Frankfurt a. M. 1990⁴, S. 98f

Q7 Aus der amerikanischen Zeitschrift Fortune

„Eine Stichprobe in zwölf Wohnungen der Stadt Benton zeigte: kein Geld, abgetragene Kleidung, von ‚unnötigem‘ Mobiliar entblößte Häuser, aus Mehl bereitete Gerichte, abgeehrte Eltern, unterernährte Kinder, unbezahlte Mieten und durchschnittliche Verschuldung der Familien von 300 Dollar für Lebensmittel und ...

So geht es ... zu den Farmen, wo die Häute einer Wagenladung Vieh kaum ein paar Schuhe erbringen und die Traktoren auf den Feldern verrostet ...

Die wiederholte Feststellung, daß Hunderttausende von Menschen sich mit zum Unterhalt ungenügender Arbeitslosenunterstützung vor dem Verhungern sahen oder sehen, erzeugt lediglich Ungläubigkeit. ‚Sie sind noch nicht verhungert‘, bemerkt der Leser. ‚Sie werden schon irgendwie zurechtkommen.‘ ...“

F. Göbhart, E. Chvojka: Geschichte und Sozialkunde, 8. Klasse. Wien 1973, S. 91

A2 Wer sind die Betroffenen der Krise?

Wie wirkt sich die Krise national/international aus?

Warum kommt es zur internationalen Krise?

Warum spricht man in den USA von der Great Depression?

Wieso kann Galbraith behaupten, dass die Krise einen großen Teil der amerikanischen Bevölkerung mehr betroffen hat als der Zweite Weltkrieg?

New Deal

Q8 Aus der Rede von F. Roosevelt zur Amtseinführung v. 4. 3. 1933

„Unsere größte und vordringliche Aufgabe ist es, der Bevölkerung Arbeit zu verschaffen. Dieses Problem ist ... zum Teil zu bewältigen durch direkte Anwerbung von Arbeitskräften seitens der Regierung selbst, indem wir diese Aufgabe wie den Notstand eines Krieges behandeln, dadurch aber gleichzeitig dringend benötigte Projekte durchführen, die die Nutzung unserer Naturschätze anregen und

reorganisieren ... Abhilfe kann auch geschaffen werden durch zentrale Planung und Überwachung von Transport und Verkehr in all ihren Formen sowie sonstiger Einrichtungen eindeutig öffentlichen Charakters ...“

H. S. Comager: Documents of American History II. New York 1973⁹, S. 241

H. D. Schmid: Fragen an die Geschichte 4. Frankfurt a. M. 1990⁴, S. 100

A3 Welche Ziele im magischen Vieleck sollen mit der New Deal Policy verwirklicht werden?

Mit welchen Mitteln möchte Roosevelt diese Ziele erreichen?

Wie verändern sich die Instrumente der Wirtschaftspolitik gegenüber der Hoover-Administration?

Wann galt der New Deal als abgeschlossen?

Können die konjunkturpolitischen Ziele erreicht werden?

Welche Rolle spielt der Supreme Court in dieser Epoche?

Die Krise in Österreich

Q9 Nationalrat

„... Abg. Dr. Danneberg verweist darauf, daß im Budget für das Jahr 1931 Investitionen im Betrage von 171,6 Millionen Schilling, das ist um 18,3 Millionen Schilling weniger als im vergangenen Jahr, vorgesehen sind ... Das ist eine bedauerliche Entwicklung und eine Befruchtung des Wirtschaftslebens kann man von einer solchen Politik nicht erwarten ...“

(Wiener Zeitung, 9. Jänner 1931)

Chr. Klusacek, K. Stimmer (Hg.): Dokumentation zur Österreichischen Zeitgeschichte 1928–1938. Wien 1982, S. 88

Q10 Bundeshilfe für die Credit-Anstalt

„Amtlich wird verlautbart: Die Direktion der österreichischen Credit-Anstalt für Handel und Gewerbe hat der Bundesregierung mitgeteilt, daß wie sich bei der Aufstellung der Bilanz für das Geschäftsjahr 1930 ergeben hat, außerordentliche Verluste in der Höhe von insgesamt 140 Millionen Schilling eingetreten sind.

Diese Verluste sind zurückzuführen auf die Fusion mit der Boden-Creditanstalt, auf die Entwertung der Effekten-Portfeuillees sowie auf die notwendigen Abschreibungen bei den Debitoren. Diese Lage erheischte ein sofortiges Einschreiten der Bundesregierung, um die gesamte österreichische Wirtschaft vor den unabsehbaren Folgen, die sich aus einem Versagen der Credit-Anstalt hätten ergeben müssen, rechtzeitig und wirksam zu schützen. Die in den letzten drei Tagen ununterbrochen geführten Verhandlungen der Regierung mit allen in Betracht kommenden Faktoren haben zu einem vollen Erfolg geführt. Unter gleichzeitiger Herabsetzung des Aktienkapitals der Credit-Anstalt um 25 Prozent werden der Anstalt neue Mittel in einem solchen Maße zugeführt, daß der eingetretene Verlust zur Gänze gedeckt und das bisherige Eigenvermögen von 165 Millionen Schilling nicht nur wiederhergestellt, sondern sogar vermehrt wird. An der Aufbringung der zu diesem Zwecke erforderlichen Mittel beteiligen sich der Bund mit 100 Millionen Schilling, die Nationalbank und das Haus Rothschild mit je 30 Millionen Schilling ...“

(*Wiener Zeitung*, 13. Mai 1931)

Chr. Klusacek, K. Stimmer (Hg.): *Dokumentation zur Österreichischen Zeitgeschichte 1928–1938*. Wien 1982, S. 88f

Q11 Die Insolvenz des Bankhauses Auspitz, Lieben und Comp.

„... Zu den Geschädigten, die in den letzten 48 Stunden Anzeigen erstatteten, gehört auch Burgschauspieler Otto Treßler, der das Vermögen seiner unmündigen Kinder im Betrage von 100.000 Schilling ihrem Vormund Stephan Auspitz übergab, der auf die Aufforderung nach Rückstellung der Gelder erklärte, daß er außerstande sei, diese Beträge zurückzuerstatten.“

(*Wiener Zeitung*, 7. Juni 1931)

Klusacek Chr., Stimmer K. (Hg.): *Dokumentation zur Österreichischen Zeitgeschichte 1928–1938*. Wien 1982, S. 90

Q12 Wilde Demonstrationen gegen Funktionäre der Dürnkruiter Sparkasse

„Der Zusammenbruch der Dürnkruiter Sparkasse, durch den die Bauern des Marchfeldes schwer geschädigt wurden, hat gestern zu einer Demonstration in Dürnkрут geführt. Nach einer Versammlung der Einleger ... zogen viele Versammlungsteilnehmer zur Gastwirtschaft Andree, der ein leitender Funktionär der Dürnkruiter Sparkasse ist. Die aufgeregte Menge bombardierte das Haus mit Steinen und binnen weniger Minuten waren sämtliche Fensterscheiben des Hauses eingeschlagen. Einige Demonstranten stiegen auf das Dach des Hauses und demolierten es vollständig. Während der Plünderungen erscholl aus der Menge plötzlich der Ruf, man möge zum Haus des Professors Seehofer, dem Obmannstellvertreter der Dürnkruiter Sparkasse, ziehen. Die Menge folgte dieser Aufforderung und stürmte das Haus.“

(*Arbeiter-Zeitung*, 23. Juli 1931)

Chr. Klusacek, K. Stimmer (Hg.): *Dokumentation zur Österreichischen Zeitgeschichte 1928–1938*. Wien 1982, S. 91

Q13 Tragödie der Not

„Gestern abends ist in der Schüttaustraße die 37jährige Paula Prokop infolge vollständiger Entkräftung und Unterernährung auf offener Straße bewußtlos zusammengestürzt und mußte durch die Rettungsgesellschaft nach Hilfeleistung in das Franz-Josefsspital gebracht werden. Die Frau, Mutter von vier minderjährigen Kindern, lebte mit ihrem arbeitslosen Gatten, der keinerlei Unterstützung mehr bezieht, in der Pöchlarnstraße 7 in den kümmerlichsten Verhältnissen und litt bitterste Not.“

(*Kronen Zeitung*, 8. Dezember 1933)

Chr. Klusacek, K. Stimmer (Hg.): *Dokumentation zur Österreichischen Zeitgeschichte 1928–1938*. Wien 1982, S. 313

A4 Welche Rolle versucht Wien nach 1918 zu spielen und was hat dies für Konsequenzen?

Welche Faktoren spielen als Ursache für die Krise in Österreich eine Rolle?

Wen trifft die Krise?

Wie reagiert die Bevölkerung auf die Krise?

Q14 Die Nachverzollung von Kaffee und Tee

„Es wird neuerlich darauf aufmerksam gemacht, daß die ... Vorräte an Kaffee und Tee nach dem Stande vom 30. Juni d. J. einem Nachzoll von S 1.44 pro Kilogramm Kaffee (roh oder gebrannt) und S 2.60 pro Kilogramm Tee unter liegen ... Nachzollfrei bleiben nur die Vorräte in Privathaushalten, wenn sie 5 Kilogramm Kaffee und 1 Kilogramm Tee nicht übersteigen ...“

(*Wiener Zeitung*, 2. Juli 1931)

Chr. Klusacek, K. Stimmer (Hg.): *Dokumentation zur Österreichischen Zeitgeschichte 1928–1938*. Wien 1982, S. 90

Q15 Freiwilliger Arbeitsdienst

„Amtlich wird verlautbart: Das Bundesministerium für Soziale Verwaltung hat alle Industriellen Bezirkskommissionen beauftragt, die Arbeitsämter anzuweisen, zu allen Arbeiten an Bundesstraßen, die mit entlohnten Arbeitskräften ausgeführt werden, nur Personen im Alter von mehr als fünfundzwanzig Jahren zuzuweisen, da für jüngere Arbeitslose in erster Linie der Freiwillige Arbeitsdienst in Betracht kommt ...“

(*Arbeiter-Zeitung*, 23. Juli 1933)

Chr. Klusacek, K. Stimmer (Hg.): *Dokumentation zur Österreichischen Zeitgeschichte 1928–1938*. Wien 1982, S. 314

Q16 Die Wahrheit über den Freiwilligen Arbeitsdienst

„Wenn zum Beispiel zu einer Flußregulierungsarbeit Arbeitsdienstfreiwillige verwendet werden, von denen 3 Prozent Akademiker und Hochschüler, 4,8 Prozent Beamte und Mittelschüler (unter ihnen sogar zwei Musiker), 9,1 Prozent Verkäufer, Kellner, Handelsangestellte und Köche, 33 Prozent Professionisten, die nicht aus dem Baugewerbe kommen (Schneider, Schuster,

Goldarbeiter, Friseur, Stricker, Tapezierer, Kürschner), 34, 1 Prozent Hilfsarbeiter und nur 16 Prozent Professionisten aus dem Baugewerbe sind, ist es kein Wunder, wenn in dem offiziellen Bericht über die Leistungen der Arbeitsdienstler darauf verwiesen wird, daß die Leistungen außerordentlich schwanken und im allgemeinen sehr gering sind ...

Einer der offiziellen Berichte über die Erfahrungen mit dem Freiwilligen Arbeitsdienst bei einer Flußregulierungsarbeit stellt fest, daß der Erdaushub von einem Kubikmeter Erde 2,70 Schilling kostet. Im Gegensatz zu diesem verhältnismäßig sehr hohen Kostensatz betrug der Einheitspreis für einen Kubikmeter Erdaushub an derselben Stelle bei einem Privatunternehmer, der mit vollentlohten Arbeitern arbeitete, nur 2,10 Schilling. Diese Arbeit wurde mit den Mitteln der produktiven Arbeitslosenfürsorge durchgeführt. Damit ist der Beweis erbracht, daß der Freiwillige Arbeitsdienst trotz seiner sozialpolitisch höchst bedenklichen Methoden teurer ist, als zum Beispiel die Bauten mit Hilfe der produktiven Arbeitslosenfürsorge, bei der die Arbeiter ihren vollen kollektivvertraglichen Lohn bekommen ...“

(*Arbeiter-Zeitung*, 28. Dezember 1933)

Chr. Klusacek, K. Stimmer (Hg.): *Dokumentation zur Österreichischen Zeitgeschichte 1928–1938*. Wien 1982, S. 314f

Q17 Arbeitsdienstpflicht für Jugendliche!

„... Gestern ist eine kriegswirtschaftliche Notverordnung der Regierung der Regierung veröffentlicht worden,

durch die das vom Parlament beschlossene Gesetz über den Freiwilligen Arbeitsdienst abgeändert worden ist. Diese Verordnung enthält folgende sehr wichtige Bestimmungen: §7. Ledigen Arbeitslosen im Alter unter 25 Jahren, die von der Möglichkeit, sich im Freiwilligen Arbeitsdienst zu betätigen, ohne triftigen Grund keinen Gebrauch machen, kann nach den vom Bundesminister für soziale Verwaltung zu erlassenden Richtlinien die Notstandshilfe verweigert oder entzogen werden ...“

(*Arbeiter-Zeitung*, 30. Dezember 1933)

Chr. Klusacek, K. Stimmer (Hg.): *Dokumentation zur Österreichischen Zeitgeschichte 1928–1938*. Wien 1982, S. 315

Q18 Verordnung über das Doppelverdienertum

„... Unter den Abbau fallen Frauen, die im Dienst des Bundes, eines vom Bunde verwalteten Fonds (Wiener Krankenanstaltenfonds), des Kriegsgeschädigtenfonds, des Dorotheums und der Österreichischen Bundesbahnen stehen, jedoch nur unter der Voraussetzung, daß ihr Mann bei einem der angeführten Dienstgeber oder bei einem Land, einer Gemeinde, einer öffentlich rechtlichen Interessenvertretung (Kammer), bei einem Sozialversicherungsträger oder bei der Nationalbank bedienstet ist ...Die Verehelichung einer im aktiven Dienstverhältnis stehenden Frau wird künftig dem freiwilligen Dienstaustritt, beziehungsweise der Kündigung des Dienstverhältnisses gleichgehalten ...Von grundsätzlicher Bedeutung ist die neue Bestimmung des § 12 der Verordnung, wonach die Begründung einer Le-

bensgemeinschaft ohne Eheschließung ein Dienstvergehen bildet, das mit der Entlassung geahndet wird.“ (*Kronen Zeitung*, 16. Dezember 1933)

Chr. Klusacek, K. Stimmer (Hg.): *Dokumentation zur Österreichischen Zeitgeschichte 1928–1938*. Wien 1982, S. 313

A5 Wie verändert sich die österreichische Wirtschaftspolitik nach dem Ausbruch der Krise? Welche Ziele im magischen Vieleck möchte man erreichen? Wo gab es Zielkonflikte?

Mit welchen Maßnahmen möchte Österreich im Ständestaat die Wirtschaft wieder ankurbeln? Wo lagen die Grenzen und Probleme dieser Politik?

Welche Rolle sollte der Freiwillige Arbeitsdienst (FAD) spielen? An der Errichtung welches bekannten Wiener Bauwerkes war der FAD beteiligt?

Welches Konzept steckt hinter der Idee der Innenkolonisation? Wo lagen die Probleme der „Innenkolonisation“?

Was verstanden die Sozialdemokraten unter Verhinderung des Doppelverdienerwesens? Was wollen die Christlichsozialen mit der Doppelverdienerverordnung von 1933 erreichen?

A6 Was waren die Ursachen der Wirtschaftskrisen der 90er Jahre?

Mit welchen Instrumenten versucht man sie zu bekämpfen? Was hat sich gegenüber der Zwischenkriegszeit verändert?

Das Unterrichtspaket Geld und Währung der OeNB

Mehr als zwanzig Jahre hindurch brachte die Oesterreichische Nationalbank die Broschüre „Notenbank und Währung“ in jährlich immer wieder neu überarbeiteten Auflagen heraus, die für den Wirtschaftskundeunterricht der siebenten Klassen der AHS, aber auch für verschiedene Formen der BHS eine wesentliche Ergänzung darstellte.

1996 entschloss sich die OeNB, von der bisherigen Form abzugehen und ein Medienpaket „Geld und Währung“ herauszugeben. Da dieses Vorhaben nicht kurzfristig realisierbar war und gleichzeitig von Seiten der Schulen Nachfrage herrschte, erfolgte die Realisierung in mehreren Schritten. Im ersten erfolgte eine Aktualisierung sowie Erweiterung des bisherigen Inhalts, womit eine Aufteilung auf mehrere Broschüren sich als notwendig erwies. Großen Wert legte die Notenbank bei der Umsetzung des Vorhabens auf die Einsetzbarkeit im Unterricht.

Die erste Auflage 1997, die interessierten Schulen zugesandt wurde, beinhaltete folgende Titel:
„Das Geld“

„Umlauffahige österreichische Banknoten“

„Die neuen Schilling-Banknoten, Sicherheitstechnologie von morgen“

„Umlauffahige österreichische Scheidemünzen“

„Die Wirtschafts- und Währungsunion“

„Auf dem Weg zum EURO“

Der zweite Schritt, die Herausgabe einer Materialsammlung und eines Konzepts zur didaktischen Umsetzung, war abhängig vom Start der Europäischen Zentralbank und des EURO. Die konkreten Beschlüsse über das Verhältnis der EZB zu den nationalen Notenbanken, die notwendige Umstrukturierung der OeNB, die Nominierung der konkreten Teilnehmer an der Währungsunion und das Fixing der Wechselkurse mussten aus Aktualitatsgrunden abgewartet werden. Sie machten aber eine neuerliche Textüberarbeitung notwendig.

Mitte April 1999 stellte die Oesterreichische Nationalbank im Beisein von Frau Unterrichtsminister Gehrler sowie SchulerInnen von AHS und BHS das Unterrichtspaket „Geld und

Währung“ der Öffentlichkeit vor. Die Box beinhaltet mit Bildern und Graphiken illustrierte Broschüren zu den Themen

„Geld“

„Das österreichische Finanzwesen“
„Die Oesterreichische Nationalbank im Europäischen System der Zentralbanken“

sowie ein Glossar. Zu jedem der drei Texte existiert je eine Mappe mit Overheadfolien, didaktischen Vorschlägen und Schulerarbeitsblattern bzw. Spielvorlagen. Der vielseitige Didaktikteil, der als Anregung bzw. mögliche Anwendung verstanden werden soll, verweist immer auf die Alterstufe, für welche die jeweilige Einheit gedacht ist.

An jede AHS und HAK wurde ein Exemplar dieses Medienpakets ausgesandt, das auch einen Bestellbogen für Materialien enthält.

Für den Einsatz im Geschichts- und Sozialkundeunterricht eignen sich besonders die Kapitel „Geld“, „Währungsreform und Währungsumstellung“ sowie „Übergang zur europäischen Währungspolitik“. In den mit „Meilensteine der europäischen Integration“ und „Entscheidungsstrukturen in der Europäischen Union“ betitelten Abschnitten werden wesentliche Informationen über die Entwicklung und Organisation der Europäischen Union gegeben, die in der vierten und achten Klasse, aber auch im Wahlpflichtfach Verwendung finden können.

Liebe LeserInnen!

Die Redaktion der Beiträge zur Fachdidaktik musste in den letzten Jahren immer wieder eingelangte Artikel zurückbehalten, da die Seitenanzahl pro Heft aus Kostengründen nicht ausgeweitet werden konnte. Das Internet bietet nun einen Ausweg aus diesem Dilemma. Erstmals wurde zum Heft 3/1999 der Artikel von Franz Lux auf der Homepage des Vereins für Geschichte und Sozialkunde (www.univie.ac.at/wirtschaftsgeschichte/vgs) veröffentlicht. Beginnend mit dem Heft 1/2000 wird das Inhaltsverzeichnis der Beiträge zur historischen Sozialkunde um die Rubrik Internet erweitert und dort die auf der Homepage publizierten Artikel, Rezensionen, Hinweise auf Links etc. angeführt.

Englisch als Arbeitssprache in Geschichte in BHS

Englisch als Arbeitssprache wird auch in der BHS stark forciert, beson-

ders in den Handelsakademien, hier betrifft es vor allem die Wirtschaftspädagogen, aber auch Fächer wie Geschichte und Geographie. In den HTLs stehen vor allem Englisch im Technikunterricht und in Geschichte im Vordergrund. Zunächst ist vor allem an den Einsatz von HistorikerInnen mit Zweitfach Anglistik gedacht bzw. an Formen des fächerübergreifenden Unterrichts.

Die neue Reifeprüfung sieht die Möglichkeit von fächerübergreifenden Prüfungen, sowohl was die Technik als auch Geschichte betrifft, vor. Durch diese neue Möglichkeit kam es zur Forcierung von Englisch als Arbeitssprache im Unterricht, auch an HTLs. Vom BMUKA aus wird auch der Einsatz von Nichtanglisten in diesem Bereich begrüßt, laut Auskunft sollten gerade auch LehrerInnen mit anderen Fächern, allerdings mit ausgewiesener Sprachkompetenz, eingesetzt werden.

Entsprechende Lehrbücher gibt es im BHS-Bereich noch nicht, für den HAK-Bereich wurden allerdings von den LehrerInnen selbst schon Materialien entwickelt.

Im HAK-Bereich werden auch entsprechende vorbereitende Seminare in England angeboten. Der englischsprachige Geschichtsunterricht dient als Vorbereitung auf den Beruf, zur Erhöhung der Sprachkompetenz und zum Erwerb einer multiperspektivischen Geschichtsbetrachtung. Sinnvoll wird es sicher sein, anglophone Themen mit englischen bzw. amerikanischen Quellen darzustellen. Gerade in den technisch sehr gut ausgestatteten BHS bietet sich der Einsatz des Internet an.

Probleme:

Der ohnehin sehr dichte Lehrplan müsste auf Grund eines langsameren Vorgehens noch exemplarischer erfüllt werden.

Vor allem in der HTL ist die Sprachkompetenz der SchülerInnen in Englisch doch geringer als in einer AHS-Oberstufe.

Es gibt keine organisatorischen Rahmenbedingungen für fächerübergreifendes, projektorientiertes Arbeiten.

Es überwiegen aber sicher die positiven Seiten, wenn Englisch nur in

einzelnen Phasen, bei Themen der englischen oder amerikanischen Geschichte, zum Beispiel in der Quelleninterpretation, eingesetzt wird.

Auf unserer Schule (HTL Wien 10) haben heuer zwei Anglistinnen, die auch Geschichte haben, mit Arbeitssprache Englisch begonnen und bereits ein Unterrichtsprojekt zur Arbeitswelt (Industrialisierung) durchgeführt. Aus anfänglich großen Skeptikerinnen (wegen der sprachlichen Schwächen der SchülerInnen) wurden Befürworterinnen.

Publikationen zum Thema:

BMUK, Zentrum für Schulentwicklung, Bereich III (Fremdsprachen), MR. Dr. Dagmar Heindler, 8010 Graz, Hans Sachs-Gasse 3/1

Englisch als Arbeitssprache für Geschichte an Handelsakademien (Materialien zur Unterrichtsgestaltung), Seminarbericht, Februar 1998

Hyperlinks zum Bereich „Weltwirtschaftskrise – Globalisierungskrise“

UN-Human Development Report: <http://www.undp.org/hdro/>

UN - Development Indicators: <http://www.undp.org/hdro/indicators.html>

World Business Council for Sustainable Development: <http://www.wbcsd.ch/aboutus.htm>

Download-Bibliotheken der WTO: <http://www.wto.org/wto/ddf/ep/public.html> und <http://www.wto.org/wto/download/download.htm>

Internationaler Währungsfond, Sitemap: <http://www.imf.org/external/map.htm>

Dokumente-Download des IWF: <http://www.imf.org/external/what/what.htm#more>

Materialien der UNCTAD: <http://www.intracen.org/>

Materialien der UNCTAD: <http://www.imf.org/external/what/what.htm#mor>

Europ. Internet Network, Newsletter Subskript.: <http://www.einmedia.com/briefs/subscribe.php3/>

OECD-Statistiken: <http://www.oecd.org/statlist.htm>

Weltbank, Countries & Regions: <http://www.worldbank.org/html/extdr/regions.htm>

Weltbank, Länderdaten: <http://www.worldbank.org/data/>

Penn-World-Tables, Entwicklungsdaten, Univ. of Toronto: <http://cansim.epas.utoronto.ca:5680/pwt/docs/countries.html>

EU-Pressemitteilungen: <http://europa.eu.int/news-de.htm>

ZDF-Börsenglossar: <http://www.zdf.de/ratgeber/wiso/boerse/abc/15921/>

Dt. Inst. f. Wirtschaftsforschung (DIW), Weltwirtschaft im Aufschwung, 1/00: <http://www.diw-berlin.de/diwwbd/00-01-1.html>

DIW-Wochenberichte 1999: <http://www.diw-berlin.de/diwwbd/Inhalt.1999.html>

Finanzmärkte und Globalisierung, TAZ-Artikel 1998: <http://ourworld.compu-serve.com/homepages/SMIPP/tazmnd01.htm>

Schwarzbuch Kapitalismus, Telepolis, 01/2000: <http://www.heise.de/tp/deutsch/inhalt/co/5659/1.html>

Globalisierung – ein Mythos?, Telepolis, 1997: <http://www.heise.de/tp/deutsch/html/result.xhtml?url=/tp/deutsch/inhalt/te/1176/1.html>

Globale Armut im späten 20. Jhd., Telepolis 1998: <http://www.heise.de/tp/deutsch/html/result.xhtml?url=/tp/deutsch/special/eco/6098/1.html>

WIFO, Wirtschaftsdaten: <http://www.wifo.ac.at/datenbank/>

